

DA

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

H20318 29. JG NR. 175

MAI/JUNI 2006

1,50 EURO

INHALT

BETRIEB UND GESELLSCHAFT

Wohnen in Zeiten von Hartz IV 3
Widerstand gegen steigende Mieten bei gleichzeitiger Massenverarmung

Eine Arbeiter-Klassenfahrt 4
Mit dem Gate Gourmet-Streik unterwegs durch London

Neues vom Fall Fernandez 5
Aktionen in Deutschland zur Unterstützung der spanischen Gewerkschaft CNT gegen PLUS

Fair Play in der Verrichtungsbox! 5
Der Umgang mit der Prostitution

WM und Überwachung 5
Der gläserne Stadionbesucher

Konzertverbot in Halberstadt 6
NPD verhindert Antifa-Konzert

Dampf machen und ablassen 7
Aktionstag der FAU Berlin vor dem Neuköllner Jobcenter

GLOBALES

Spanien: Mercadona 8
Streik in Logistikzentrum in Sant Sadurni d'Anoia (Barcelona)

Boillat: Die Möglichkeiten ausschöpfen 8
Über den Kampf der Boillat in Reconville

Der Prekarität den Krieg erklärt 9
Kündigungsschutz und Unruhe in Frankreich

Repression gegen Syndikalisten in Sibirien 10
Sechs Mitglieder der „Sibirischen Konföderation der Arbeit“ (SKT) in Tomsk verhaftet

Demonstration in Madrid 10
CNT mobilisiert gegen neues Arbeitsrecht

ZEITLUPE

Als die Gruben in Proletenhand 10-11
Die Streikbewegung 1919 im Ruhrgebiet

Ruhr 1919: Syndikalisten im Streik 11
Der rasche Aufstieg des Syndikalismus im Ruhrgebiet

HINTERGRUND

Fisch ohne Wasser 12-13
Die Stellung der FAUD zu Betriebsräten, Kollektivverträgen und Streikkassen

KULTUR

Syndikalismus im „Ländle“ 14
Eine Studie des Bremer Historikers Helge Döhring über die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) in Württemberg 1918 bis 1933

Vorläufiges über Bruno Vogel (III) 15
Gegen Schulenverfolgung und bürgerliche Sexualmoral

theorie.org: Anarchismus 15
Eine Reihe im Schmetterlingsverlag

Ein archaisches Ritual als Verkaufsmotor

Mit Zahnrad und Machete durch die WM 2006

Fußball, Fußball, Fußball. Überall springt er Dir entgegen. Ob im Baumarkt, an der Tanke, im Elektrofachhandel oder beim Imbiss um die Ecke. Alle versuchen, originell zu sein, alle wollen ihr Geschäft ankurbeln, indem sie irgendwie versuchen, sich an das Weltmedienereignis 2006 anzudocken. Dabei hängt es einem längst zum Hals heraus. Spätestens seitdem das virtuelle Torwartduell Kahn vs. Lehmann zum nationalen Großereignis hochgejazzt wurde. Und Oliver Kahn als neues Vorbild gefeiert wird.

Von Kahn lernen, heißt verlieren lernen

Wie man es von dem modernisierten Deutschen mittlerweile erwartet, strickt Torgorilla nicht an einer weiteren Dolchstoßlegende, sondern übt sich öffentlich im Verzicht. Hat man uns nicht sieben magere Jahre lang gepredigt, wir sollten „liebgewonnene Besitzstände“ nicht wahren, sondern Opfer bringen, nicht unbedingt für den Sieg, aber doch mindestens für das Gemeinwohl, damit Deutschland wenigstens die Abstiegsränge der EU verlassen könne? Kahn scheint das begriffen zu haben. Der Torwartposten war sein persönlicher Besitzstand. Aber: Es ging hier nicht um die Person Oliver Kahn, sagte die Person Oliver Kahn plötzlich, sondern um etwas viel Größeres. Die Nation verneigt sich in Ehrfurcht.

Adorno 68, Altona 93 und Angola 06

Die meisten Linken haben ein höchst schizophrenes Verhältnis zur WM. Lassen wir mal die an Marx/Adorno geschulten KritikerInnen der Kulturindustrie beiseite („Opium fürs Volk“, „Befriedigung künstlich geschaffener Bedürfnisse“) sowie die PredigerInnen der political correctness, die uns noch jedes Vergnügen weggeätzt haben („patriarchaler Körperkult“, „Einübung kapitalistischen Leistungsterrors“), so bleibt doch bei einigem Nachdenken die Erkenntnis, dass eine Weltmeisterschaft eigentlich ein archaisches, fast überkommenes Ereignis darstellt.

Der wahre Fußball wird in den Vereinen gespielt, von Altona 93 bis zu den Boca Juniors, vom TuS Ehrenfeld 1865 bis Celtic

Glasgow. Niemand wird bestreiten, dass die besten Teams der Welt derzeit dem FC Barcelona, FC Chelsea, AC Mailand und vielleicht Arsenal London gehören. Der Nationalmannschaftsfußball ist genauso unmö- dern und von gestern wie das, was sie konstituiert, die Nation. Bei den vorgenannten Vereinskraften finden sich Weltauswahlen. Niemanden interessiert mehr, woher die Leute kommen und wo sie groß geworden sind, solange sie sich erfolgreich oder wenigstens ei-



nigermassen glaubhaft für den Verein den Arsch auf reißen, dessen Trikot sie gerade tragen. In der Nationalmannschaft kommt nicht mehr unbedingt eine „Blut und Boden“-Ideologie zum Tragen, aber immerhin das jeweilige Staatsbürgerrecht und die Staatsräson.

Zwei Polen für Deutschland

So stehen im Nationalmannschaftskader zwar längst auch klassische Ausländer, was wäre Frankreich ohne Maghrebiner oder Westafrikaner, was die Niederlande ohne die Einwanderer aus Surinam? Selbst Deutschland hat mit Klose und Podolski zwei Polen, mit Neuville einen Ex-Franzosen im Programm, und Asamoah ist noch schwärzer als seinerzeit Magath oder Jimmy Hartwig. Aber man verzichtete auf die Einbürgerung von Valerien Ismael und Lincoln. Und die Talente aus der stärksten Einwanderergruppe, die der Türken, verzichteten ihrerseits auf die deutsche Nationalmannschaft. Deutschland zehrt mit dem beidfüßigen Ballack (ehemals BSG Motor Karl-Marx-Stadt) noch von der vorbildlichen Kickerausbildung der

einverleibten DDR. Aber die ist lange her. Unter anderem deshalb wird die deutsche Nationalmannschaft 2006 nicht nach dem Vorbild von 1954 abschneiden — also auferstanden aus Ruinen —, nicht das Modell von 1974 kopieren — deutsche Maßarbeit —, auch ein nationaler Taumel wie 1990 ist nicht zu erwarten. Es ist eher das Szenario von 1978, welches mir vorschwebt. Auch damals hatte man nur Freundschaftsspiele als Vorbereitung, auch damals wollte man mindestens ins Finale.

Am Ende lagen erwachsene Männer weinend aus dem Rasen, und der Reporter kommentierte die Schmach mit Trauer und Bestürzung.

Gerade wegen solcher Momente kann ein archaisches Ereignis wie die WM auch Spaß machen. Da wäre die altmodische Idee des Turniers. Die Unberechenbarkeit. Nie würden Mannschaften wie Griechenland bei der EM 2004 oder Dänemark 1992 in einer Champions League ins Endspiel kommen. Auch der deutsche Sieg 1954 war so ein Ding. Nicht irgendwelche Punkte und Tabellenplätze gibt es zu verteilen, sondern hier und heute fällt die Entscheidung, zur Not — und das ist die komplette Steigerung der Spannung — im Elfmeterschießen. Der zweite Spaß: Die globale Gleichzeitigkeit. Beim Endspiel am 9. Juli wird die ganze Welt — mit Ausnahme der USA, Indiens und Pakistans — vor dem Fernseher sitzen. Du kannst mit dem Vorsitzenden der Internationalen Arbeiter-Assoziation, einem Norweger, genauso über Fußball fachsimpeln wie mit dem Kioskbesitzer um die Ecke, einem Armenier. Niemand zwingt Dich, die fiesigen Nationen und deren fiesigen Fans unterstützen. In meinem Stadtteil gibt es viele AfrikanerInnen. Ich schwanke noch, ob ich mich der Black Star of Ghana Supporters Union anschließen soll oder Angola. Ich weiß nicht viel über Angola, aber die haben eine schwarz-rote Fahne, darauf in gelber Farbe ein Stern, eine Machete und ein Zahnrad. Angola und Ghana sind im Grunde chancenlos. Aber sind wir das nicht alle?

Heiner Stuhlfauth

Kein Abschluss um jeden Preis

Landesbeschäftigte weiter im Streik

Es geht ans Eingemachte: Das spüren alle KollegInnen, die sich in den letzten Wochen am Arbeitskampf beteiligt hatten — oder abseits standen. Zum ersten Mal seit über einem Jahrzehnt befinden sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Streik — und sind auf sich allein gestellt. Die zentralistischen Gewerkschaften ver.di und dbb-tarifunion haben gehörig Schiffbruch erlitten, egal wie die Auseinandersetzung letztendlich ausgehen mag. Das Dilemma: Die Führungsriege braucht die Basis, um in Arbeitskämpfen die nötige Wucht zu entfalten, hat aber von jeher alles dafür getan, dass sie das Kämpfen ver- oder nie gelernt hat. Vielerorts hat die Gewerkschaftsführung bereits an Glaubwürdigkeit verloren: Mit leeren Versprechungen und durch Täuschung der Mitglieder, strategischen und taktischen Fehlleistungen, die nicht mehr abreißen wollen, fehlender Präsenz und verhaltenem Engagement von FunktionärInnen der einzelnen Betriebe während des Streiks, der Desinformationspolitik auf Betriebsebene und der fehlenden Koordination der Streikleitungen untereinander, die jeweils isoliert agieren, der Einflusslosigkeit derselben auf die Belegschaftsmobilisierungen. Dazu kommt der immer wieder zu Tage tretende kompromisslerische Kurs der

dbb-tarifunion, der als äußerst unsolidarisch empfunden wird. Das gleiche gilt für den Alleingang der ÄrztInnen im Marburger Bund, die auf Landesebene in eigene Tarifauseinandersetzungen getreten sind. Immer mehr organisierte KollegInnen, die selbst für den Streik gestimmt hatten, nehmen die Arbeit wieder auf und werden damit zu StreikbrecherInnen.

Mitgliederbonus durch die Hintertür

Als ver.di auch ihre Mitglieder unter den Landesbeschäftigten zur Urabstimmung rief, nachdem die kommunalen Beschäftigten bereits in den Streik getreten waren, konnte man kurzfristig den Eindruck gewinnen, da wäre mal eine kluge Entscheidung getroffen worden. Damit hatte es sich aber auch genauso schnell wieder, als klar wurde, dass sich die Kämpfe zwar formell aufeinander bezogen, aber nicht gemeinsam geführt werden. Die separaten Abschlüsse mit den kommunalen Arbeitgebern in Hamburg und in Niedersachsen und das Ausharren und die neuerliche Isolierung auf Landesebene kamen deshalb wenig überraschend. Nicht gerade neu sind auch die Versuche seitens der ver.di-Führung, die Ab-

schlüsse als Erfolge darzustellen, auch wenn die Ergebnisse klare Verschlechterungen mit sich bringen. Faktisch handelt es sich um Arbeitszeitverlängerungen. Interessant ist hingegen, wie ver.di darin eine Art Mitgliederbonus einfließen ließ: Die geringste Verschlechterung mussten die Bereiche hinnehmen, die sich am stärksten am Streik beteiligt hatten.

Landesbeschäftigte abgehängt?

Letztes Zünglein an der Waage bleiben trotz allem die Landesbeschäftigten. Dafür hatte ver.di selbst gesorgt: Mit der Unterschrift unter den Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) im Februar letzten Jahres, der eine so genannte „Meistbegünstigungsklausel“ enthält. Diese besagt, dass die Arbeitgeber bei Bund und Kommunen auch noch nachträglich die für sie günstigsten Regelungen übernehmen können, soweit solche auf Landesebene (auch mit einzelnen Bundesländern) zwischen den Tarifparteien vereinbart werden. Egal, ob es sich dabei um Arbeitszeit, Jahressonderleistungen oder Entgelte (wie Einmalzahlungen und Übergangsregelungen für Altbeschäftigte) handelt.

Fortsetzung auf Seite 6

CATWALK



Heraus zum schwarz-roten 1. Mai

Auch dieses Jahr beteiligen sich viele Ortsgruppen der FAU mit einem schwarz-roten Block an den 1. Mai-Demos und -Feiern, so in Berlin, Bonn, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Leipzig, München, Münster, Osnabrück und Potsdam. Eine vollständige Liste der Treffpunkte findet sich auf der FAU-Homepage.

Karawahnsinn 2007

Unter dem Motto „Leben heißt in Bewegung bleiben“ sind als Gegenbewegung zum G8-Gipfel in Heiligendamm über einen Zeitraum von sechs Monaten überall in Europa Festivals als politisch-kulturelle Events in Planung. Ziel ist eine grosse Wanderungsbewegung von Menschen, die auf der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen sind. Weitere Infos unter: <http://www.ya-basta-netz.de.vu>

Gemeinsam gegen Massenentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg!

Ein breites Bündnis sozialer Organisationen ruft zu einer bundesweiten Demonstration am 3. Juni in Berlin auf. Gefordert wird eine radikale Abkehr von der bisherigen Sozial- und Wirtschaftspolitik. Weitere Infos unter: <http://www.protest2006.de>

Kauf Dich glücklich

In dem jetzt auch in deutscher Übersetzung erhältlichen Buch „Parecon — Participatory Economics“ entwirft Michael Albert ein nachkapitalistisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell. Hochgelobt und inzwischen in viele Sprachen übersetzt, beschreibt er ein komplexes, alle Lebensbereiche durchdringendes System jenseits der herrschenden Ökonomie von Ausbeutung und Privateigentum.



304 Seiten, 18 EUR
Bestellbar unter: <http://www.fau.org/fau-mat>

FAU-Ticker

+++ zahlreiche Ortsgruppen und Syndikate der FAU haben weitere Solidaritätsaktionen für die entlassene Genossin Fátima Fernández vor Plus-Filialen und der Mülheimer Zentrale des Tengelmann-Konzerns durchgeführt +++ die OG Bremen hat die „Bremer Aktion“ Nr. 12 veröffentlicht +++ ebenfalls neu erschienen ist die „Interhelpo“ der FAU Münster +++ bei FAU-MAT gibt es ein neues Plakat gegen Nationalismus +++ auf dem Regionaltreffen Ost am 25. März wurde die FAU Frankfurt/Oder aufgenommen +++ beim Regionaltreffen Süd am 8. April konnten gleich drei neue Ortsgruppen begrüßt werden: Konstanz, Lich und Neustadt/Weinstr. +++ die OG Hamburg fungiert jetzt auch als Kontaktadresse für Kiel und Lübeck +++ die OG Magdeburg hat die Regionalkoordination Ost übernommen +++ die Regionalkoordination Süd liegt jetzt in den Händen der FAU Frankfurt/Main +++ das nächste Regionaltreffen Nord findet am 14.05. in Bremen statt +++ ebenfalls für den 14. Mai ist in Bonn ein Regionaltreffen West anberaumt +++ die FAU Leipzig bietet seit April am ersten Mittwoch im Monat von 20-21 Uhr eine gewerkschaftliche Beratung an. Unter fau-l-infos-subscribe@list.fau.org wurde auch ein Newsletter eingerichtet, in dem über Veranstaltungen und sonstige Events informiert wird +++ das ASy Potsdam trifft sich jetzt jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 18 Uhr. Der FAU-Tresen findet jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat ab 19 Uhr statt +++ am 18.03. fand in Potsdam eine überregionale Demonstration gegen staatliche Repressionen statt, an der auch verschiedene Ortsgruppen der FAU teilnahmen +++ die Ortsgruppe Hannover engagiert sich als Mitorganisatorin im Aktionsbündnis zur „Fußball WM 2006 – Aktiv für ‘Fair PLAY!’“ mit mehreren Veranstaltungen im April und Mai +++

Frühling läßt sein blaues Band / Wieder flattern durch die Lüfte / Süße, wohlbekannte Düfte / Streifen ahnungsvoll das Land / Veilchen träumen schon, / Wollen balde kommen / Horch, von fern ein leiser Harfenton! / Frühling, ja du bist's! / Dich hab ich vernommen!“ (Eduard Mörike) — „Im Wonnemonat Mai, da brät' ich mir ein Ei.“ (Brösel)

Habt Ihr es nicht auch schon vernommen, dass endlich Frühling ist? Also raus aus der miefigen Wohnung, raus an die frische Luft! In die freie Natur, in die Parks, auf die Straße — ganz egal, nur raus. Aber ich bin mir sicher, die meisten von Euch werden schon am ersten Mai genießen, dass man sich draussen nicht mehr den Arsch abfrieren muss. Schliesslich ist genug im Angebot: Ob revolutionär oder sozialpartnerschaftlich, demonstriert wird so ziemlich überall in Deutschland. Das ist schließlich Tradition. Eine Tradition übrigens mit einer wirklich interessanten Geschichte, die man ruhig mal nachlesen sollte.

Sie beginnt mit einem selbstbestimmten Aktionstag für den Kampf um den Achtstundentag, erst in den USA, dann auch in Europa. In Deutschland wurde dann versucht, den ersten Mai zur festen Institution zu machen, und der verlor dabei immer mehr seine kämpferische Bedeutung. Die Nazis machten ihn schliesslich zum offiziellen Feiertag, um im gleichen Atemzug die Gewerkschaften zu zerschlagen. Heute ist der erste Mai ein länderspezifisch definierter Feiertag. In Nordrhein-Westfalen z.B. heißt er: „Tag des Bekenntnisses zu Freiheit und Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Völkerversöhnung und Menschenwürde“. Man hätte es auch kürzer formulieren können: „Tag für alles Mögliche, was gut klingt“. Nun ja, entscheidend ist wohl, was man selber daraus macht. Nur: ein ritualisiertes Dampfablassen, das niemandem weh tut aber die Gemüter abkühlt, kann man sich auch sparen. Dann lieber eine Fahrt ins Grüne und den freien Tag genießen. Noch besser ist natürlich, sich den ersten Mai wieder anzueignen und selber mit Inhalten zu füllen, um so gegen die Banalisierung durch Politik und Verwaltung anzukämpfen.

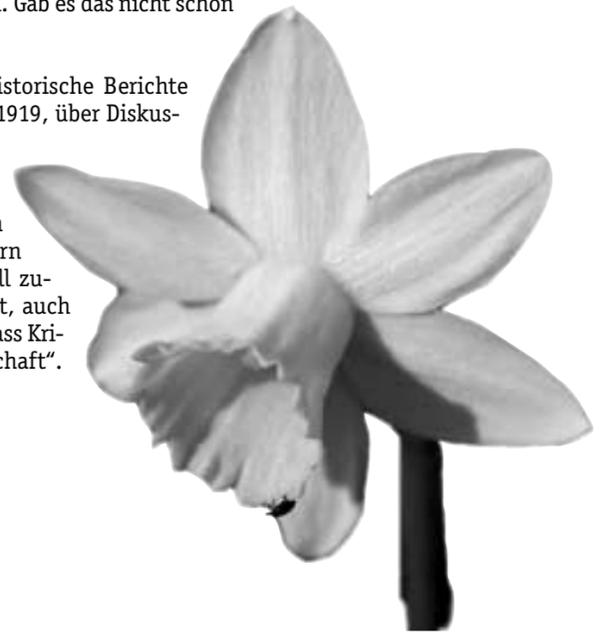
Wie man sieht, lohnt es sich schon, öfter mal einen Blick zurück in die Vergangenheit zu werfen. Sicher: Man läuft dabei — gerade in einer Zeitung wie der „Direkten Aktion“ — Gefahr, immer wieder die gleichen ollen Kamellen aufzuwärmen und seine Zuhörer bzw. Leser auf Dauer zu langweilen. Aber die Probleme und Fragestellungen, mit denen sich die Menschen früher schon herumschlagen mussten, sind oft genug die gleichen, mit denen wir uns heute wieder schwer tun. Warum die Fehler wiederholen, statt aus ihnen zu lernen? Die Frage z.B. nach der eigenen Stellung zu Betriebsräten wird in der FAU gerade wieder aktuell. Gab es das nicht schon einmal in der FAUD?

Neben der unvermeidlichen Fußballweltmeisterschaft nehmen historische Berichte diesmal also etwas mehr Platz ein: Wir berichten über die Streiks von 1919, über Diskussionen in der FAUD, und wir schliessen die Reihe über den fast vergessenen Autor Bruno Vogel ab.

Sehr gefreut haben wir uns übrigens über einen Leserbrief zu dem Artikel über die Bolivarianische Revolution in Venezuela von Mitgliedern einer deutschen Soli-Bewegung, die der Einschätzung des Autors voll zustimmen. Leider war kein Platz, den Brief zu drucken. Aber es tat gut, auch mal eine positive Rückmeldung zu bekommen. Was nicht heißen soll, dass Kritik unerwünscht wäre — siehe die Briefbombe in „Betrieb und Gesellschaft“.

Viel Spass beim Lesen der Frühlingsausgabe!

Holger (Dortmund, Layout)



SYNDIKATE, ORTSGRUPPEN UND KONTAKTE DER FREIEN ARBEITER/INNEN-UNION (FAU-IAA)

<p>REGION NORD</p> <p>BREMEN FAU-IAA LOKALFÖDERATION BREMEN, Postfach 10 56 74, 28056 Bremen, www.fau-bremen.de</p> <p>Bielefeld c/o „Umweltzentrum“, August-Bebel-Str. 16, 33602 Bielefeld, Treffen jeden 1. und 3. Di. im Monat, 19.30 Uhr, faubi@fau.org, www.fau-bielefeld.de</p> <p>Flensburg c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg</p> <p>Hamburg FAU-IAA HAMBURG, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, fauhh@fau.org, Tel. (040) 43 22 124</p> <p>Hannover UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, fauh@fau.org, Tiermedizinisches Syndikat, tiermedizin@fau.org</p> <p>Kiel Kontakt über OG Hamburg</p> <p>Lübeck Kontakt über OG Hamburg</p> <p>Osnabrück FAU-IAA OSNABRÜCK, Postfach 1925, 49009 Osnabrück Treffen: Café „Mano Negra“, Alte Münze 12, jeden Mi. 18.00 Uhr Allgemeines Syndikat / 20.00 Uhr Bildungssyndikat, fauos@fau.org</p>	<p>jeden ersten Do. um 20.00 Uhr, ask@fau.org</p> <p>Krefeld (02151) 39 42 70</p> <p>Moers c/o „Barrikade“, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers, fau-mo@fau.org</p> <p>Münster FAU MÜNSTER, c/o Emma-Goldman-Zentrum, Dahlweg 64, 48153 Münster, faums@fau.org, www.fau.org/ortsgruppen/muenster, offenes Plenum jeden letzten So. im Monat um 19.00 Uhr im Dahlweg 64, Café und Filmabend jeden 2. So. im Monat, 20.00 Uhr im „Don Quijote“, Schornhorststr. 57, 48151 Münster</p> <p>REGION OST</p> <p>Altenburg fauabg@fau.org</p> <p>Berlin Straßburger Str. 38, 10405 Berlin, faub@fau.org, Tel.: (030) 287 008 04, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, offenes Büro dienstags 16.00 - 20.00 Uhr ALLGEMEINES SYNDIKAT, 2. und 4. Mi. im Monat 19.00 Uhr, BILDUNGSSYNDIKAT, 1. und 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr, bsyb@fau.org KULTURSYNDIKAT, 1. und 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, ksyb@fau.org GNLL BERLIN-BRANDENBURG, Treffen jeden letzten Do. im Monat 20.00 Uhr, faugrs@fau.org FAU-Tresen jeden 1. und 3. Do. ab 21.00 Uhr im Subversiv, Brunnenstr.7 /2.HH, Berlin-Mitte, U8 Rosenthaler Platz</p> <p>Dresden FAU MAGDEBURG, c/o Stadteilladen, Rudolfstr. 7, 01097 Dresden, offen: freitags 16.00 - 20.00 Uhr, fau-dd@gnu-viech.info</p> <p>Frankfurt/O. FAU-IAA, c/o Backdoor, Rosa-Luxemburg-Str. 24, 15230 Frankfurt/Oder, fauff@fau.org</p> <p>Göttingen FAU-IAA GÖTTINGEN, c/o Buchladen „Rote Straße“, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen</p> <p>Gransee FAU-IAA ORTSGRUPPE UND GNLL/FAU LANDWIRTSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG, faugrs@fau.org c/o Th. Beckmann, Dorfstr. 13, 16775 Wolfsburg</p> <p>Halle/Saale c/o Infoladen Glimpflich, Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, ebenfalls GNLL-KONTAKT</p> <p>Leipzig c/o „Libelle“, Kolonnenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: mittwochs 17.00 - 18.00 Uhr, leipzig@fau.org</p> <p>Magdeburg FAU MAGDEBURG, faumd@fau.org, c/o „Blaue Welt Archiv“, Thiemstrasse 13, 39104 Magdeburg</p> <p>Potsdam FAU POTSDAM, Dortustraße 65, 14467 Potsdam, Tel.: (0176) 29 55 01 00, faupdm@fau.org, www.fau.org/ortsgruppen/potsdam, Treffen jeden 2. und 4. Mi. 18.00 Uhr, FAU-Tresen jeden 2. und 4. Do. ab 19.00 Uhr in der OLGA, Charlottenstraße 28 in Potsdam</p>	<p>REGION SÜD</p> <p>Dachau Kontakt über München</p> <p>Frankfurt/M. c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, fauffm@fau.org</p> <p>Freiburg FAU-ORTSGRUPPE, c/o Infoladen Freiburg KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg, fauf@fau.org, Treffen jeden Mi. gegen 20.00 Uhr im autonomen Zentrum KTS</p> <p>Gießen/Wetzlar FAU-ORTSGRUPPE UND BILDUNGSSYNDIKAT, c/o „Infoladen Gießen“, Alter Wetzlarer Weg 44, 35392 Gießen, faugi@arcor.de, faugi@fau.org, www.ak44.de, jeden Mo. 19.00 Uhr Treffen des Allgemeinen Syndikats und des Bildungssyndikats, jeden 2. Mi. ab 21.00 Uhr Kneipenabend / Café Sabotage — offener Abend für alle Interessierten bei Musik und Bier im „Infoladen Gießen“</p> <p>Lich FAU-ORTSGRUPPE, Postfach 1215, 35420 Lich</p> <p>München Schwanthaler Str. 139 (Rg), 80339 München, (0173) 40 48 195, kontakt@faum.de, www.faum.de</p> <p>Neustadt/W. FAU-ORTSGRUPPE, Postfach 2066, 76829 Landau</p> <p>Tübingen c/o Infoladen „Grenzenlos“, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen</p> <p>Wiesbaden GNLL-KONTAKT, über Frankfurt/Main</p> <p>SCHWEIZ</p> <p>FAU-CH Postfach 580, CH-8037 Zürich</p> <p>Bern FAU BERN, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, bern@fauch.ch</p> <p>BUNDESWEITE BRANCHEN-KOORDINATIONEN</p> <p>BILDUNGSSYNDIKATE: bsy-public-info@list.fau.org, www.bildungssyndikat.de</p> <p>GNLL/FAU LANDWIRTSCHAFT: Berlin-Brandenburg, über Gransee, gnll@fau.org</p> <p>GNLL/FAU NATURKOSTINDUSTRIE: über Hamburg</p> <p>REGIONALKOORDINATIONEN</p> <p>NORD: OSNABRÜCK WEST: MÜNSTER OST: MAGDEBURG SÜD: FRANKFURT/M.</p> <p>GESCHÄFTSKOMMISSION DER FAU-IAA</p> <p>Wolfstr. 10, 53111 Bonn, Tel.: (0228) 96 37 77 5, geko@fau.org</p> <p>INTERNATIONALES SEKRETARIAT DER FAU-IAA</p> <p>c/o FAU BONN, is@fau.org</p> <p>INTERNATIONALE ARBEITER/INNEN-ASSOZIATION (IAR)</p> <p>IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Box 1977, Vika 0121, N - Oslo (Norwegen), secretariado@iwa-ait.org, www.iwa-ait.org</p>
---	---	---

Wohnen in Zeiten von Hartz IV

Widerstand gegen steigende Mieten bei gleichzeitiger Massenverarmung

Mehr als eine Mio. Menschen in 700.000 Arbeitslosengeld II-Haushalten wohnen nach den Kriterien von Hartz IV „unangemessen“ und wurden bzw. werden noch mit Überprüfungsverfahren überzogen. Wer trotz Umzugsaufforderung durch das Arbeitsamt in seiner alten Wohnung bleibt, zahlt nach einer Frist von zwei bis sechs Monaten die Mehrkosten seiner „übersteuerten“ Miete selbst. Das führt in der Folge zur Aushungerung, zum Ansammeln von Miet- und Energieschulden, zum Zwangsumzug oder gar zum zwangsweisen Auszug wegen einer Räumungsklage des Vermieters.

Bei allen Schwierigkeiten der Datenlage werden am Ende voraussichtlich 300.000 - 500.000 „stille“ oder „offene“ Zwangsumzüge in der Republik stehen, sollte es nicht gelingen, die große Koalition, die Länder und Kommunen sowie die Bundesagentur für Arbeit zu einer Revision ihrer sozialen Enteignungspolitik zu bringen. Es geht nicht primär ums Geld, sondern um ein neues Kapitel sozialer Zurichtung und Disziplinierung. Das Hartzsche Verarmungsprogramm billigt für Nahrung und Getränke täglich nur 4,23 Euro zu und vertreibt Menschen aus ihren Wohnungen, wenn sie 50 Euro über den Mietobergrenzen liegen. Gerade weil die Zwangsumzüge so individualisiert und lautlos verhängt werden, ist gezielter Widerstand dringlich.

Besetzung gegen Wohnraumvernichtung

Auch in Köln schickt die ARGE solche Anforderungen zur Senkung der Unterkunftskosten raus. Gleichzeitig praktiziert die Stadt



gigantische Vernichtung von preiswertem Wohnraum zugunsten von unausgegorenen

Bürohaus-Planungen. So auch beim Barmer Viertel in Deutz. Obwohl das ehemalige Bauvorhaben geplatzt ist, hält die Stadt am Abriss der 381 völlig intakten Wohnungen fest.

Ein nicht hinnehmbarer Widerspruch angesichts des übersteuerten und knappen Wohnungsmarktes in Köln. Darüber hinaus bedeutet der Abriss des Barmer Viertels städte-



Die Zukunft des Wohnens?

baulich die endgültige Ghettoisierung des gesamten Areals Deutzer Bahnhof – inklusive Messegelände ein lebloser Büro- und Verwaltungskern, umgeben von einem unbebauten Dienstleistungs- und Servicegürtel.

Schluss mit lustig: Seit dem 4. März halten mittlerweile über 80 Leute die Häuser der zentralen Wohnanlage samt großflächigem Innenhof besetzt, um den plan- und sinnlosen Abbruch zu verhindern. Der Zulauf wächst stetig, und die Unterstützung durch die DeutzerInnen ist gut. Neben einem Sozialen Zentrum beherbergt der Barmer Block nun auch einen Möbelladen der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK), ein Cafe und Veranstaltungsräume. Die Grüne Jugend Köln hat ihrer (den Abriss befürwortenden) Fraktionsvorsitzenden die Gefolgschaft verwehrt und beteiligt sich demonstrativ an der Besetzung. Auch die Jusos haben hier Räumlichkeiten bezogen. Das Studierendenparlament spricht sich für eine dauerhafte Nutzung der Häuser als studentischen Wohnraum – ergänzt durch sozialen Wohn- und

Projektraum – aus. Das Studentenwerk ist interessiert, sofern es mehrjährige Planungssicherheit erhält.

Stiller Widerstand und laute Mieterunruhen

Ohne viel Aufhebens von dieser Form der An-

täglich anstieg. In kleinen Stadtteilzentren versammelten sich Arbeitslose, und wenn die Nachricht ankam, dass einige Blocks entfernt gerade Leute aus ihrer Wohnung gewiesen wurden, dann machten sie sich gemeinsam auf den Weg. Gleichgesinnte und Neugierige schlossen sich ihnen an, und wenn die Menge am Ort der Räumung angelangt war, hatte nicht nur ihre Zahl, sondern auch ihr Zorn beträchtlich zugenommen. Man brachte die Möbel der betroffenen Familie (teils trotz Polizeipräsenz) in die Wohnung zurück, und nach und nach löste sich die von ihrem Erfolg begeisterte Menge wieder in kleine Gruppen auf.

Derartige Selbsthilfe erreichte in einigen Städten ein beträchtliches Ausmaß und verwandelte sie in regelrechte Mieterunruhen. In Chicago geriet der Bürgermeister in Panik und ordnete eine Aussetzung der Zwangsräumungen an. In New York wurden durch den Widerstand 77.000 angeordnete Räumungen verhindert bzw. ganz praktisch rückgängig gemacht. In vielen Orten organisierten sich „gas squads“ deren Aufgabe es war, das Gas in den Wohnungen wieder anzustellen. „Electric squads“ überbrückten die Stromzähler, nachdem sie von den Elektrizitätswerken abgestellt worden waren (eindrucksvoll beschrieben in Frances F. Piven/Richard A. Cloward, Aufstand der Armen, Frankfurt 1986).



Widerstand gegen Zwangsräumungen in New York (Januar 1933)

Eine bundesweite Initiative zur Verhinderung von Zwangsumzügen bietet auf der Internetplattform www.labournet.de Nottelefon, anwaltliche Beratung und gegebenenfalls regional praktische Unterstützung bei Bedrohung durch Zwangsumzüge an. Bundesweit steht das Infotelefon des Erwerbslosenforums unter der Nummer 0228/2495594 zur Verfügung.

Lutz Wehring [agenturschluss]

KOLUMNE DURRUTI



Die schlechte Nachricht: Ich bin seit heute kein deutscher Staatsbürger mehr. Die gute Nachricht: Wenn alle Länder das Erlangen ihrer Staatsbürgerschaft an 100 Fragen koppeln würden, könnte ich – dank Abitur und Reisebildung – mit jeweils ca. vierstündiger Vorbereitungszeit gleich morgen US-Amerikaner, Kambodschaner, Indonesier, Türke, Singapurianer, Thailänder, Israeli, Tunesier oder ein beliebiger Europäer sein.

Die deutsche Staatsbürgerschaft verlor ich am Frühstückstisch, als meine Freundin mich mit dem hessischen Fragebogen konfrontierte. Ich scheiterte klar an Frage 1 (die genaue Einwohnerzahl Deutschlands) und Frage 97 (Entdecker des Cholera-Erregers). Mein Scheitern an Frage 83 (berühmte deutsche Musiker) ist zumindest zweifelhaft. Je nach Alter des fragenden Beamten könnte man Xavier Naidoo wahrscheinlich durchdiskutieren. Und für meine angebliche Falschantwort zu Frage 93 – Was hat Johannes Gutenberg erfunden? Gar nichts! –, für die würde ich durch alle Instanzen klagen. Oder ging es bei dieser Frage nur darum, Zuzug aus China zu verhindern? Und was, wenn einer auf die Frage 100 (wie heißt die deutsche Nationalhymne, und mit welchen Worten beginnt sie?) wahrheitsgemäß antwortet: „Deutschland, Deutschland über alles“? Denn dass man beschlossen hat, diese erste Strophe nicht mehr zu singen, ändert ja nichts an ihrem faktischen Vorhandensein in v. Fallerslebens „Deutschlandlied“. Fragen über Fragen. Aber vielleicht sollte man nicht zu kleinkrämerisch mit dem hessischen Fragenkatalog umgehen. Immerhin wäre dies Land sicher ein besseres, wenn die richtige Beantwortung auch für alle derzeitigen Einwohner Pflicht würde. Wo immer z.B. die hakenkreuztätowierten Prügelknaben aus Ost und West dann Unterschulpf fänden, Deutsche wären sie jedenfalls nicht mehr. Ein einzig Volk von Abiturienten und fleißigen Realschülern könnten wir sein. Überall gäbe es freie Jobs und Wohnungen. Die Kleinkriminalitätsrate wäre gleich null. Und auch die anwachsende Rentnerschar könnte uns nicht mehr schrecken, wenn auf Demenz Ausbürgerung folgt. Einzig Jürgen Klinsmann täte mir leid, wenn er plötzlich noch auf Kahn, Klose, Schweini, Poldi und Huth ver-

zichten müsste. Aber wo an Holzköpfen gehobelt wird, fallen nun mal viele Späne. Schön an dem hessischen Entwurf ist auch, dass mit Fragen nach korrekter Verheiratung bzw. Ehescheidung Islamismus und Stammesrituale vor der Tür gehalten werden. Aber man sollte stets bedenken, dass der Weltgeist ein launischer ist. Noch sind es Araber, Afghanen und Perser, die herein wollen. Doch was, wenn plötzlich und unerwartet gleich morgen das US-Imperium zerfällt? Mit ein paar simplen Fragen aus der Evolutionslehre könnten wir über 50% der auflaufenden US-Migranten ebenfalls den Riegel verschieben. Zwar wären wir dann auch nicht mehr Papst, hätten dafür aber südlich des Weißwurst-Äquators schon bald den größten Naturpark Europas. Und – gleiches Recht für, oder besser gegen alle (nämlich Gläubigen) – ein paar Fragen zu Möglichkeiten der Wiedergeburt (sorry, no Chance!), der Aussagekraft von Horoskopen (hihihi) sowie den magischen Kräften von Steinen, Tarotkarten und Indianeritualen sollten eigentlich die nervigsten Café-Gespräche vom Leibe bzw. Nachbartisch schaffen. Wirklich: Je länger ich drüber nachdenke, desto besser finde ich die hessische Initiative. Welch ein schönes, kluges und reiches Deutschland könnten wir bauen, mit nichts weiter, als ein paar wohlgeählten Fragen! Auch Angela Merkel, Roland Koch und Wolfgang Schäuble könnten wir blitzschnell los sein, wenn man mich mal einen Katalog zusammenstellen ließe. Tut man aber nicht. Es ist der hessische Innenminister, der formulieren darf. Deshalb wird zum Beispiel die Akzeptanz gegenüber Homo- oder Transsexuellen nicht abgefragt. Auch antirassistische Fragen finden sich nicht, was vielleicht daran liegt, dass der Herr Innenminister der Ansicht ist, dass es sich bei allen außereuropäischen Migranten letztlich sowieso um Neger handelt, die sich untereinander schon nicht hassen werden. Dafür geht es ihm um so wichtige historische Ereignisse wie das „Wunder von Bern“, um die deutsche Automobilindustrie und (ein bisschen Nachtreden muss ja erlaubt sein) darum, weshalb die DDR so ein Drecksstaat war. Nur die Aufforderung, drei typische deutsche Gerichte zu nennen, hat er sich verbissen. Obwohl ich mir die richtige Antwort denken kann: Schweinebraten, Schweinegulasch und Saumagen. Fazit: Frage mich, was ich deutsch finde, und ich sage Dir, was für ein Deutscher Du bist! Aber, was soll's? Ich gehöre ja seit heute morgen nicht mehr dazu.

Markus Liske

TERMINE

►BERLIN

Mo. 1. Mai, 9.00 Uhr
Keithstr./Ecke Kleiststr.
Endlich in die Offensive – revolutionäre Gewerkschaften überall
Anarcho-syndikalistischer Block auf der 1. Mai-Demo

Mo. 1. Mai, 14.00 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38
After Demo Lounge

Fr. 5. Mai, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38
Das Autonomiekonzept der EZLN
Vortrag und Diskussion in Zusammenarbeit mit Carea e.V.

Fr. 12. Mai, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38
El Ejido – Landwirtschaft und moderne Sklaverei
Vortrag über die Ausbeutung nordafrikanischer Wanderarbeiter in El Ejido und Ansätze gewerkschaftlicher Gegenwehr

Fr. 19. Mai, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38
Infoveranstaltung: Was ist Anarchosyndikalismus?

Fr. 26. Mai, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38
Studierendenprotest und Hochschulstreik (Teil I)
Vortrag über die verschiedenen Phasen studentischen Protestes in Deutschland seit 1968

►DÜSSELDORF

Do. 04. Mai, 19.00 Uhr
Linkes Zentrum, Corneliusstr. 108
Spanischer Bürgerkrieg – Ein Überblick
Dokumentation und Kurzvortrag

Do. 11. Mai, 19.00 Uhr
Linkes Zentrum, Corneliusstr. 108
Unter der schwarzen Fahne
Dokumentation und Kurzvortrag

Do. 18. Mai, 19.00 Uhr
Linkes Zentrum, Corneliusstr. 108
Land and Freedom
Spielfilm von Ken Loach

►MÜNSTER

Do. 4. Mai, 20.00 Uhr
Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Die Rote Zora III (Folgen 10-13)

Mi. 24. Mai, 20.00 Uhr
Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Des Wahnsinns letzter Schrei
Ein Film von kanal B über die Arbeitsmarktreform und die ideologische Neuausrichtung im Land

So. 11. Juni, 20.00 Uhr
Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Die Utopie leben
Ein Film über die anarchistische Gewerkschaft CNT in Spanien bis zum Höhepunkt des Kampfes gegen den Faschismus und der sozialen Revolution im Jahr 1936

►POTSDAM

So. 21. Mai, 19.00 Uhr
Olga, Charlottenstr. 28
Infoveranstaltung: Was ist Anarchosyndikalismus – Was will die FAU?

►STRAUSBERG

Mi. 17. Mai, 19.00 Uhr
AJZ Horte, Peter-Göring-Str. 25
Infoveranstaltung: Was ist Anarchosyndikalismus – Was will die FAU?

Weitere Termine unter:
<http://www.fau.org/termine>

Eine Arbeiter-Klassenfahrt

Mit dem Gate Gourmet-Streik unterwegs durch London

Man muss des Englischen nicht besonders mächtig sein, um ein paar geläufige Schimpftiraden zu kennen. Schon Grundschulkinder verstehen und verwenden heute „Fuck off“. Zumindest in „meinem“ Kölner Stadtteil. Besonders toll ist das nicht. Solche Sprüche sind Teil der kapitalistischen Weltkultur wie Big Mäcs, Turnschuhe mit drei Streifen und das Che Guevara-Konterfei. Höchstwahrscheinlich verbreiten sich die Flüche heute über den US-amerikanischen Gangster-Rap in alle Welt.

Jedenfalls standen wir am Freitag, den 24. März 2006 vor der Londoner Niederlassung der Texas Pacific Group (TPG), eines milliardenschweren Investment-Fonds, der auf die Idee verfallen war, das Geld von US-Pensionären ausgerechnet in Fertiggessen für Fluglinien zu investieren und dort die Rendite auf mindestens 30% zu schrauben. Man brüllte Parolen: „TPG stop slavery!“, „Texas Pacific – gangster capitalists!“. Die Akteure waren 13 Streikende von Gate Gourmet aus Düsseldorf und 13 UnterstützerInnen, die zusammen über Nacht im Bus gekommen waren. Hinzu kamen ein paar indische Frauen, die sich am Flughafen London-Heathrow mit dem selben Arbeitgeber und Feind konfrontiert sahen, und ein paar von deren Londoner UnterstützerInnen, allesamt Mitglieder einer trotzkistischen Splitterpartei namens „Workers Revolutionary Party“.

Auf sie mit Gebrüll

Der beliebteste Slogan war „Gate Gourmet – down, down!“, im Frage-Antwort-Stil. Die Trotzkis riefen „Gate Gourmet?“, die indischen KollegInnen antworteten „down, down“, wobei sie mit dem Daumen rhythmisch nach unten zeigten – sah lustig aus und machte ihnen Spaß. Wir aus der Düsseldorfer Reisegruppe standen allesamt recht stumm herum, und vermutlich haben wir exakt dem Bild entsprochen, das der Rest der Welt von den Nachfahren Bismarcks besitzt. Was natürlich Quatsch ist – einerseits. Die Düsseldorfer Streik-Reisenden waren interna-

schwer zu wirken. Die Kultur ist stärker als das Individuum. Und in Deutschland wird nunmal nicht so viel rungebrüllt. Jedenfalls nicht in Gruppen auf Demos. Vielleicht ändert sich das in der nächsten Zukunft, momentan blühte einzig der Kollege von den Philippinen auf, als er diese Mischung aus Trotzki-Old-School und indischer Choreografie auf sich wirken ließ. Wir anderen hielten uns an unseren Schildern und

nem mehr oder weniger repräsentativen, sicherlich teuren Gebäude. Kein Schild mit dem Namen „Texas Pacific Group“ weit und breit. Und Macheath, der hat ein Messer, doch das Messer sieht man nicht, schrieb schon Brecht über einen Gangster aus Soho. Zwei Bobbies empfingen uns und wiesen uns ein. Rechts vom Eingang durften wir ausgerechnet nicht stehen, dafür aber links und gegenüber. Alle hielten sich brav



Deutsche Streikende protestieren vor der europäischen Zentrale der Texas Pacific Group (TPG)

Transparenten fest oder vertrieben uns die Zeit mit Fotografieren.

Man kann von den britischen Trotzkisten vieles sagen, aber sie können wirklich laut brüllen. Obwohl, können die Deutschen das nicht? Damals, Ende der Achtziger, Anfang der Neunziger, als ich noch militanter Autonomer war ... Ich erinnere mich an das Gesicht eines iranischen Freundes, eines ehemaligen Panzerfahrers der Volksmudschaheddin, als er uns, den verummten schwarzen Block, nach der Räumung des AZ Weißhausstraße über die Severinsstraße in Köln laufen sah, und wir im hundertfachen Chor skandierten „Wir haben euch was mitgebracht – Hass, Hass, Hass!“. Hossein, der schon viel erlebt hatte, guckte, als habe er in die Höl-

an die Regeln. Die Trotzkisten brüllten sich die Seele aus dem Leib, die InderInnen antworteten rhythmisch. Leute in Schlips und Kragen, Banker, FondsmanagerInnen, oder was auch immer, gingen raus und rein, guckten ganz politely, ein bisschen interessiert, gingen entspannt ihrer Wege, als ob sie gar nicht gemeint wären. Und tatsächlich brüllte man eher das Gebäude an, als seine konkreten Insassen.

Und die Heuschrecke sagt „Cheese“

Vielleicht ist unsere Widerstandskultur tatsächlich anders. Mehr auf individuellen Terror ausgerichtet. Ich schnappte mir meine alte Spiegelreflex und wollte diese Managerfritzen nerven. Pressefreiheit und so. Ich rückte ihnen auf die Pelle, rief auf Deutsch „Ey, Du Heuschrecke, bleib mal stehen!“. Was komisch war, vor allem, weil er wirklich stehen blieb. Die Engländer sind ja viel höflicher. Was heißt eigentlich Heuschrecke auf Englisch? Beim nächstenmal rief ich „Say Cheese, you vampire capitalist!“. Und er guckte in meinen Weitwinkel, sagte Cheese und gab mir mein Foto. Nach und nach tauten auch andere aus der Reisegruppe auf. Mein Ehrenfelder Genosse M. versuchte mal was. Ich weiß nicht genau, welchen Teil der damaligen Jugendkultur er durchlaufen hatte, aber vermutlich hatte er den Refrain eines Dead-Kennedysongs im Kopf, der um die Ablehnung von Nazi-Punks kreiste. Jedenfalls brüllte M. plötzlich: „TPG – Fuck off!“ Ich stimmte ein, was zum Glück niemand bemerkte. Unsere Trotzki-Freunde guckten irgendwie leicht irritiert. Sofort kam ein Bobby auf M. zu und ermahnte ihn aufs Dringlichste – nahm ihn richtig gehend ins Gebet wegen dieses kleinen bösen F-Wortes. M. musste sich entschuldigen und auf ahnungsloser Deutscher machen. Das war die haarigste Situation vor der Texas Pacific Group.

Eine wilde Mischung

Einen Tag später zogen wir durch London-Hounslow, den bevölkerungsreichsten Stadtteil, der in der Nähe des Flughafens London-Heathrow

liegt. Wieder dieselbe Belegschaft, angereichert mit noch mehr InderInnen und noch mehr TrotzkistInnen. Wir waren so etwa 150 Leute. Die Volksmassen, deren Anschluss uns in Aussicht gestellt worden war, blieben auch diesmal fern. Die revolutionäre Partei hatte im Vorfeld zwischen 300 und 1.000 herbeiphantasiert. Egal. Das multiethnische Volk stand beim Samstagseinkauf auf dem Bürgersteig und guckte interessiert-irritiert. Besonders über unsere deutschen Transparente. Wahrscheinlich dachten Hunderte an diesem Nachmittag darüber nach, ob „Streik!“ sowas wie „Strike!“ bedeuten solle. Die Mischung war wirklich einzigartig. Die Stimmung gut, trotz Nieselregens. Vorneweg liefen zwei kurdische Trommler. „Gate Gourmet – down, down! Gate Gourmet – shame, shame!“ Afrikanische Mädchen tanzten. Wir Deutschen und Pseudo-Deutschen aus Düsseldorf trugen stumm unsere Transparente und Schilder oder fotografierten. Da rempelte ein britischer Brecher Marke Hooligan die Frau vor mir ziemlich aggressiv an. Er wollte mit seiner kleinen Tochter an der Hand die Straße überqueren und fühlte sich von unserem Demonstrationszug genervt. Es war ein kleiner Bodycheck, nicht übermäßig schmerzhaft, aber mit voller Absicht. Ich brüllte: „Du dämlicher Pisser!“, auf deutsch wohlgermerkt. Ein Bobby, der die Situation beobachtet hatte, kümmerte sich um den Stier nacken und drängte ihn ab. Dieser legte ausländerfeindliche Sprüche nach. Offenbar handelte es sich um einen Rechtsradikalen, der sich provoziert fühlte. Wenn man sich nach dem untergegangenen Ruhm des britischen Imperiums sehnt, dann gibt es vermutlich nichts Schlimmeres als Deutsche, die mit deutschen Transparenten durch London ziehen, sich dabei mit den Lohnsklaven aus den ehemaligen Kolonien verbünden und unterstützt werden von sozialistischen Briten, die den Gründer der Roten Armee als Halbgott verehren, einen jüdischstämmigen, russischen Intellektuellen mit Nickelbrille.

Zwei Straßen weiter nahm der Bobby dann mich ins Gebet, weil ich diesen Briten beschimpft hatte. Es entwickelte sich ein lustiger Dialog, ob ich nun „Fuck off!“ oder „Du dämlicher Pisser!“ gesagt hatte, und was „Du dämlicher Pisser!“ auf englisch eigentlich bedeutet. Am Ende waren wir uns einig, dass es sich in jedem Fall um „abusive language“ gehandelt habe. Die steht in England unter Strafe und muss von Bobbies offensichtlich verfolgt werden. Ich bin glücklicherweise straffrei davon gekommen.

Der Gate Gourmet-Kollege aus Nottingham hörte, wie der Bobby nachher zu einem anderen Bobby über mich gesagt haben soll „This cheeky fucking German!“ Ich weiß nicht wirklich was „cheeky“ heißt. Den Rest nehme ich als Kompliment und verzichte hiermit offiziell auf eine Strafanzeige. Andere Länder, andere Sitten.

Heiner Stuhlfouth

Streik inzwischen beendet

Der Gate-Gourmet-Streik in Düsseldorf endete nach 6 Monaten hartnäckiger Auseinandersetzungen und vielen Aktionen am 7. April 2006 durch eine Einigung. Es war der längste Streik in der Geschichte der NGG. 61% der Streikenden stimmten dem Verhandlungsergebnis zu und mussten damit Einbußen u.a. bei der Arbeitszeit und den Zuschlägen hinnehmen. Die streikführende Gewerkschaft NGG bezeichnete den Abschluss mit: „Kein Sieg, aber auch keine Niederlage“.

Weitere Infos unter: www.gg-streik.de

ZAHLEN, BITTE!

Sinkender Lohn

Letztmalig ist das durchschnittliche Einkommen von Arbeiterinnen und Angestellten im deutschen Ländle in den Jahren 2000 bis 2002 von **2.463 Euro** auf **2.464 Euro** Bruttomonatsgehalt gestiegen. Zwischen 2002 und 2004 sank der Lohn dafür um ganze **16 Euro** auf **2.448 Euro**.

Steigender Lohn

Annähernd verdoppelt haben sich hingegen die Vorstandsbezüge bei den DAX-Konzernen. Verdient die Bosse hier 1998 noch **82.000 Euro** im Jahr, waren es 2004 stolze **157.500 Euro**.

Frauenbeschäftigungsquote

61,0% der Frauen ohne Kind sind in Deutschland erwerbstätig, mit einem Kind sinkt die Quote bereits auf **57,7%**, mit zwei Kindern sogar auf **52,4%**. In Frankreich verläuft der Trend bei Frauen mit bis zu zwei Kindern genau umgekehrt. **56,2%** der Frauen ohne Kind sind hier beschäftigt, **62,6%** sind es bei Frauen mit einem Kind, **63,9%** bei Frauen mit zwei Kindern.

Webportale

anarchismus.info versteht sich als Webportal für libertäres Leben & Wohnen und ruft zur Gründung und Beteiligung an anarchistischen Wohnprojekten auf.

anders-leben.tk ist eine neue Internetplattform, auf der Ideen gesammelt und neue entwickelt werden können zum Thema „Anders Leben“. Hier geht es unter anderem um selbstverwaltete Betriebe und Wohnprojekte.



Streikenden werden Strafen angedroht

tional: Zwei türkische Frauen, ein Filipino, ein Brasiliero, oder wie die Landsleute Ronaldinhos heißen. Einer kam aus Algerien, einer sogar aus Nottingham, ein echter Engländer also, er war nach dem Militärdienst in NRW hängen geblieben. Heute kegelt er jeden Sonntag morgen pünktlich ab zehn Uhr in einem Vorort von Duisburg.

Andererseits ist natürlich was dran: Du musst kein Deutscher sein, um wie ein Deut-

le geschaut. Und vermutlich hatte er das auch. Die Autonomen-Hölle. Und laut waren wir, allerdings nicht besonders auf die Vermittlung unseres Anliegens bedacht. Hatten wir überhaupt ein Anliegen?

Der Haifisch, der hat Zähne

Diesmal lief alles im Grunde sehr freundlich ab. In geordneten Bahnen. Die Gangster-Kapitalisten residieren in der Londoner Innenstadt in ei-

neue Eigentümer vorstellen. Bei vielen Beschäftigten ist die Stimmung gedrückt; zu viele hatten wohl gehofft, dass der Kelch noch einmal an ihnen vorüber geht. Von einem erst jüngst von ver.di vorgestellten Gutachten zum Verkauf hatten sie sich noch wesentliche Entscheidungsumschwünge erhofft. Andere wirken erstaunlich abgeklärt, bewerten die nur noch selten ertönenden Durchhalteparolen von Michael Krömker (Hauptpersonalratsvor-

sitzender der LKH) und von Elke Nobel (ver.di) als reine „Augenwischerei“, um die KollegInnen „ruhig zu halten“. Nennenswerte betriebliche Aktionen gegen den Verkauf hatte es in den letzten Monaten kaum noch gegeben; zu sehr wurde der schwelende Konflikt von den allgemeinen Tarifaueinandersetzungen im Öffentlichen Dienst überschattet. Dennoch haben während des Streiks die LKH-Beschäftigten der verschiedenen Standorte immer wieder auf ihre Situation hingewiesen und deutlich gemacht, dass sie auch gegen die Privatisierung in den Ausstand getreten sind. 500 bis 600 der landesweit 6.400 LKH-Beschäftigten sollen gehen; von einer Übernahme in noch zu

schaffende psychiatrische ambulante Einrichtungen ist nun die Rede. Interessant ist allerdings die Frage, aus welchem Grunde die KollegInnen an den verschiedenen Standorten zu unterschiedlichen Zeitpunkten informiert werden: Während den Belegschaften die Entscheidungen in anderen Landeskrankenhäusern bis dato noch immer nicht mitgeteilt wurde, wussten es die KollegInnen aus Lüneburg bereits zwei Wochen vor den Wunstorfern! Aus der bürgerlichen Presse erfährt man hingegen, dass die Entscheidung darüber noch gar nicht gefallen sei.

Anorr

Unterm Hammer

Niedersächsische Landeskrankenhäuser werden verkauft

Die Würfel sind gefallen: Am 30. März wurde den Beschäftigten des NLKH Wunstorf auf einer Betriebsversammlung unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass der Zug nun endgültig abgefahren ist. Die Landeskrankenhäuser werden verkauft! Damit liegt die Landesregierung ganz im Zeitplan, den sie im letzten Sommer mit der Verkündung der Privatisierungsabsicht aufgestellt hatte. Spätestens Ende des Jahres dürfte sich somit der

Neues vom Fall Fernandez

Aktionen in Deutschland zur Unterstützung der spanischen Gewerkschaft CNT gegen PLUS

Wie in der letzten DA berichtet, wurde Fátima Fernandez von PLUS entlassen, als sie anfang, ihre Rechte als Arbeiterin und Mutter einzufordern. Ihre Gewerkschaft, die CNT Spanien, begann sofort mit Aktionen und richtete einen Appell an alle Organisationen der IAA, der Arbeiterin zu helfen.

Anlässlich des internationalen Frauentages besuchten am Vormittag des 8. März Mitglieder der FAU-Syndikate aus Düsseldorf, Duisburg, Dortmund, Münster und Moers die Zentrale der Tengelmann-Warenhandels-gesellschaft KG in Mülheim/Ruhr, um ihrer Forderung nach der Wiedereinstellung der Genossin Fátima Fernandez, Arbeiterin der PLUS-Filiale „Carretera de Su Eminencia“ in Sevilla (Spanien), Nachdruck zu verleihen.

Unverhofft kommt oft

Im Verlauf der Aktion wurden wir eingeladen, unser Anliegen direkt vorzubringen. Nach einer Tasse Kaffee wurde uns Frau Wonink vorgestellt, Mitarbeiterin der Personalabteilung von PLUS Deutschland. Das Ergebnis dieser Unterredung war ein Termin am 20. März in der Konzernzentrale mit Herrn Wilde, dem Leiter der Personalabteilung in Deutschland,

und dem Gesamtbetriebsrat, Herrn Sitermann. Keiner unserer Gesprächspartner hatte



in diesem Fall irgendeine Entscheidungskompetenz. Trotzdem versprochen sie uns, den europäischen Personalchef noch einmal anzusprechen und ihn zu bitten, in Spanien dar-

auf hinzuwirken, dass die Kündigung unter „menschlichen Gesichtspunkten“ noch einmal überdacht werden solle.

Nicht verschweigen wollen wir, dass es auch versteckte Drohungen gab und den Versuch, herauszufinden, wer oder was die FAU-IAA ist und wie wir wohl einzuschätzen seien.

Erfahrungen

Unsere Aktionen vor und in PLUS-Filialen haben fast immer einen sehr guten Verlauf genommen. Neben den interessierten KundInnen waren auch die Beschäftigten sehr neugierig, während die FilialleiterInnen sich meist sehr nervös verhielten. In einigen Fällen wurde die Polizei gerufen, diese fuhr zu meist ohne nennenswerte Zwischenfälle unverrichteter Dinge ab. Allerdings wird auch von einer Handvoll Aktionen berichtet, die nach dem 20. März stattfanden, bei denen die FilialleiterInnen deutlich energischer vorgingen. In einem Fall hat die Polizei sogar versucht, die Aktion zu unterbinden, das wurde aber erfolgreich abgewehrt. In einem anderen Fall leitete das örtliche Staatsschutzkommissariat (politische Polizei) ein Ermittlungsverfahren ein. Einzelne Aktionen fanden sogar

ihren Weg in die bürgerlichen Medien. Alles in allem gibt es eine Menge positiver Reaktionen und eine verstärkte Nervosität auf Seiten von PLUS.

Aktionen weiter notwendig

Aktionen sind weiter notwendig und sowohl von Fátima als auch von der CNT-E gewünscht. Der Druck auf PLUS muss weiter erhöht werden. Ihr habt die Möglichkeit, Euch auch ohne großen Aufwand daran zu beteiligen. Auf der Webseite www.fau-bonn.de findet Ihr Musterflugblätter mit und ohne FAU-Logos, die Ihr ausdrucken und vor der PLUS-Filiale Eurer Wahl verteilen könnt.

Zu guter Letzt seid ihr alle auch aufgefordert, Protestfaxe an die Tengelmannzentrale zu schicken. Vielleicht habt ihr auch die Möglichkeit, den „Fall Fátima“ in der lokalen (Alternativ-)Presse zu veröffentlichen. Probiert es!

Nachwort

Seit dem 8. März sind wir in regelmäßigem telefonischen Kontakt mit der CNT Sevilla und mit Fátima Fernandez. Die CNT ist froh, dass unsere Unterstützung bisher so effektiv ist. Auch Fátima bedankt sich bei allen Beteiligten sehr für die Unterstützung.

Rudolf Mühland

Fair Play in der Verrichtungsbox!

Der Umgang mit der Prostitution

Bei sportlichen Großereignissen mit überwiegend männlichen Fans boomt erfahrungsgemäß auch ein anderes Gewerbe. Die Austragungsstädte und deren Rotlichtviertel rüsten sich bereits jetzt für den zu erwartenden Ansturm ihrer Kunden. Die Stadt Dortmund will den befürchteten Engpässen im horizontalen Gewerbe begegnen, indem sie sogenannte Verrichtungsboxen für das schnelle Geschäft im Auto aufstellt.

In Berlin sollen immerhin 100.000 Kondome unters Fußballvolk gebracht werden. Die Stadt Frankfurt plant derartiges offensichtlich nicht, unterstützt jedoch eine Aktion ganz anderer Art.

18.000 Euro hat sie dem Verein „Fraurecht ist Menschrecht“ für eine Kampagne zur Verfügung gestellt, die Freier für den Kampf gegen Zwangsprostitution sensibilisieren soll.

Die vom deutschen Städtetag in die Diskussion geworfene Zahl von 40.000 zusätzlich erwarteten Prostituierten aus Osteuropa betrachtet die Geschäftsführerin des Vereins kritisch. Insbesondere nach der vom Deutschen Frauenrat ins Leben gerufenen Kampagne „Rote Karte für Zwangsprostitution“ seien in den meisten Medienberichten aus dieser Zahl plötzlich 40.000 Zwangsprostituierte geworden.

Faktisch gehen jedoch die meisten Pro-



stituierten ihrem Geschäft freiwillig nach.

Allerdings sei die Grenze zwischen freiwilliger Prostitution und Menschenhandel oft fließend. Vor allem dann, wenn in kurzer Zeit viele Prostituierte ins Land kommen. Da es kaum legale Möglichkeiten gibt, nach Deutschland zu reisen, nehmen viele Frauen die Dienste von Schleusern in Anspruch. Der illegale Aufenthaltsstatus macht diese Frauen jedoch erpressbar, und so sehen sie sich schnell mit Lohndrückerei und dem Bruch von Vereinbarungen konfrontiert. Manche Frauen werden von Schleusern auch mit falschen Jobversprechungen angeworben und landen zum Beispiel statt als Kellnerin im Restaurant als Hure im Bordell. Die Kampagne setzt bei den Kunden an, die oft als einzige unkontrollierten Zugang zu den Frauen haben und helfen könnten – wenn sie denn interessiert wä-

KS, 06 Ffm

WM und Überwachung

Der gläserne Stadionbesucher

Wenn Du eine Eintrittskarte beantragst, hast, musstest Du alle Angaben des Personalausweises einschließlich dessen Nummer an die FIFA weitergeben. Dazu kommen E-Mail-Adresse und Telefonnummer sowie in manchen Fällen die Vereinszugehörigkeit. All das darf die FIFA dann speichern. Dass eine nichtstaatliche Organisation die Personalausweisnummer speichern darf, finden auch die deutschen Gerichte völlig in Ordnung.

Wenn Du dann das Glück hattest, eine der für Normalsterbliche raren Eintrittskar-

ten zu bekommen, erzieltest Du damit auch gleich einen eingebauten RFID-Chip, der unbemerkt ausgelesen werden kann. Die Angaben zur Distanz, aus der das funktioniert, variieren zwischen 10 cm (FIFA) und 1,7 Meter (Fachliteratur).

Wenn Du dann mit Deiner verwanzten Eintrittskarte ins Stadion willst, musst Du hoffen, Dich nicht in der 7.000 Namen umfassenden Datei für Gewalttäter/Sport zu befinden. Wer dort eingetragen wird, bekommt das üblicherweise nicht mit, außer Du willst z. B. kurz vor einem Fußballspiel jemanden

in England besuchen. Das darfst Du dann halt nicht. Es ist auch nicht nötig, Dir eine



Strafat nachzuweisen. Es genügt der Verdacht auf zukünftige Gewalttaten von ge-

schulerten Polizistinnen (geschult in Weissagerei und Gedankenlesen?). Eine weitere Hürde kann eines der 2.500 Stadionverbote sein. Diese werden von den Stadionbetreibern ausgesprochen. Da sie das Hausrecht haben, müssen sie diese Verbote nicht begründen.

Im Stadion angelangt, kannst Du Dir sicher sein, die ganze Zeit gefilmt zu werden. Allein für ein Stadion in Rheinland-Pfalz wurden mehrere 100.000 Euro für Kameras ausgegeben. Nach der WM werden sie selbstverständlich nicht abgebaut, auch wenn jede einzelne ca. 2.000 Euro monatlich im Unterhalt kostet.

Und jetzt: Viel Spaß beim Spiel!

MH, 06 Ffm

WM und Militär

Einsatz der Bundeswehr im Inneren als Amtshilfe

Innenminister Schäuble ging in seinen jüngsten Äußerungen von 7.000 Bundeswehrsoldaten für den WM-Einsatz aus. Dabei handelt es sich übrigens nicht um Einsätze der Bundeswehr im Inneren, die ja unsere Verfassung verbietet, sondern nur um Amts-

hilfe (ein hübsches Beispiel für die wunderliche etatistische Denkweise).

Die militärische Amtshilfe soll zum Großteil Sanitätszwecken dienen, in zweiter Linie zur Versorgung der Polizeitruppen.

Auch für den Fall, dass nicht alle ge-

planten WM-Bundeswehreinheiten von der Amtshilfe abgedeckt werden, hat Herr Schäuble vorgesorgt: Dann sollen nämlich kurzerhand die beantragten Bundeswehrruppen zur Bundespolizei abkommandiert werden. Sein Ministerium prüft das gerade, berichtet die Frankfurter Rundschau vom 30. März 2006.

Dann ist auch der Weg frei, das Kommando Spezialkräfte (KSK) einzusetzen, wie am 27. März die Tagesschau berichtete.

Noch unklar ist, ob bei den 7.000 von Schäuble veranschlagten Bundeswehrsoldaten auch die NATO-Truppen eingerechnet sind, die beispielsweise den Luftraum über den Stadien überwachen und sichern.

Aber genügend Reservetruppen wird es wohl allemal geben: Laut der WELT vom 10. Februar haben alle stadionnah stationierten Truppen für die Dauer der WM 2006 eine Urlaubssperre.

MH, 06 Ffm

Produktion von Fußbällen

Bekämpfung der Kinderarbeit

Zwischen 60 und 80% aller Fußbälle weltweit werden in der Gegend von Sialkot/Pakistan genäht. Das Nähen eines Balls dauert drei bis

vier Stunden. Früher wurde das zum Großteil von Kindern erledigt. Inzwischen wird streng und wohl recht wirkungsvoll kontrolliert, dass

niemand unter 14 Jahren am Produktionsprozess beteiligt ist. Um die Kontrolle zu ermöglichen, werden keine Bälle aus Heimproduktion mehr angenommen. In den meisten Fabrikationszentren arbeiten drei bis fünf Personen. Umstritten ist der Nutzen der Maßnahmen: In der Folge meldete sich bis jetzt nur ein Drittel der erwarteten Anzahl Kinder an Schulen an.

Mehr Verdienstmöglichkeiten wurden dadurch nämlich nicht geschaffen. In der Region werden auch viele medizinische Instrumente hergestellt, und über den Kinderarbeitsanteil dieser Produktion sind keine Zahlen bekannt.

Vielleicht haben Eltern und Kinder nur die Jobs getauscht.

MH, 06 Ffm

Anzeige

GRASWURZELREVOLUTION

REIKO MILLER KAMPE (PIL)
KRIEG IST DER MORD AUF KOMMANDO
 Ethische und anarchistische Friedenskonzepte. Schrift von Satow und Pierre Roman
 198 Dokumenten von Tokio, Zwang, Körper, Kultur, Wissen, Fried. Maf. u.a.
 200 S. | EUR 10,00
 ISBN 3 901313 4 6

GLAUBING CARSON
ZEITEN DES KAMPFES
 Das Student Memorial Coordinating Committee und das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstands in den sechziger Jahren
 420 S. | EUR 10,00
 ISBN 3 901313 4 6

Die Monatsschrift für eine gewaltfreie, anarchistische Gesellschaft
 Internetauftritt: www.graswurzel.net
 Schreipresse 3 EUR Vorbest. (3 Heft)
 Schwerpunkt in der Nr. 184: Revolte in Frankreich

DAW - Bestellschein Nr. 11 - 0-1987 Schreipresse
 Fax 03146 300 201 - www.graswurzel.net

Infos zum Fußball

Die BuG-Redaktion besteht aus FußballignoranInnen. Danke deshalb an die Fanorganisationen, die uns ausführlich und kompetent über die verschiedenen Aspekte der WM und des Fußballs allgemein informiert haben.

Wer sich zur WM auf dem aktuellen Stand halten will, findet hier Informationen:

Über Rassismus, Sexismus, Repression und Kommerzialisierung:
www.aktive-fans.de

Über die Gewalttäter-Datenbank:
www.profans.de

Über die verwanzten Eintrittskarten:
www.foebud.org

Anzeige

Junge Welt

Gutschein für eine starke Linie
20,-

Sie sind für eine starke Linie! Die große Kriegerzeitung, Sozialradikale, Rassistische, Nazistische Position bezieht! Die radikal ist, weil sie das Übel an der Wurzel packt! Die über Eigensinn und Klassenkampf nicht schwicht, weil sie Sozialismus will! Dann brauchen Sie auch eine andere Tageszeitung. Testen Sie jetzt die Tageszeitung Junge Welt drei Wochen kostenlos und unverbindlich. Das würde Sie im Einzelverkauf am Kiosk etwa 20 Euro kosten. Das Testabo beginnt montags und endet automatisch nach drei Wochen!

* Das Angebot kann nur in einem BRD und nur einmal pro Monat genutzt werden.

Das Gutschein-Formular ist kostenlos unter www.junge-welt.de oder in einer beliebigen Ausgabe der Tageszeitung Junge Welt zu bekommen. Bitte beachten Sie die in der Ausgabe vom 15.05.06. Geht mit dem Code: www.junge-welt.de

Konzertverbot in Halberstadt

NPD verhindert Antifa-Konzert

Wie bürgerliche Gruppen auf die NPD reagieren, konnten wir in Halberstadt bewundern. Auf Druck der NPD hat der dortige Landrat ein Antifa-Konzert von Heinz Ratz und Konstantin Wecker verboten. Dieses Verbot hat in den Medien einen großen Wirbel ausgelöst, jedoch nur weil eine Person mit großem Namen wie Konstantin Wecker von dem Verbot betroffen war. Der eigentliche Grund der Konzertreihe geriet im Verlauf der Berichterstattung in den Hintergrund. Die Situation der Antifa-Gruppen in den neuen Bundesländern ist meist prekär und die finanzielle Ausstattung der autonomen Jugendhäuser katastrophal. Aus diesem Grund starteten Heinz Ratz und Konstantin Wecker eine Soli-Tour. Nach dem ganzen Medienecho um Konstantin Wecker sprach die DA mit Heinz Ratz.

Interview mit Heinz Ratz

- DA: Warum machtet Ihr diese Tour?

H.R.: Durch meine sehr rege Live-Tätigkeit in den letzten Jahren, vor allem mit Strom & Wasser, komme ich ja nun in die verschiedensten Gegenden. In manchen Orten kann ich dabei erschreckende politische Entwicklungen beobachten. Vor allem in Ostdeutschland gibt es doch große soziale Probleme, die natürlich auch aus der Art resultieren, wie westdeutsche Unternehmen den Osten leergekauft haben. Einhergehend mit einer wirtschaftlichen Verödung, also eine wachsende Aussichtslosigkeit auf Arbeits- und Ausbildungsplätze, kommt auch ein zunehmender Rechtsradikalismus. Dem wird von bürgerlicher Seite und von den Behörden oft herzlich wenig entgegengesetzt. Manchmal liegt die gesamte antifaschistische Arbeit – also in gewisser Weise auch das Bemühen um Ausländerintegration, um menschlichere Kommunalpolitik, um Aufklärung rechter Gewaltübergriffe – nur in der Arbeit von ein paar politisch engagierten Jugendhäusern oder den lokalen Antifa-Gruppen. Diese geraten zunehmend unter Druck. Von Seiten der Behörden: Finanzielle und behördliche Repressalien, von Seiten der Bevölkerung: Eine oft ganz ausbleibende Rückendeckung. Viele dieser Clubs und Häuser sind von der Schließung bedroht, viele gibt es schon nicht mehr. Auf der anderen Seite wächst die Anzahl der Jungentreffs, in denen sich rechte Gruppen formieren und von denen aus sie agieren können. Mir war es ein Anliegen, auf die Situation dieser Jugendlichen aufmerksam zu machen und für ihre Arbeit zu werben, vor allem auch, die Vorurteile der meist bürgerlichen Bevölkerung etwas abzubauen.

- DA: Wie kam es zu dieser Tour mit Konstantin Wecker?

H.R.: Ich schilderte Konstantin Wecker meine Gedanken, Eindrücke und Erlebnisse, und er reagierte sofort, indem er vorschlug,

eine kleine Tour zugunsten der Jugendhäuser in den betroffenen Krisengebieten zu machen, bei der lediglich unsere Unkosten gedeckt würden, mit einem Eintrittspreis, der für jeden bezahlbar wäre, und mit einem klaren Motto: „Nazis raus aus unserer Stadt“.

- DA: Warum gerade in den neuen Bundesländern?

H.R.: In den neuen Bundesländern sind die sozialen Konflikte klarer sichtbar. Vermutlich, weil hier der kapitalistische Mähdrescher hemungslos gewütet hat. Im Westen wird noch viel stärker versucht, die goldene Fassade zu wahren. Ich empfand die Art, wie die Wiedervereinigung vorging, schon von Anfang an sehr ungerecht, und denke, dass dieses Unrecht nun sichtbar wird. Es ist im kleinen ein Spiegelbild dessen, wie die westliche Welt auch mit den Ländern der dritten Welt umgeht, wie überhaupt der Mensch mit dem Menschen umgeht. Er wird von einer Gier bestimmt, die alle ihre Werte auf



Heinz Ratz

dem Buckelrücken eines Geldstücks aufbaut. Das zynische Weltbild eines Neonazis ist ja nur ein ins Extreme gerückte Zerrbild für die Unmenschlichkeit, die auch unter den prachtvollen Worten von vielen sogenannten demokratischen Politikern und Wirtschaftsbossen lauert. Aber wer Demokrat ist und wer nicht, entscheidet sich letztlich in der Tat und nicht im Wort.

- DA: Unter welchen Umständen müssen die lokalen Antifa-Gruppen dort arbeiten?

H.R.: Das kann ich nicht genau sagen. Ich bin ein Einzelgänger, sammle Eindrücke, mache meine eigene kleine Kulturpolitik und bekomme deren Arbeit nur am Rande mit. Ich glaube aber, dass es hier große Unterschiede gibt, sowohl im weltanschaulichen Ansatz als auch in der Art, wie die Antifa organisiert ist. Dies wiederum ist natürlich abhängig von den Leuten, die Antifa-Arbeit machen, und von den Problemen, mit denen sie konfrontiert sind. Im

Grunde ist es ein Kampf auf allen Ebenen, auf der intellektuell-weltanschaulichen ebenso wie auf der Straße. Es gibt auch Netzwerke, die über eine sehr gut arbeitende Informations- und Organisationsstruktur verfügen. Schwer, das alles auf einen Nenner zu bringen. Erschreckend ist häufig schon die räumliche Situation. Vergitterte Fenster, verbarrikiert, und immer die Angst vor einem Überfall auf das Zentrum.

- DA: Wie ist die Verankerung der dortigen Antifa-Gruppen in der Bevölkerung?

H.R.: Auch das ist von Ort zu Ort sehr unterschiedlich. Generell kann man aber doch sagen, dass die bürgerlichen Kreise ebenso wie die Polizei und wie die lokalen Politiker eher mit den rechten Gruppen sympathisieren als mit der Antifa. Vor allem seit die Rechte sich bemüht, den bürgerlichen Anschein zu wahren. Es sind ja nicht mehr nur pöbelnde Schlägerbanden, es sind Rechtsanwälte, Immobilienbesitzer, Studentenverbindungen ...

- DA: Wie war die Resonanz der dortigen „Linken“?

H.R.: Ich habe die Linke nicht als klar definierbare Gruppierung wahrgenommen. Das waren einfach alles Menschen, die ihre Unterstützung, ihr Interesse, ihre Begeisterung ausdrücken wollten. Der Punk saß neben dem Professor, die Dauerwelle neben dem Nietenhalsband. Wobei ich natürlich noch dazu sagen muss, dass wir in unserem Bemühen, die Konzerte in Hoyerswerda und Halberstadt doch noch irgendwie zu spielen, kein einziges Mal Unterstützung seitens der linken Parteien bekommen haben. Lediglich die lokale Zeitung in Halberstadt hat sich über die Feigheit ihrer Politiker aufgeregt und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für uns engagiert.

- DA: Habt ihr nach dem Verbot in Halberstadt mit einem so großen Medienecho gerechnet?

H.R.: Als das Medienecho über uns hereinbrach, habe ich eigentlich nicht mehr damit gerechnet. Da sich zuvor die Medien auf meine Anschreiben hin sehr schweigsam, wenn nicht desinteressiert gezeigt haben. Aber vielleicht brauchen diese Dinge einfach eine gewisse Zeit, um sich herumzusprechen, oder sie brauchen eben den „zündenden“ Funken, d.h. einer berichtet, und die anderen springen aufs galoppierende Pferd. Immerhin haben sie sich des Themas sehr intensiv angenommen. Es wurde ja vor einigen Tagen sogar im deutschen Bundestag debattiert. Schön wäre, wenn nach all den Diskussionen und Aufregungen auch ein Blick übrig bliebe, der den ursprünglichen Absichten der Konzertreihe folgt: Nämlich auf die weiterhin schwierige Arbeit der oft auf sich allein gestellten Antifa und der alternativen Jugendhäuser aufmerksam zu machen.

- DA: In Hoyerswerda wurde euer Konzert abgesagt mit der Begründung, dass es in Hoy-

erswerda keine Nazis mehr gibt. War die Linke dort tatsächlich so erfolgreich?

H.R.: Der Leiter der Kulturfabrik, die das Konzert veranstalten sollte, erklärte gegenüber dem Management Konstantin Weckers, ein Konzert unter dem Motto „Nazis raus aus Hoyerswerda“ wolle er nicht tragen, und es sei auch ganz überflüssig, da es in Hoyerswerda keine Nazis mehr gebe. Angeblich hätte die Stadt so viel gegen sie unternommen. Er dementiert mittlerweile übrigens diese Aussage. Genauso wie ja nun der Halberstädter Bürgermeister sich für ein Konzert von Konstantin Wecker und Strom & Wasser ausgesprochen haben soll. Beide waren für mich nicht zu sprechen, als ich versuchte, die Konzerte doch noch zu retten. Der stellvertretende Bürgermeister in Halberstadt erklärte mir am Telefon, ich müsse ja nun auch Verständnis dafür haben, dass sich die Stadt nicht von einem Konzert vergewaltigen lassen wolle. Nun scheint das alles vergessen, und natürlich versucht jetzt wieder jeder, im guten Licht dazustehen. In Hoyerswerda wie in Halberstadt haben wir übrigens sofort nach Alternativmöglichkeiten gesucht, in beiden Fällen war aber kein anderer Veranstalter zu finden, wobei wir in Hoyerswerda auch nicht so intensiv wie in Halberstadt suchten, da sich zeitgleich das Offi in Bad Freienwalde meldete, ob wir das Konzert nicht bei ihnen machen wollten.

- DA: Nach dem Verbot in Halberstadt wurde sogar im Bundestag darüber diskutiert. Natürlich hat die CDU so reagiert, wie wir es erwartet haben, sie begrüßte das Verbot.

H.R.: Es gibt eine interessante Eigenschaft, die für den einzelnen Menschen genauso gilt, wie für die Politik – sie hat damit zu tun, welche Maske man wählt. Der Feige gibt sich mutig, der Grausame gibt sich gütig, der Kalte bemüht sich, warmherzig zu wirken. Die konservativen Parteien haben oft eine so harte Gangart unter dem Deckmantel sozialen Handelns und christlicher Grundwerte, dass sie für mich gefährlich nahe an wirklich menschenverachtende Ideologien heranreichen. Ich halte es für ein Unding, dass CDU-Abgeordnete die Diskussion dafür nutzen, die antifaschistische Arbeit, mit der unzählige Jugendliche tagtäglich ihren Frieden, ihre Gesundheit, ja manchmal sogar ihr Leben riskieren, gleichzusetzen mit der hemmungslosen Gewalt, die auf der anderen Seite Ausländern, Stadtstreichern, Punks oder Behinderten entgegen schlägt, und oft schon mit tödlichem Ausgang. Wie Konstantin Wecker so schön sagte: Er könnte Verständnis für Feigheit aufbringen, aber Verständnis für vorauseilende Feigheit nicht. Das ist ein wunderbarer Satz.

- DA: Wo kann man demnächst Strom & Wasser hören und sehen?

H.R.: Demnächst in Oldenburg, Hamburg, Koblenz, Bonn, Fulda, Lutterbek, Leipzig, Halle, Kassel, Mainz, Berlin und Rostock, auf jeden Fall immer auf www.strom-wasser.de nachschauen.

- DA: Vielen Dank für das Interview.

Interview: Anna Homburg

Fortsetzung „Kein Abschluss ...“ von Seite 1

D.h., ein schlechterer Abschluss auf Landesebene ist zugleich einer für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen, die sich nicht einmal mehr dagegen wehren können – der mit ver.di im TVöD vereinbarten Friedenspflicht bis Ende 2007 sei Dank!

Erste Gehversuche

Was jetzt deutlich zu Tage tritt, ist allein das Resultat der innergewerkschaftlichen Politik jener Verbände, die auf Spezialistentum, Stell-

vertretermentalität und Passivität der Basis im Alltag setzt. Entsprechend abwartend und an Vorgaben orientiert verhält sich noch ein Großteil der Mitglieder. Dass mancherorts die Kampfformen darüber hinaus gehen, dass niederschwellige Formen von Vernetzung der Betriebe untereinander entstehen, ist allein dem Engagement einzelner KollegInnen geschuldet. Viele KollegInnen haben sich vor dem Streik noch nie darüber ausgetauscht, was im eigenen Betrieb zu tun ist. Sie machen in dieser Auseinandersetzung sozusagen ihre ersten Schritte. Interessant ist, wie offen viele Dinge diskutiert werden, egal ob es sich um die Schaffung eines Bewusstseins dafür, was

Streikbruch ist, handelt oder um die Fragen, welche Ziele überhaupt unterstützt werden und welche nicht, was in ihren Gewerkschaften und in der Tarifaufeinanderklärung alles schief läuft und wie es eigentlich laufen müsste. Daraus jetzt zu schlussfolgern, dass einer punktuellen Selbstorganisation während des Streiks eine umfassende im Betriebsalltag folgen wird, scheint uns noch verfrüht, auch wenn erste Ansätze dafür bereits vorhanden sind.

Wir als Landesbeschäftigte in der FAU Hannover haben uns von Anfang am Streik beteiligt. Der Umstand, dass wir kein Streikgeld beziehen und trotzdem den Streik weiterhin mit-

tragen, wird uns von vielen KollegInnen hoch angerechnet. Unser vorrangiges Ziel war und ist es, so viele KollegInnen wie möglich, unabhängig von ihrer Organisation, zum Streik zu bewegen. Mit einem „Streik-Info“, in dem wir rechtliche Fragen zum Arbeitskampf beantworteten, haben wir versucht, die Ängste vieler KollegInnen vor einer Beteiligung auszuräumen. Unser Info wurde von uns und anderen Streikenden in Landes- und Kommunalbetrieben verteilt und stieß dabei auf großes Interesse sowohl bei den Nichtorganisierten als auch bei ver.di-Mitgliedern.

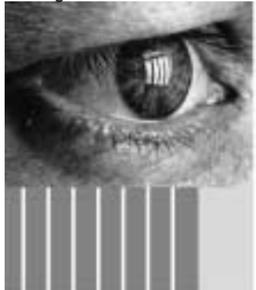
Hochi und Anorr (FAU Hannover)

Marco erneut in Haft!

Marco ist seit dem 27.02.2006 wieder im Knast. In dem Magdeburger §129a-Verfahren wurde er zu einer Freiheitsstrafe von 2 1/2 Jahren verknackt, von der er durch die Untersuchungshaft ein Jahr abgesehen hatte. Diese Verurteilung basierte lediglich auf Indizien, was auch der damalige Richter einräumte, auch wurde Marco nicht nach §129a verurteilt, sondern wegen mehrfachen gemeinsamen Brandstiftungen (u.a. auf eine Niederlassung von Daimler Chrysler, ein Dienstfahrzeug des BGS und das LKA-Gebäude in Magdeburg). In dem Revisionsverfahren gegen seinen Mitangeklagten Daniel ist er zusammen mit Carsten, der ebenfalls in dem Verfahren angeklagt war und freigesprochen wurde, zuvor noch ein halbes Jahr in Beugehaft gegangen. Da Beugehaft nicht auf die Straftat angerechnet wird, ist Marco jetzt für die nächsten 1 1/2 Jahre in der JVA Magdeburg.

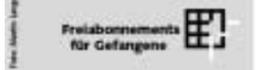
Marcos Anschrift im Knast ist: z.Hd. Marco Heinrichs Justizvollzugsanstalt Magdeburg Halberstädter Str. 8a 39112 Magdeburg

Anzeige



Zukunft Mensch

Damit ein Gefangener sein Leben nach der Haft ohne Straftaten führen kann, braucht er heute Hilfe. Bitte spenden Sie Menschen in Haft die »Direkte Aktion« zum Selbstkostenpreis von 5 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V. Kennwort: »DA« Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00 Konto 30 85 400 Telefon 030-6 11 21 89 Telefax 030-61 62 98 99 E-Mail: freiabos@bin.de www.freibos.de



Ich will folgendes Abo haben:

- 6 Ausgaben / 1 Jahr (Euro 9,-)
- 12 Ausgaben / 2 Jahre (Euro 18,-)
- Förderabo – 12 Ausgaben (Euro 25,-)
- 6 Ausgaben Ausland / 1 Jahr (Euro 15,-)
- 12 Ausgaben Ausland / 2 Jahre (Euro 30,-)

WiederverkäuferInnen:

Schickt mir bitte _____ Ex. zum Wiederverkauf (Mind. 3 Ex. 75 Cent pro Heft zzgl. Porto auf Rechnung)

2-Jahres-NeuabonnentInnen können zwischen folgenden Geschenken wählen (ankreuzen):

- CD: Soundtrack zur sozialen Revolution
- DVD: Power and Terror
- Lars Sjunnesson: Ostberlin
- Noam Chomsky, Gespräch nach 9/11

Meine Anschrift

Vor- und Nachname _____

Straße/Postfach _____

PLZ, Ort _____

Geld:

Mit der ersten Nummer erhaltet ihr eine Rechnung, auf der eure Kundennummer vermerkt ist (bitte als Verwendungszweck angeben). Das Abo gilt ab dem Zeitpunkt, ab dem eure Überweisung auf unserem Konto eintrifft.

Direkte Aktion · Konto 32 33 623
Landesbank Baden-Württemberg Stuttgart, BLZ 600 501 01
Für Überweisungen aus dem Ausland:
IBAN (Kto.): DE93 6005 0101 0003 2336 23
BIC (BLZ): SOLADEST

DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
ABONNEMENT
c/o FAU LEIPZIG
Kolonnadenstr. 19
04109 Leipzig
da-abo@fau.org
<http://www.fau.org>

Dampf machen und ablassen

Aktionstag der FAU Berlin vor dem Neuköllner Jobcenter

Was machen Politik und Erwerbslosenverwaltung, wenn die angeblich aus dem Ruder laufenden Kosten der Massenerwerbslosigkeit weiter gedrückt werden sollen? Neben der ständigen Verschärfung von Gesetzen und Ausführungsvorschriften bietet offenbar auch der Vollzug der Erwerbslosenverwaltung viele Möglichkeiten, potenzielle ALG II-BezieherInnen abzuschrecken und um die ihnen zustehenden Leistungen zu bringen.

Derartige Praktiken waren Anlass für die FAU Berlin, für den 11.04. unter dem Motto „Erwerbslose solidarisch gegen Zumutungen und Schikanen“ zu einem Aktionstag vor dem Jobcenter Berlin-Neukölln aufzuziehen. Während sich alle Welt über die Zustände in der Neuköllner Rütli-Schule ereifert, ging es der FAU Berlin darum, die skandalösen Praktiken der Arbeitsagentur des Bezirks zu thematisieren.

Skandalöse Praktiken

Dort scheint an der Tagesordnung, was auch aus anderen Teilen der Republik berichtet wird: Antragsunterlagen verschwinden, Erwerbslose erhalten nicht die ihnen zustehenden Leistungen, die Bearbeitungszeiten sind unerträglich lang, Sanktionen werden willkürlich verhängt. Hinzu kommt ein von Herablassung und Drohungen geprägter Umgangston seitens der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, mit dem die Erwerbslosen eingeschüchtert werden.

Auf Flugblättern (700 Stück wurden verteilt, bei täglich im Schnitt etwa 1.800 BesucherInnen) und Transparenten, in Redebeiträgen und zahlreichen Gesprächen mit den Erwerbslosen wurden diese Missstände thematisiert. Die Reaktion der „KundInnen“ des Jobcenters war ge-

mischt: Während einige sich eher zurückhielten oder nur kurz Dampf abließen, nutzten andere die Gelegenheit, ihre SachbearbeiterInnen und Fallmanager zu bewerten und ihre Fälle zu Protokoll zu geben. Die Berichte ließen den AktivistInnen die Haare zu Berge stehen: So erzählte ein Schwerkranker, sein Antrag wegen Mehrbe-

Jobcenter am 28.04. erworben. Ebenfalls positiv zu hervorzuheben ist das relativ große Medieninteresse: Neues Deutschland, taz, rbb-Radio und Offener Kanal berichteten.

Fazit: Um überhaupt das lächerlich niedrige ALG II in der korrekten Höhe zu bekommen, ist in vielen Fällen ein ständiger Kampf mit dem



Aktionstag vor dem Jobcenter Neukölln

darf sei von seinem Sachbearbeiter vor seinen Augen zerrissen worden. Eine Frau berichtete, ihr sei gesagt worden, ihr Freund, ein Ex-Junkie, solle doch wieder zurück auf die Straße. Die Strategie des Jobcenters, die Leute wo es nur geht abzuschrecken und sie dadurch zum Verzicht auf die ihnen zustehenden Leistungen zu drängen, wurde aus den Schilderungen mehr als deutlich.

Erfreulich war die Teilnahme von AktivistInnen anderer Gruppen, die ebenfalls zum Thema Erwerbslosigkeit arbeiten. So wurde für einen weiteren Aktionstag vor dem Neuköllner

Jobcenter erforderlich. Doch der korrekte Vollzug der Erwerbslosenverwaltung darf allenfalls ein Etappenziel bleiben. Es bleibt dabei, dass der Kampf für unsere Rechte mit der Perspektive der Abschaffung aller auf Ausbeutung und Unterdrückung begründeten Verhältnisse verbunden sein muss.

Alexander Panagoulis, FAU Berlin

(Interessierte können das verteilte Flugblatt als PDF-Datei durch eine E-Mail an faub32@fau.org anfordern.)

Briefbomben

DA-Schlussredaktion, Braunschweiger Straße 22,
44145 Dortmund, da-schlussredaktion@fau.org

Kolumne Durruti DA 174

Markus Liskes jüngste Kolumne „Mein lieber Mohammed ...“ finde ich gänzlich kritikwürdig. Die Mischung aus – eher unlustiger – Satire und argumentativer Polemik über dieses Thema und mit der Bezugnahme auf „euch Moslems“ finde ich sehr bedenklich. Mir persönlich ist das übrigens peinlich und hat mich abgehalten, „unser“ Blatt einigen Kumpels (der islamischen Lebensart nahestehenden) in die Hand zu drücken. Es ist eine Sache, die gegenwärtige Instrumentalisierung des Karikaturstreites in der Politik zugunsten neuen Zensurerwägungen anzuprangern (wie in anderen Beiträgen der betreffenden DA-Ausgabe geschehen). Aber eine andere Sache ist es, unter dem Etikett von Satire einen so flapsigen Rundumschlag gegen Muslime insgesamt aufzubereiten.

Außerdem scheint an Liskes Wahrnehmung vorbeigegangen zu sein, dass die rechtskonservative „Jyllands Posten“ mit der Karikatur-Veröffentlichung eine Polarisierung Westen kontra Muslime betrieb, die der nationalistischen dänischen Regierung Rasmussens bei ihrer ausländerfeindlichen Politik sehr dienlich ist. Davon abgesehen: Von wegen, „sämtliche deutsche Zeitungen“ wären nun, da z. B. zum Krieg gegen Iran und seine vermeintliche islamistische Schreckensherrschaft wieder fleißig Vorwände gesammelt werden, so einhellig pro-muslimisch. Liske kommt über Stammtischniveau nicht hinaus, wenn er auf dem engen Raum seiner Kolumne Klischees zur islamischen Lebensart versammelt:

Machogehabe, Selbstmordattentate ... Aber ob ich nun religiös oder atheistisch bin, ich muss doch bei meiner Wahrnehmung differenzieren können zwischen politisch geführtem Bilderstreit und orthodox-fundamentalistischen Akten. Dass aber diese offen geführten Proteste in Jordanien, im Irak, Pakistan, Ägypten teilweise durchaus gewalttätig ausfallen, wen wundert es bei der hochangespannten politischen Lage (z. B. in Pakistan war kurz zuvor ein Dorf von den USA bombardiert worden, wegen Verdachts, dass sich dort al-Qaida-Mitglieder aufhalten), und wer hätte dafür außer Liske Häme übrig?

Für die FAU fände ich es im Gegenteil gut, noch mehr Kontakt zu Arbeiter-AktivistInnen aus islamischen Lebensräumen zu suchen – unter Ausklammerung des religiösen Aspektes, nicht in Häme gegen ihre Religion.

Birgit, FAU Berlin

Antwort der Redaktion Betrieb und Gesellschaft:

Liebe Birgit,

Jeder Mensch kann sich jeden Tag neu dafür entscheiden, ob er an übernatürliche Wesen und Vorherbestimmung glaubt, oder ob er Solidarität und Selbstbestimmung anstrebt.

Der Islam ist keine Lebensart, sondern eine Religion. Die Lebensart in Gegenden, in denen der Islam die vorherrschende Religion ist, auf den Islam zu reduzieren, blendet nicht nur emanzipatorische Traditionen und die Bemühungen dort tätiger Aufklärerinnen aus. Es akzeptiert auch die angemaßte kulturelle Alleinherrschaft der Theokraten. Diese Reduzierung stärkt das Bild von einem „Kampf der Kulturen“, von dem Klerikal-faschisten und Kapitalisten gleichermaßen durch die Ablenkung vom Klassenkampf profitieren.

Religionen sind ein Hindernis auf dem Weg zu einer emanzipierten Gesellschaft. Wäre Religiosität nur eine Ansammlung schrulliger Verhaltensweisen und liebgewonnener Tagträume, würden wir ihr die gleiche Toleranz entgegen bringen wie beispielsweise konsensualen Sado/Maso-Praktiken.

Unsere Toleranz endet, wo der Glaube an die eigene Auserwähltheit zum Ausdruck kommt. Der legitimiert nämlich auch einen Missionsauftrag und Herrschaftsanspruch bis hin zu Gewaltexzessen.

Auf Dauer können wir nur mit „religiösen Genossinnen“ solidarisch sein, die unsere Position zur Religion kennen und akzeptieren. Und die richtet sich gegen jeden gesellschaftlichen Machtanspruch ihrer Religion. Beim gemeinsamen Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung sollte geklärt sein, dass das gemeinsame Ziel dieses Kampfes Anarchosyndikalismus und nicht Klerikalismus heißt. Diese Auseinandersetzung lässt sich nicht ausklammern.

Markus Liske hat in der Kolumne Durruti keine Menschen verunglimpft, sondern Instrumente klerikaler Machtpolitik. Er hätte noch viel weiter gehen dürfen. Es ist nicht respektlos, dem nackten Kaiser zu sagen, dass er nackt ist, und es ist nicht respektlos, über Quatsch hämisch zu lachen, gerade wenn ihn jemand in vollem Ernst öffentlich von sich gibt. Es wäre hingegen respektlos, zu verlangen, dass alle den Quatsch ernst nehmen müssten. Quatsch bleibt Quatsch. Dagegen hilft bestenfalls Aufklärung. Dafür ist die Kolumne Durruti jedoch nicht zuständig. Wenn sie aber solche Diskussionen hervorruft, hat sie ihren Zweck erfüllt.

SSS-DSCHUNDEL

Nachdem anscheinend auch in Deutschland der Begriff Streik wieder in aller Munde ist, soll hier die typisch deutsche Verrechtlichung eines Arbeitskampfbegriffes aufgezeigt werden.

Was ist ein Streik?

Bei einem Streik üben die Arbeitnehmer ihr kollektives Zurückbehaltungsrecht der Arbeitskraft gegenüber den Arbeitgebern aus. Das hat zur Folge, dass diese keinen Lohn und der Arbeitgeber keine Arbeitsleistung erhält. Klingt banal, ist aber in der heutigen Zeit durch die Gleitzeitproblematik nicht mehr so eindeutig, wie das folgende Urteil zeigt.

Im unten aufgeführten Fall wollte der Arbeitgeber dem Kläger trotz „Abstechens“ den Lohn kürzen.

Streikteilnahme während Gleitzeit

Ein Arbeitnehmer, der an einer Streikkundgebung teilnimmt, nachdem er sich im Rahmen einer betrieblichen Gleitzeitregelung zulässigerweise aus dem Zeiterfassungssystem abgemeldet hat, streikt im Rechtssinne nicht. Streik ist die Vorenthaltung der während der Dauer der Streikteilnahme geschuldeten Arbeitsleistung. Der Arbeitnehmer, der entsprechend einer betrieblichen Regelung die Lage seiner täglichen Arbeitszeit autonom bestimmen kann, führt mit dem Abmelden aus dem Zeiterfassungssystem das Ende seiner Arbeitszeit herbei. Danach befindet er sich in Freizeit. Während der Freizeit kann der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber die Arbeitsleistung nicht vorenthalten.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 26. Juli 2005 – 1 AZR 133/04

Nicht nur Erzwingungs- bzw. unbefristete Streiks sind zulässig, sondern auch Warnstreiks, bei denen nur vorübergehend, ohne den Erzwingungscharakter die Arbeit niedergelegt wird.

Arbeitskämpfe dürfen nach einem Urteil des BAG nur eingeleitet und durchgeführt werden, wenn alle Verständigungsmöglichkeiten erschöpft sind (Ultima-Ratio-Prinzip). Das Ultima-Ratio-Prinzip verbietet kurze und zeitlich befristete Streiks, zu denen die Gewerkschaft während laufender Tarifverhandlungen (nach Abschluss der vertraglich vereinbarten Friedenspflicht) aufruft, nicht.

Wer darf zum Streik aufrufen und für was darf überhaupt gestreikt werden?

Wird das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb (§ 823 Abs. 1 BGB) durch einen Streik verletzt, dann kommt es nicht darauf an, ob der Eingriff von einem dem Betrieb Fernstehenden, z.B. einer Gewerkschaft, oder durch die Arbeitnehmerschaft des Betriebes erfolgt.

Der Streik um Arbeitsbedingungen, die dem geltenden Tarifvertragsrecht entsprechen, ist auf Grund der freiheitlichen und sozialen Grundordnung der Bundesrepublik grundsätzlich legitim und erlaubt. (Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz)

Ein Streik, der Ziele verfolgt, die von der Rechtsordnung unmittelbar oder mittelbar missbilligt werden, ist jedoch rechtswidrig. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn um Ziele gestreikt wird, die dem geltenden Tarifvertragsrecht widersprechen.

BAG, Urteil vom 4.5.1955 – 1 AZR 493/54 –

Fundstellen: AP Nr. 2 Art. 9 GG Arbeitskampf; EZA Art. 9 GG Arbeitskampf Nr. 1; NJW 1955, 1373; BB 1955, 1028; DB 1955, 779

Ultima-Ratio-Prinzip

Das Ultima-Ratio-Prinzip besagt, dass Arbeitskämpfmaßnahmen erst dann ergriffen werden dürfen, wenn ohne sie ein Tarifabschluss im Wege von Verhandlungen nicht zu erreichen ist. Dies bedeutet, dass grundsätzlich vor einem Streik Forderungen über den Inhalt des abzuschließenden Tarifvertrages erhoben und in der Regel auch erfolglos Verhandlungen darüber geführt sein müssen.

BAG 21. Juni 1988

Kommentar

Wie ihr seht, muss mensch schon weit in die Geschichte zurückgreifen, um das noch heute grundsätzlich gültige Richterrecht zu finden. Ein Streik soll nur zur Erreichung eines Tarifvertrages rechtmäßig sein. Dies entspricht weder meiner Auffassung und schon gar nicht der Rechtsauffassung in anderen europäischen Ländern. Hier sei nur an Frankreich erinnert. Trotzdem muss hier darauf aufmerksam gemacht werden, dass bei Streiks, die nicht dieser Rechtsauffassung entsprechen, die Streikenden oder deren Gewerkschaft schadensersatzpflichtig werden können.

Wer darf streiken? An einem Streik dürfen alle Beschäftigten teilnehmen, für die eine Forderung aufgestellt wurde. Es spielt keine Rolle, ob jemand in der Gewerkschaft ist oder nicht. Das Grundgesetz (Artikel 9 Abs. 3) gilt für alle. Auch die Staatsangehörigkeit ist unerheblich.

Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts sind Arbeitskämpfmaßnahmen von nicht organisierten Arbeitnehmern und gegen solche zulässig, wenn deren Einbeziehung in den Arbeitskampf der sozialen Wirklichkeit und der kollektiven Interessenlage entspricht. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn das Ergebnis eines Arbeitskamps zumindest faktisch auch den Außenseitern zugute kommt und diese im Rahmen des von der Gewerkschaft getragenen Arbeitskamps letztlich um ihre eigenen Arbeitsbedingungen kämpfen.

BAG 22. März 1994

Auch Azubis dürfen streiken

Auszubildende sind laut Rechtsprechung ganz normale Arbeitnehmer. Deshalb haben sie auch das Recht, bei einem Arbeitskamps mitzumachen. (BAG 12.9.84, AP MR 81 zu Artikel 9 Grundgesetz).

Streikbrecherarbeit

Die Ablehnung von direkter Streikbrecherarbeit stellt keine unberechtigte Arbeitsverweigerung dar.

Allerdings ist der Arbeitgeber nicht verpflichtet, an die arbeitswilligen Arbeitnehmer, für die keine Beschäftigungsmöglichkeit besteht, das Arbeitsentgelt weiterzuzahlen.

BAG, Urteil vom 25.7.1957

Dagegen hat ein arbeitsunfähig erkrankter Arbeitnehmer, der sich nicht am Streik beteiligt, einen Anspruch auf Entgeltfortzahlung, sofern seine Beschäftigung trotz des Streiks möglich wäre. Ebenso bei Urlaub, unabhängig von einer Beschäftigungsmöglichkeit während des Streiks.

BAG 24. Februar 1961 und 9. Februar 1982

Spanien: Mercadona

Streik in Logistikzentrum in Sant Sadurní d'Anoia (Barcelona)

Seit dem 4. April befinden sich ArbeiterInnen des spanischen Einzelhandelskonzerns Mercadona im Streik gegen ständige Schikanen und Übergriffe und für die Wiedereinstellung von vier CNT-Gewerkschaftern. Eure Solidarität ist gefragt.

Mercadona ist mit rund 1.000 Filialen und mehr als zehn Milliarden Euro Jahresumsatz eine der größten spanischen Einzelhandelsketten. Der Konzern ist auf Expansionskurs; im Jahr 2005 stieg der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um satte 18 Prozent, für das laufende Jahr ist die Eröffnung von fast 100 neuen Filialen geplant. Die ArbeiterInnen sehen davon wenig. Nicht zuletzt deshalb, weil die Konzernleitung mit der Gewerkschaft UGT und der gelben Hausgewerkschaft Sindicato Independiente de Mercadona einen Tarifvertrag mit einer Laufzeit von vier Jahren abgeschlossen hat, der die Belegschaften ruhig halten soll. In den letzten Jahren haben sich die Arbeitsbedingungen in der Einzelhandelsbranche immer weiter verschärft. Prekäre Arbeitsbedingungen und Zeitverträge haben sich rasant ausgeweitet. Gleichzeitig ist auch die Konfliktbereitschaft vieler ArbeiterInnen gestiegen. Ein Indiz hierfür ist, dass sich in den letzten 12 Monaten in verschiedenen Märkten und Logistikzentren von Mercadona Betriebsgruppen der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft CNT gebildet haben.

Eine Betriebsgruppe gründet sich

Anfang 2006 bat eine Gruppe von ArbeiterInnen aus dem Logistikzentrum von Mercadona die CNT in Barcelona um Unterstützung angesichts einer Vielzahl von Schikanen durch das Management. Sie berichteten von extremer Ausbeutung und von rassistischen Übergriffen. Ganz besonders betroffen von den fremdenfeindlichen Schikanen sind die im Logistikzentrum beschäftigten PackerInnen, von denen viele MigrantInnen aus Schwarzafrika und Lateinamerika sind. Die beiden bislang im Betrieb vertretenen Gewerkschaften unternehmen gegen die Missstände nichts – kein Wunder, denn sie bestehen lediglich aus den Gewerkschafts-

delegierten selbst, die teilweise selbst Leitungsfunktionen in der Firma ausüben. Als den ArbeiterInnen klar wurde, dass sie nur organisiert etwas an der Situation ändern können, traten viele von ihnen der CNT bei. Die wurde schnell zur größten Gewerkschaft im Zentrum und ist zwischenzeitlich in praktisch allen Schichten und Teilbetrieben des riesigen Komplexes von über 2.000 Beschäftigten vertreten.

Repression durch die Firmenleitung

Die Repression durch das Management ließ nicht lange auf sich warten. Zunächst setzte es



Streikposten vor dem Mercadona-Logistikzentrum Sant Sadurní

alle Hebel in Bewegung, um zu verhindern, dass sich weitere ArbeiterInnen der CNT anschlossen. Als das nichts nützte und sich abzeichnete, dass es in Kürze zu einer größeren Auseinandersetzung wegen der ständigen Übergriffe und der Schikanen kommen würde, änderte die Firmenleitung ihre Taktik. Unter einem Vorwand setzte sie die Lohnzahlung für den Sekretär der CNT-Betriebsgruppe um sieben Tage aus und kündigte gleich darauf vier AktivistInnen der CNT.

Streik

Kurz darauf, Anfang März schickten 57 ArbeiterInnen aus der Sektion für Be- und Entladung ein von allen unterschriebenes Fax an die Fir-

menleitung, in der sie ankündigten, in den nächsten Tagen ausführliche und detaillierte Berichte über die Schikanen zu veröffentlichen. In dem Fax wurde außerdem von der Firmenleitung gefordert, dass diese unverzüglich in Verhandlungen über die vollständige Rücknahme der Kündigungen und Sanktionen eintreten solle. Als eine Reaktion ausbleibt, beschließt eine Versammlung von 400 ArbeiterInnen in den Streik zu treten. Gefordert wird besserer Arbeitsschutz, ein sofortiges Ende der ständigen Übergriffe und Schikanen, die Wiedereinstellung der entlassenen Gewerkschafter und eine Lohnerhöhung. Als Streikbeginn wird der 23. März, beginnend mit der Frühschicht, festgesetzt, außerdem wählt die Versammlung ein Streikkomitee, das sich aus CNT-Mitgliedern zusammensetzt. Der Streik soll zunächst auf zehn Tage befristet sein. Für den Fall, dass das Ma-

nagement den Forderungen bis dahin nicht nachkommt, beschließt die Versammlung einen zweiten, dann unbefristeten Streik.

Der Streik beginnt wie geplant und eskaliert sofort, weil ein größeres Kontingent Guardia Civil (Staatspolizei) in trauter Einigkeit mit dem privaten Wachschutz von Mercadona verhindern will, dass die Streikenden ihre KollegInnen informieren können. Als die Polizei die Streikposten abzudrängen versucht, kommt es zu Rangeleien und einigen leichteren Verletzungen auf Seiten der Streikenden. In den nächsten Tagen versetzt die Konzernleitung Beschäftigte aus anderen Logistikzentren in Spanien nach Barcelona, um sie als Streikbrecher einzusetzen. Da die Streikbrecher in Firmenbussen von Barcelo-

na zum Logistikzentrum gekarrt und von der Polizei durchgeschleust werden, verteilen die Streikenden in den nächsten Tagen vor der Abfahrt der Busse in Barcelona Flugblätter. Gleichzeitig rollt die Welle der Unterstützungsaktionen an. Wie bei Kämpfen anarcho-syndikalistischer Gewerkschaften bewährt, wird der Konflikt ausgedehnt und durch eine Imageschädigungskampagne ergänzt. Überall in Spanien finden derzeit Aktionen in Mercadona-Filialen statt, die über die miserablen Bedingungen im Logistikzentrum von Barcelona und bei Mercadona ganz allgemein informieren. Eine Boykott-Kampagne gegen Mercadona wurde zwischenzeitlich ebenfalls ausgerufen. Zur Unterstützung des Streiks finden inzwischen nahezu täglich Demonstrationen und Kundgebungen in der Innenstadt Barcelonas statt, bei denen auch schon einmal der Verkehr kurzfristig zum Stillstand kommt.

Eure Solidarität ist gefragt!

Nachdem die Firmenleitung den Forderungen der Streikenden nicht nachgekommen ist, begann am 4. April der unbefristete Streik. Nun wird Solidarität noch aus einem anderen Grund wichtig. Wie die meisten anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften unterhält auch die CNT keine permanenten Streikkassen. Wenn es darauf ankommt, können die Streikenden stattdessen mit der Solidarität ihrer GenossInnen rechnen. Aufgrund der großen Zahl der ArbeiterInnen und der Bedeutung des Streiks ruft die CNT zwischenzeitlich auch international zu Spendensammlungen für die Streikenden auf. Die FAU hat zu diesem Zweck ein Konto eingerichtet, von dem aus wir wöchentlich die Spenden gesammelt an die Streikenden überweisen. Bitte überweist Eure privaten Spenden, Überschüsse aus Konzerten, Veranstaltungen, Solidiscos oder was Euch sonst noch einfällt an: FAU, Konto 96152201, Postbank Hamburg (BLZ 20010020), Stichwort „Mercadona Streik“. Den Spendenstand werden wir auf www.fau.org dokumentieren. Wer nicht möchte, dass sein Namenskürzel veröffentlicht wird, schreibe bitte „N.N.“ mit in den Verwendungszweck der Überweisung. Auf unserer Website werden wir euch auch über den weiteren Verlauf des Streiks informieren.

robot

Informationen in Spanisch über den Streik:

<http://www.cnt.es/mercadoso/barcelona.cnt.es>

Polen: Mitglied der OZZ Inicjatywa Pracownicza entlassen

Jacek Rosolowski wurde entlassen, weil er zusammen mit einem Viertel der Belegschaft der Impel-Tom-Filiale in Kostrzyn eine Betriebsgruppe gründen wollte. Schick einen Protestbrief, -fax an Impel-Tom und verlange die sofortige Wiedereinstellung Jacek Rosolowskis und die Anerkennung der Rechte der ArbeiterInnen zur gewerkschaftlichen Selbstorganisation:

Impel-Tom
M Kapalski Sp. Komandytowa
ul. Dekoracyjna 3
65-722 Zielona Góra, Poland
Tel.: + 48 68 327 22 52 (for fax dial „11“)

Unterstütze die OZZ Inicjatywa Pracownicza finanziell. Die Workers' Initiative sammelt Geld, um einen Anwalt bezahlen zu können (ein Anwalt kostet ca. 250 Euro). Außerdem unterstützen wir Jacek für sechs Monate mit ca. 750 Euro. Sendet Eure Spenden an:

OZZ Inicjatywa Pracownicza/All-Polish Trade Union Workers' Initiative
Poznan, Gorecka 154
GBW/Spoldzielczy Bank Ludowy
swift address: GBWCPLPP
57 9043 1070 2070 0042 8758
0001
postscript: darowizna na rzecz represjonowanych zwiazkowców (das bedeutet: Spende für unterdrückte GewerkschaftsaktivistInnen)

Boillat: Die Möglichkeiten ausschöpfen

Über den Kampf der Boillat in Reconvilier

Der Kampf der Boillat in Reconvilier ist vielfältig und komplex. Trotz der vorläufigen Unterbrechung des Streiks ist die Entschlossenheit der ArbeiterInnen ungebrochen. Dies trotz der 112 ausgesprochenen Kündigungen, die jeder Produktionslogik widersprechen (die Bestellliste ist übertoll) und auch trotz der Abwesenheit der schon früher entlassenen Kader, ohne die die Produktion nicht voll heraufgefahren werden kann. Es handelt sich um einen langatmigen, berechtigten und effizienten Widerstand, der sich da ausdrückt. Viele GenossInnen innerhalb des Fabrikkollektivs und in der Solidaritätsbewegung sind sich einig, dass ein neuer Abschnitt im Kampf eingeläutet werden soll: Besetzung der Fabrik, selbstverwaltete Wiederaufnahme der Produktion, Ware verkaufen und sich bezahlen lassen. Was heissen würde, die Logik des Streikes zum Ende zu führen: Die Eigentumsfrage stellen, das Ausbeutungsverhältnis an den Wurzeln packen.

Klassenzusammenhang

Viele Leute reden über diese Enteignung der AusbeuterInnen, diesen „verwaltenden“ Streik. Sie machen es aber leise, weil klar ist, dass sonst das fragile Kräfteverhältnis kippen könnte. Die Kündigungen, jüngste Provokation von Hellweg und Konsorten, zeigen, wie wichtig es für das Bürgertum dieses Landes ist, die Widerspenstigkeit der Boillat-ArbeiterInnen zu brechen. Die Swissmetal-Direktion verteidigt nicht einfach einen finanziellen Schachzug, der die Auslöschung und Schrumpfung des Produktionswerkzeuges mit sich zieht. Sicher wird auf die Interessen der Aktionäre Rücksicht genommen, die wohl wissen, dass eine schnelle und profitmaximierende Operation die Liquidierung der

Boillat beinhaltet, aber das ist nicht alles und auch nicht das Wesentliche für die KapitalistInnen. Mit dem Anfang des Kampfes hat das ArbeiterInnen-Kollektiv von Reconvilier einen Anspruch auf Gegenmacht, Autonomie und Selbstbestimmung gestellt. Dieser ist für das Kapital unannehmbar. Ihn will Hellweg brechen. Die Swissmetal-Direktion will beweisen, dass es keinen anderen Weg gibt, als sich zu beugen und zu schweigen. Sie will den Lohnabhängigen in diesem Land klar machen, dass jeglicher Widerstand zu Niederlage und Elend für jene führt, die die kapitalistische Kommandomacht in Frage stellen. In diesem Sinne ist jeder für den Widerstand gewonnene Tag, jede geschlossene oder aufrechterhaltene Allianz ein Sieg.

Stärken und Schwächen von Bündnissen

Die Bewegung der Reconvilier-ArbeiterInnen hat die Notwendigkeit begriffen, die Isolation zu vermeiden, und die Notwendigkeit, Bündnisse zu schließen, seien sie noch so brüchig oder begrenzt. Dies ist auf drei Seiten passiert: Zuerst das Bündnis mit einem regionalen Bürgertum, das sehr wohl begriffen hat, dass das von Hellweg getragene Herrschaftsprojekt des Finanzkapitals eine gewichtige Bedrohung bedeutet.

Zweitens haben die Reconvilier-ArbeiterInnen von der zweideutigen und widersprüchlichen Situation der Kader profitiert. In diesem Segment hat der ArbeiterInnen-Widerstand für eine existentiell bedrohte gesellschaftliche Gruppe eine Perspektive eröffnet. Die Tatsache, dass die Kader, üblicherweise Handlanger der kapitalistischen Arbeitsorganisation, sich gegen das Hellweg-Strategieprojekt wenden und somit mit ihrer traditionellen Rolle brechen, hat

ein subversives Potential, welches von der Direktion erkannt wurde. Die Antwort darauf kam schnell in Form von Unterdrückung und Kündigungen. Sie will um jeden Preis diese innovative gesellschaftliche Allianz zwischen ProduzentInnen und Kadern brechen.

Zuletzt haben die Reconvilier-ArbeiterInnen ein komplexes und schwieriges Bündnis mit dem Gewerkschaftsapparat geschlossen. Grundsätzlich ist die Sache klar. Die UNIA-Bürokratie steckt in einem Dilemma. Auf der einen Seite kann sie nicht seine Verhandlungsfähigkeit, seine Rolle als Mittlerin zwischen Kapital und Proletariat eliminieren und kaputt machen lassen, auf der anderen Seite steht sie Kämpfen, welche „einzig“ zum Ziel haben, die Lohnabhängigen gegenüber der kapitalistischen Präkarisierungsstrategie zu stärken, feindlich gegenüber. Im besten Fall befürwortet die Gewerkschaftsbürokratie den Ist-Zustand, weil sie die allgemeine Ausweitung von gesellschaftlichen Konflikten als Krisen- und Gleichgewichtsstörungsfaktor und als Bedrohung für sie selbst betrachtet. Die wiederholten Niederlagen (gegenüber den UnternehmerInnen) sind da das kleinste Übel. Dieser zentrale Widerspruch erklärt auch, warum der UNIA-Apparat zuerst den Streik unterstützt hat und danach den Widerstand zu brechen versuchte. Das Problem ist nicht einfach, dass der Streik UNIA zuviel kostete, sondern der politische Preis der direkten Aktion.

Die Weiterführung des Streikes in Reconvilier, die Weiterentwicklung der Bewegung bis zum Angriff gegen die Eigentumsfrage (Besetzung, Beschlagnahmung der Lagerbestände, Blockierung der Verschiebung von Material und Teilen) und noch radikaler: der Schritt zum „verwaltenden“ Streik hätten die Staatsrepression nach sich gezogen. Die ArbeiterInnen von Re-

convilier sind in einer schwierigen Lage. Sie sind Geiseln einer sehr ungünstigen allgemeinen Situation. Sie zahlen einen hohen Preis für das herrschende Gewerkschaftswesen mit seinem Drang zu sozialem Ausgleich, seinem Arbeitsfrieden und seiner Unterwerfung. Solcherlei Gewerkschaften nehmen die akute Konkurrenz zwischen ArbeitnehmerInnen, Standorten, regionalen und nationalen ArbeitnehmerInnen in Kauf. Swissmetal Dornach ist ein Beispiel für die Hegemonie dieser Position. Die Boillat-ArbeiterInnen zahlen auch für die Schwäche der Bündnisse, die sie eingehen mussten. Sicher sind diese Bündnisse unvermeidlich gewesen, aber ihr Preis ist sehr hoch. Das regionale Bürgertum und die lokale Politelite sowie gewisse Kader werden keine Radikalisierung der Bewegung unterstützen.

Wagnis und Vernunft

Umgekehrt muss man sagen, dass der „Weg der Vernunft“ über Mediation und Boillat-Kauf keine Chance hat ohne Verstärkung des Widerstandes. Erst wenn der zu zahlende politische Preis und die daraus entstehende politische Polarisierung zu groß werden, werden das Bürgertum und die politische Macht Hellweg zu einem Kompromiss zwingen, was für die Swissmetal-Direktion einen größeren oder kleineren Rückzieher bedeuten würde. Es gibt keinen anderen Weg, als Widerstand zu leisten und Risiken einzugehen. Damit die ArbeiterInnen von Reconvilier diesen Weg einschlagen können, bedarf es der Stärkung der autonomen Massenunterstützungsbewegung, um ihnen materiell und politisch zu ermöglichen, die Herausforderung aufzunehmen und ihre Selbstbestimmungsspielraum auszuweiten.

Vielleicht ist nicht alles möglich, aber einzig der Kampf wird zeigen, was für die Boillat und für uns alle möglich ist.

Überarbeitet, aus: Rebellion Nr. 35, Organisation Socialiste Libertaire

Anzeige

Antifaschistisches Blatt

info

Nr. 71 | Frühjahr 2006

Blau!cht, Business, Blood & Honour

Kostenloses Probeexemplar

Antifaschistisches Blatt
Grossvertrieb: 2a | 10961 Berlin
e-mail: ab@nadr.org
web: www.nadr.org/ab/

Einzelheft 3,10 Euro
Abto 15,50 Euro (inkl. Ausgaben)

Der Prekarität den Krieg erklärt

Kündigungsschutz und Unruhe in Frankreich

Die DGB-Gewerkschaften scheinen unter der Großen Koalition aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht, machen sie doch seit Anfang des Jahres mit mehreren Streiks wieder von sich reden. Vor diesem Hintergrund drohte DGB-Chef Sommer Ende März mit „französischen Zuständen“, falls CDU und SPD ihre Pläne zur Ausweitung der Probezeit auf 24 Monate umsetzen. Unter dem Motto „Kündigungsschutz weiterentwickeln“ soll das Kündigungsschutzgesetz für Neu-Eingestellte erst nach zwei Jahren statt bisher einem halben Jahr wirksam werden. In dieser „Wartezeit“ wäre bei einer Kündigung zwar eine Frist von vier Wochen zu beachten, aber keine Begründung anzugeben — damit würde die Handlungsfreiheit des Chefs erheblich größer. Von der Ausweitung der Kündigungsschutzfreien Zone — zum 1.1.2004 von Rot-Grün bereits auf Betriebe mit bis zu zehn ArbeiterInnen ausgeweitet — erhoffen sich die Regierungsparteien angeblich vermehrte Einstellungen in unbefristeten Arbeitsverhältnissen.

Ganz ähnlich reden und handeln die Vertreter der französischen Regierungspartei UMP: Der jüngste Streich war die Verabschiedung eines „Gesetzes für Chancengleichheit“ Anfang März 2006. In Artikel 8 wird hier ein „Erstinstellungsvertrag“ (CPE) etabliert, demzufolge Jugendliche bis 26 Jahre in den ersten zwei Beschäftigungsjahren ohne Begründung gefeuert werden können. Offiziell nennt man das „Periode der Konsolidierung des Beschäftigungsverhältnisses“. Damit wolle die konservative Regierung der Jugendarbeitslosigkeit (zwischen 22 und 40 Prozent) begegnen und auch auf die Vorstadt-Unruhen vom November 2005 reagieren. Ähnliche Vorhaben soll es auch in Schweden, Spanien und den Niederlanden geben.

Widerstand ist möglich

Angesichts der erstaunlichen Parallelen zwischen politischen Projekten verschiedener europäischer Staaten bescheinigte Sommer der Bewegung jenseits des Rheins eine „große Signalkwirkung“. Immerhin hatte es bereits Anfang Februar, drei Wochen nach der Präsentation des Gesetzesvorhabens, erste große Proteste gegeben: Ausgehend von Studierendengewerkschaften und sog. Coordinations an den Unis in Rennes und Poitiers, gehen am 7. Februar 2006 landesweit 400.000 Menschen gegen den CPE auf die Straße. Die anarchosyndikalistische CNT bezeichnete das Ausmaß der Mobilisierung, die unabhängig von den großen „repräsentativen Gewerkschaften“ (d.h. vom Staat landesweit anerkannt; vgl. DA #173) zustande gekommen war, als ersten Etappensieg. Diese Einschätzung sollte sich in den folgenden Wochen bewahrheiten: Vollversammlungen von Studierenden rufen in Westfrankreich erste Streiks aus, Ende Februar erfasst die Bewegung auch Paris und andere Landesteile, und am ersten Dienstag im März vereint die Opposition zum CPE bereits mehr als 700.000 DemonstrantInnen. Den Pariser Demo-Zug vom 7.3. führten SchülerInnen und Studierende an, gefolgt von verschiedensten Gewerkschaften, ganz hinten liefen die politischen Parteien. Begleitet wurde dieser zweite Aktionstag von Streiks im Öffentlichen Dienst, mit 25 Prozent Organisationsgrad die Bastion der französischen Gewerkschaften schlechthin (gegenüber fünf Prozent in der Privatwirtschaft).

Am Tag darauf wird die Gesetzesvorlage nachts in zweiter Lesung von 76 anwesenden der insgesamt 577 Abgeordneten des französischen Parlaments verabschiedet. Während die reformistischen Gewerkschaften nun angesichts eines demokratisch legitimierten Gesetzes zögern, halten Studierende 20 von 84 Unis besetzt, darunter auch die traditionsreiche Sorbonne; aus Furcht vor Auseinandersetzungen sind 25 weitere Hochschulen geschlossen und immer mehr Rektoren fordern den Rückzug des „Erstinstellungsvertrags“; auch 300 Schulen sind von den Ereignissen betroffen. Dabei beschränken sich die Jugendlichen nicht auf „ihre“ Einrichtungen, sondern drängen auch immer wieder in den öffentlichen Raum und blockieren Zufahrtsstraßen, Bahnhöfe und Parteilbüros der UMP. Umfragen zufolge lehnen zwei Drittel der Bevölkerung den CPE ab.

Mitte März nimmt die Mobilisierung noch zu und findet infolge der gewaltsamen Räumung der Sorbonne in den Morgenstunden des 11. März auch in deutschen Massenmedien erstmals Erwähnung. Premierminister de Villepin zeigt sich indes nicht zu Zugeständnissen bereit und facht damit den Unmut auf der Straße weiter an: Am Dienstag und Donnerstag gehen je eine halbe Million Leute auf die Straße; die Gewerkschaften können sich immerhin zu einem Aktionstag am Wochenende (18.3.) entschließen, an dem 1,5 Millionen teilnehmen. In dieser Situation stellen sie der Regierung ein 48-stündiges Ultimatum, Artikel 8 des „Gesetzes für Chancengleichheit“ zurückzuziehen — diese lehnt eine „Kapitulation vor den Gewerkschaften“ allerdings ab. So rufen die Gewerkschaftsapparate zu einem ersten Aktionstag unter der Woche (Dienstag, den 28. März) auf, zu dem die

„In Frankreich soll das nur für Berufsanfänger [CPE] gelten, in Deutschland für alle Beschäftigungsverhältnisse,“ so DGB-Chef Sommer, der es hier mit der Analyse der Situation nicht so genau nimmt. Dieser Knick in der Pupille ist nachvollziehbar, beschränken sich doch auch die Gewerkschaftsspitzen in Frankreich auf die Opposition gegen den CPE und auf den Versuch, in der politischen Arena wieder Fuß zu fassen. Bei aller Mäßigung versteigen sich aber selbst die reformistischen Gewerkschaften nicht dazu, gegen eine Aufweichung des Kündigungsschutzes eine Gefährdung des „Aufschwungs am Arbeitsmarkt“ und der ohnehin „schwachen Binnennachfrage“ ins Feld zu führen, wie es der DGB-Vorstand am 4.4. in einer Resolution tat. Was mit CPE/CNE im Raum steht, das ist vielmehr „das Ende des Streiks“, wie es in einem Text aus Lyon heißt. Im Combat syndica-



Coordinations schon lange gedrängt hatten: Diesem Aufruf folgen drei Millionen Menschen, der Schwerpunkt der Streikbewegungen liegt im öffentlichen Dienst mit Beteiligungen zwischen 33 und 66 Prozent (Schulen, Bahn, ÖPNV Paris, Radio, etc.), es erscheinen auch keine Zeitungen, und die Privatwirtschaft ist v.a. durch Verkehrsprobleme betroffen.

Widerstand ‚von unten‘ und die etablierten Akteure

Bei Protestbewegungen und im Streikfall bilden sich meist organisationsübergreifende Streikkomitees, häufig werden dann tägliche Vollversammlungen einberufen, um auch Nicht-Organisierte in die Bewegung zu integrieren und gleichberechtigt den Fortgang des Streiks/der Bewegung zu diskutieren. Vielfach greifen die engagiertesten Elemente die Losung sowohl der CNT-AIT als auch der CNT auf: „Alle Macht der Vollversammlung!“ Haben sich Vollversammlungen als eigenständige konstituiert, entsenden sie Delegierte zu Treffen, auf denen Aktionen landesweit koordiniert werden. Ende März versammelte ein solches Treffen wöchentlich etwa 400 Delegierte. Nach dem Ende einer Bewegung lösen sich diese Coordinations wieder auf und bilden sich in der nächsten neu. In breiteren Bewegungen nehmen sie schnell berufsübergreifenden Charakter an und tragen immer die Drohung eines wilden Generalstreiks in sich.

So waren sie auch dieses Mal die treibende Kraft der Bewegung: Zum einen setzen sie immer wieder Aktionstage unter der Woche an, denen sich die Gewerkschaften anschließen, um ihr Image nicht zu beschädigen. Zum anderen geht es vielen Leuten längst nicht nur um den CPE; die Forderungen der Coordination reichen von der Freilassung der Inhaftierten vom November 2005 über die Rücknahme des gesamten „Gesetzes für Chancengleichheit“ bis zur Aufhebung eines bereits im August 2005 verordneten weiteren Sondervertrags. Der sog. „Neubeschäftigungsvertrag“ (CNE) stieß seinerzeit auf keinerlei Gegenwehr der Gewerkschaften, obwohl der CNE gänzlich dem CPE entspricht, nur auf einem anderem Feld: Mittels CNE können Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten neue Arbeitsverträge mit zwei Jahren Probezeit abschließen und sind in diesen Fällen von Sozialversicherungsabgaben befreit. In solchen Kleinbetrieben arbeiten gut ein Drittel aller Lohnabhängigen in Frankreich. Bis März 2006 wurden bereits 350.000 CNE abgeschlossen, wobei CNE-Kündigungen nicht registriert werden; mehr Arbeitsplätze wurden in den Kleinbetrieben allerdings nicht geschaffen.

liste formuliert die CNT-Bildungsföderation jene Befürchtungen, die das Gros der Demonstranten auf die Straße getrieben haben: Angesichts eines Chefs ohne Rechtfertigungsnot, wer kann da noch ruhig schlafen, wer verweigert da noch Überstunden, wer zeigt sich da nicht „flexibel“, wer stellt da noch Forderungen, wer organisiert sich und kämpft? Die CNT mobilisiert seit Herbst 2005 intensiv gegen den CNE und andere Teile der Villepin-Verordnungen: Sie verweist darauf, dass bereits heute während der Probezeit das Leben außerhalb der Lohnarbeit vernachlässigt wird und dass die erweiterte Probezeit gegenüber befristeten Verträgen einen klaren Vorteil bietet: Kündigung ist kein Termingeschäft mehr. Klar wird dabei, dass die Regierung Villepin bewusst den Weg in eine „ungerechtere, repressive und weniger soziale Gesellschaft“ einschlägt, und zwar unter dem Banner des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit!

Die Krise meistern: Normalisierung der Lage

Dennoch war bereits der Streiktag am 4. April zur Siegesfeier der Bevölkerung geraten, nachdem Präsident Chirac am 31.3. das Gesetz zur Chancengleichheit zwar unterzeichnet, aber bis zur Abänderung zentraler Punkte suspendiert hatte. Die französischen Autoritäten — d.h. Regierung, Parlament, Verfassungsrat, Präsident, und auch der Erzbischof von Lyon — sind nicht prinzipiell gegen das CPE/CNE-Projekt; vielmehr bedauern sie, dass „die ganze Angelegenheit schlecht eingefädelt“ worden sei, und befürworten einen taktischen Rückzug. Dieser wurde am 10.4. vom Premier höchstpersönlich vollzogen. Damit scheint zunächst auch der Dreischritt Villepins unterbrochen, der via CNE und CPE zu einem „Einheitsvertrag“ gelangen und „den Arbeitsvertrag grundlegend reformieren“ wollte. Die „kämpferische Regierung“ der Konservativen wurde in ihrer Legitimität erneut geschwächt, da sie zum dritten Mal binnen eines Jahres zu offener Repression (Knüppel, Tränengas, mindestens 3.700 Ingewahrsamnahmen) gegen eine Jugend aus unterschiedlichsten Milieus Zuflucht nehmen musste — nach der SchülerInnenbewegung vom Frühjahr 2005 und den Banlieue-Aufständen vom Herbst 2005 wird wohl auch auf die jüngste Bewegung eine Reihe von Strafprozessen folgen. Bemerkenswert ist zudem, dass die Regierung nun zum zweiten Mal ein verabschiedetes Gesetz nicht umsetzen kann, nachdem sie sich von 2002-04 gegen den Druck der Straße hatte behaupten können.

Die weitere Entwicklung wird entscheidend davon abhängen, ob die Studierenden/Schüler-

Innenbewegung nach den Osterferien wieder zusammenfindet und ob die Streiks weitergeführt werden, ob also die „unproduktive Unruhe“ (die das Manager-Magazin auch für die BRD befürchtet) anhält und die Regierung zu weiteren Zugeständnissen zwingen kann. Die Ferien erstrecken sich, geografisch versetzt, bis in die erste Mai-Woche, und der erste koordinierte Aktionstag in der Pariser Ferienzeit am 11. April verheißt nichts Gutes: kaum 5.000 Leute versammeln sich zur Demonstration. Während sich die Entschlossensten bereits seit dem Streiktag Anfang April zunehmend auf Verkehrsblockaden verlegen, wird noch binnen Wochenfrist nach der endgültigen Rücknahme des CPE ein neuer Artikel 8 verabschiedet. Die Massenmedien berichten seitdem nur noch vom Ende der Bewegung und lassen ausführlicher etwa eine Uni-Rektorin zu Wort kommen, die zur „Rettung des Schuljahres“ meint: „dazu muss die Bewegung aber sofort aufhören und jeder muss sich unverzüglich wieder auf den Hosensboden setzen.“ Forciert wird also die retour à la normale...

Der neue Artikel 8 ...

... im „Gesetz für Chancengleichheit“ schlägt eine andere Richtung ein als der CPE, gewissermaßen auch für Regierung und Unternehmer eine „Rückkehr zur Normalität“: Bei Abschluss eines unbefristeten Arbeitsvertrags (Voll-/Teilzeit) mit einem Jugendlichen zwischen 16 und 26 Jahren kann der Unternehmer zwei Jahre lang mit einer öffentlichen Subvention rechnen. Zweitens können Jugendliche (v.a. solche ohne Hochschulabschluss) nun einen Eingliederungsvertrag mit dem Staat unterzeichnen, der dann über Sachbearbeiter eine „personalisierte Begleitung ins Berufsleben“ realisieren will. Zweimal Zuckerbrot also, handfeste Kohle für die einen, die alte Leier leerer Versprechen für die anderen. Diese „anderen“, die in den vergangenen Wochen auf die Straße gegangen waren, sind keineswegs privilegiert: 70 Prozent eines Jahrgang haben Abitur, aber jede/r vierte bricht die Uni (nicht Elite-Hochschule!) ohne Abschluss ab, und selbst 50 Prozent der Uni-AbsolventInnen müssen sich auf Arbeit einstellen, die mit ihrem Studium nichts zu tun hat. Ihre Lage stellt sich nun nicht besser, aber eben auch nicht schlechter dar als vor den Protesten — die Regierung muss nun, wie seit in den letz-



ten 30 Jahren auch, auf „Sonderverträge“ für einen beschränkten Personenkreis setzen. Die Anti-CPE/CNE-Proteste sind allerdings nur die vorläufig ...

... letzte Woge der Unzufriedenheit

Genau ein Jahr zuvor waren die SchülerInnen gegen eine Schulreform über Wochen hinweg auf die Straße gegangen und hatten u.a. Schulen besetzt (DA #169/170). Nach dem verlorenen EU-Verfassungsreferendum musste die Regierung Raffarin Anfang Juni zurücktreten, und im November '05 brannten über Wochen hinweg die Vorstädte. Eigentlich aber sehen sich die französischen Regierungen seit 1994 mindestens einmal im Jahr mit einer großen gesellschaftlichen Mobilisierung gegen das eine oder andere Reformprojekt konfrontiert. All diesen sozialen Bewegungen ist gemein, dass sie sich schnell landesweit ausbreiten, und zwar spontan und unvorhersehbar. Bisher haben es die etablierten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen noch verstanden, diese Unruhe zu kanalisieren und zu nutzen — mit Blick auf die Präsidentschaftswahl 2007 kocht die gesamte politische Linke schon ihr Süppchen auf dem Feuer der Bewegung.

André Eisenstein

KURZE CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE 12 bewegte Wochen

16.1.: Premier de Villepin kündigt den CPE an
19.1.: Jugend- und Studierendenorganisationen bilden ein erstes Anti-CPE-Kollektiv

7.2.: Landesweit demonstrieren 400.000 Leute
10.2./9.3.: Parlament verabschiedet CPE, nachdem de Villepin mit Rücktritt drohte
14./16.2.: Tausende demonstrieren in Paris, Toulouse, Rennes, Lyon, etc.; erste Verurteilung!

7.3.: 700.000 gehen auf die Straße, erste Streiks im ÖD
10.3.: SchülerInnen in Tours besetzen erstmals einen Bahnhof
16./23.3.: 500.000 Jugendliche demonstrieren
18.3.: 1,5 Mio. demonstrieren in ganz Frankreich
20.3.: Coordination der Studierenden ruft zum Generalstreik auf; Ferez (SUD) ins Koma geprügelt
28.3.: 2-3 Mio. demonstrieren gegen CPE
30.3.: Schüler/Studierende blockieren Straßen, Züge, Flughäfen
31.3.: Chirac unterzeichnet Gesetz und suspendiert CPE

4.4.: 2-3 Mio. Leute auf der Straße
10.4.: Chirac/Villepin ziehen CPE zurück, Gewerkschaften warten ab, Ferien in Paris
11.4.: Aktionstag der Coordination: Demos mit 500 bis 5.000 Leuten, in einigen Städten Verkehrsblockaden
12.4.: Neuer Art. 8 verabschiedet. Betrieb von 17 Unis noch gestört, zwei Tage später noch von zehn

Weitere Infos, Berichte & Analysen:

<http://www.fau.org>

Wildcat #76
 u.a. „Die Bewegung gegen den CPE“, „Revolte in den Banlieues“

Jungle World
 u.a. „Die Spitzbuben sind unter uns“, „Elitenbildung auf Französisch“

Anzeige
Zapatistischer Kaffee
 Kaffee Zamatizotoc (Zapatista Kaffee)
 Kaffee Qahwa Kawa
 „In unserer Welt mit unterschiedlichen Kulturen“
 in Ökolog.
CAFÉ LIBERTAD COOPERATIVE GRR
 42769 Hamburg * Tel. 048 - 2840 60 62
 www.cafe-libertad.de / info@cafe-libertad.de

Belarus: Aufruf zur Solidarität!

Minsk, Belarus. Alle 460 TeilnehmerInnen des Zeltcamps auf dem Oktoberplatz wurden in der Nacht des 24. März durch die Spezialpolizei OMON festgenommen. Schon zuvor wurden allein in Minsk über 500 AktivistInnen festgenommen, sowohl während des Wahlkampfes als auch während der Proteste auf dem Oktoberplatz zwischen dem 19. und 23. März. In ganz Belarus erreicht die Zahl der Festnahmen mehrere Tausend. Und unter den Verhafteten befinden sich auch viele bekannte anarchistische Indymedia-AktivistInnen wie Stas Pochybut und die HerausgeberInnen der verbotenen Anarcho-Satirezeitung Navinki. Die Gerichte produzieren Urteile am Fließband; viele Menschen werden wegen „geringfügigen Randalierens/Sachbeschädigung“ angeklagt, obwohl die einzigen, die sich auf dem Platz ungebührlich betrogen, die Zivilpolitisten waren.

Aufgrund dieser Umstände brauchen alle Personen, die im Lauf der letzten Woche unter Repression litten, soviel Solidarität wie möglich.

Weitere Infos

<http://www.alter.most.org.pl/fa/news.htm>, (englisch)
<http://www.ainfos.ca> (deutsch/englisch, usw.)

Kontakt zur Anarchistischen Föderation Belarus (FAB-IFA)

<http://anarchistory.boom.ru/index-en.htm> (englisch),

Autorin: Maryska / Übersetzung
Forum deutschsprachiger AnarchistInnen (FdA-IFA)

Die großen Streiks

Die geschilderten Streiks stehen exemplarisch für die verschiedenen Dimensionen des Arbeitskamps, vom Bummel- bis zum Generalstreik, von der Fabrikbesetzung bis zum Aufstand, vom Erfolg auf voller Linie bis zum totalen Scheitern. Im Vordergrund steht dabei weniger die historische Beurteilung, sondern vielmehr das Interesse vom heutigen Standpunkt aus.

Anzeige

Nr.34 | Frühling 06
arranca!



Richtungskämpfe und Straßenforderungen
Vorne links und dann immer geradeaus

In jedem gut sortierten Buchhandel erhältlich. Erscheint drei- bis viermal im Jahr.
Bestellung und Infos:
c/o Buchladen Schwarze Risse,
Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
www.nadir.org/arranca

Repression gegen SyndikalistenInnen in Sibirien**Sechs Mitglieder der „Sibirischen Konföderation der Arbeit“ (SKT) in Tomsk verhaftet**

Tomsk, 8. April. Auf einer Kundgebung gegen die Reform der Kommunalverwaltung und gegen die ausufernde Beamtenwillkür wurden sechs AktivistInnen der anarcho-syndikalistischen Organisation SKT (Sibirische Konföderation der Arbeit) verhaftet. Als Grund gab ein Funktionär des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB (Ex-KGB) an, die Kundgebung sei illegal gewesen, und man habe die GewerkschafterInnen deshalb als OrganisatorInnen festgenommen, um diese Ordnungswidrigkeit zu Protokoll zu nehmen. Allerdings hatte Wadim Tjumenzew, einer der Veranstalter der Kundgebung, vor deren Beginn in einem Radiointerview gesagt, sie hätten alle nötigen Genehmigungen erhalten, und die Aktion sei legal. Die Verhaftung war laut Informationen anderer SKT-GenossInnen ziemlich brutal. Alle Festgenommenen wurden von der Polizei geschlagen und auf ein Kommissariat gebracht, wo fünf von ihnen nahezu ohne etwas zu essen

drei Tage lang in einer winzigen dreckigen Zelle ohne Pritschen festgehalten wurden.

Bereits am nächsten Tag begann ein Schnellverfahren gegen Jekaterina Frowlova,



die einzige Frau unter den Verhafteten. Polizei und Geheimdienst warfen ihr vor, sie habe sich der Festnahme widersetzt und versucht, die Verhaftung der anderen Genossen zu verhindern. Während des Prozesses gegen Jekaterina

traten viele ZeugInnen auf, die über die Brutalität der Polizei bei der Verhaftung aussagen wollten, aber die Richterin weigerte sich, sie auch nur anzuhören, und ließ ausschließlich Zeugenaussagen von Polizisten zu. Nach einer kurzen Verhandlung verurteilte sie die Anarcho-Syndikalistin zu einer Geldstrafe von 800 Rubeln.

Am 11. April wurden dann auch die fünf männlichen Gewerkschafter aus der Haft entlassen. Nicht ohne dass bei einem von ihnen bei der Rückgabe sein Bargeld in der Brieftasche fehlte, die man ihm bei der Inhaftierung zusammen mit anderen persönlichen Gegenständen abgenommen hatte. Auf einer Pressekonferenz am gleichen Tag machte die SKT die Haftbedingungen öffentlich und beschuldigte die Polizei diverser Brutalitäten gegen die Festgenommenen. Die Gewerkschaft fordert, dass die angeordneten Verfahren gegen die fünf männlichen Syndikalisten unverzüglich einge-

stellt werden. In Tomsk wird befürchtet, dass die lokalen Behörden die Genossen in den Knast bringen wollen, um weitere Proteste gegen die Reform der Kommunalverwaltung und gegen die verbreitete Behördenwillkür zu verhindern.

Eure Solidarität ist gefragt

Um zu verhindern, dass die Verfahren unmerklich über die Bühne gehen, bitten die sibirischen GenossInnen darum, bei den zuständigen Stellen zu protestieren. Wir haben hierfür auf www.fau.org im Beitrag „Sibirien: Repression gegen SKT in Tomsk“ einen Musterbrief in russischer Sprache hinterlegt, den Ihr an die im Beitrag angegebenen Fax- und E-Mail-Adressen schicken könnt. In der Vergangenheit haben die Behörden in Sibirien sich des öfteren als zugänglich gegenüber internationalen Protesten erwiesen. Falls unsere GenossInnen in den nächsten Wochen um finanzielle Unterstützung für Verfahrenskosten oder Geldstrafen nachfragen sollten, könnt Ihr das ebenfalls auf www.fau.org nachlesen.

robot

Demonstration in Madrid**CNT mobilisiert gegen neues Arbeitsrecht**

Am 1. April gingen in Madrid fast 5.000 Menschen gegen die geplante Reform des Arbeitsrechtes auf die Straße. Die Demo war Auftakt einer landesweiten Mobilisierung der CNT.

In den letzten Wochen war die Presse voller Berichte über die gewaltige Mobilisierung, die in Frankreich das Gesetz über die faktische Abschaffung des Kündigungsschutzes für JungarbeiterInnen (CPE) vorerst zu Fall brachte. Kaum bemerkt und von den großen Medien verschwiegen versuchen die Regierungen mehrerer europäischer Staaten in einer gemeinsamen Aktion aktuell, Kündigungsschutzrechte weiter zu beschneiden. Neben Frankreich, der BRD und Schweden soll eine solche „Reform“ des Arbeitsrechtes auch in Spanien durchgesetzt werden.

Als Auftakt einer ganzen Reihe von Mobilisierungen hatte die CNT für den 1. April zu einem Protesttag nach Madrid aufgerufen. Rund 5.000 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration durch das Zentrum der spanischen Hauptstadt und den weiteren Aktivitäten. Viele von ihnen waren aus anderen Städten mit Bussen angereist.

Die DemonstrantInnen wendeten sich gegen die vorgesehenen Neuregelungen, durch die individuelle und Massenentlassungen erleichtert werden sollen und mittels derer die Sklavenhändler (Zeitarbeitsfirmen) auf noch weitere Bereiche ausgedehnt werden sollen. Die Zeitarbeitsfirmen, in Spanien ETT – Empresas de Trabajo Temporal genannt, sollen nach dem Willen der spanischen Regierung

künftig auch in der öffentlichen Verwaltung und im Baugewerbe tätig werden können. Die Regierung ist bereits mit den großen reformistischen Gewerkschaften UGT und CCOO in Verhandlungen über die Reformen eingetreten.

An der Demonstration in Madrid nahmen auch streikende ArbeiterInnen der Lebensmittelkette Mercadona teil, die über die Verstöße der Konzernleitung informierten und



Unterstützung für ihren Streik einforderten. Auch Fátima Fernandez, die von PLUS Super-

mercados gefeuerte Gewerkschaftsdelegierte aus Sevilla, sprach auf der Demonstration (über beide Konflikte berichten wir ausführlich in dieser Ausgabe).

Im Anschluss an die Demonstration gab es eine Reihe von Versammlungen und ein großes Konzert, auf dem u.a. der CNT nahestehende Bands wie Sin Dios auftraten.

Für unsere spanischen GenossInnen war der Aktionstag ein großer Erfolg und ein gelungener Auftakt für die geplante landesweite Mobilisierung. In Anbetracht der Kumpanei der großen Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen spanischen Regierung erscheint dies wichtiger denn je. In den nächsten Wochen und auch am 1. Mai plant die CNT in vielen spanischen Großstädten Demonstrationen und andere Aktionen gegen die Reformen und gegen jede Art von Verhandlungen, die die Rechte der ArbeiterInnen einschränken und beschneiden sollen.

diego

Als die Gruben in Proletenhand ...**Die Streikbewegung 1919 im Ruhrgebiet**

Es waren glanzvolle und tragische Tage zugleich, als Deutschland im Frühjahr 1919 von einer mächtigen Streikbewegung erfasst wurde. Während München auf die Räterepublik zusteuerte, entwickelten sich das Ruhrgebiet, Mitteldeutschland und Berlin zu den Zentren eines Großversuchs, das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in die Selbstverwaltung zu überführen. Die zunächst nur sporadisch aufflackernden Aktionen der Arbeiterschaft gipfelten schließlich in regionalen Generalstreiks, wobei vor allem im Ruhrgebiet die Besetzung von Betrieben, ihre Selbstverwaltung durch die Arbeiter sowie die Reorganisation der Arbeit die hervorstechenden Merkmale des Streiks waren. Zu Unrecht wird diese Bewegung neben dem sog. Spartakus-Aufstand, den Ereignissen um den Kapp-Putsch oder etwa den mitteldeutschen Kämpfen von 1921 häufig nur als Randbemerkung in den Annalen des Arbeiterkampfes geführt. Was sich hier offenbarte, war der Versuch, die soziale Revolution in Deutschland doch noch zum Erfolg zu führen, eine angestrebte „zweite Revolution“, die jenseits der Transformation politischer Herrschaft die kapitalistische Ordnung in ihren Grundfesten beseitigen sollte. Ungewöhnlich für die deutsche Geschichte übernahmen die Arbeiter die Initiative und zeigten eine impulsive Konsequenz durch die kollektive direkte Aktion: Vorgehensweisen und Visionen, die im vollständigen Widerspruch zu den staatsplanerischen Sozialisierungsvorstellungen der regierenden Sozialdemokratie standen – und dementsprechend bekämpft wurden.

Die Sozialisierungsfrage

Als infolge der Novemberrevolution Vertreter der MSPD und USPD den Rat der Volksbeauf-

tragten bildeten, wurden von der Sozialdemokratie Maßnahmen zur revolutionären Umgestaltung Deutschlands erwartet. Zwar erkannte die MSPD – aus koalitionsstrategischen Gründen – die politische Macht der Räte und eine revolutionäre Neuordnung zunächst an, doch die Sozialdemokratie setzte ihren Kurs als vermeintlich „revolutionäre, aber nicht Revolutionen machende Partei“ fort. Ohne eine revolutionäre Strategie folgte sie ausschließlich der Partei- und Staatsraison und war von der Sorge erfüllt, „dass die Regierungsmaschine glatt läuft“ (Otto Landsberg). Folge dieser Sachzwanglogik war ein ideenloser Pragmatismus, der sich auf das Abfassen von effektvollen Dekreten beschränkte.

Diese Crux offenbarte sich am deutlichsten in der Kernfrage der Revolution: der Sozialisierung der Wirtschaft. Im Dezember 1918 beauftragte der 1. Rätekongress die Regierung, „mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen“. Sogar Friedrich Ebert hielt offiziell an der Zielsetzung fest, „eine Sozialisierung unserer Industrie ... zur Durchführung zu bringen“. Doch im Rahmen einer „autoritär-bürokratischen Psychologie“ (Rudolf Hilferding) der Volksbeauftragten gab es keine praktische Konzeption dafür. Die Sozialisierungsfrage wurde schließlich entpolitisiert, als sie einer angeblichen Expertenkommission überwiesen wurde.

Innerhalb der USPD war man da schon weniger schwachköpfig. Anstelle von bürokratischen Modellideen staatlicher Planung und der Fiktion eines Staatsozialismus forderte z.B. Karl Kautsky eine Produzentendemokratie „sich selbst verwaltender Arbeiter“. Hierbei gab es jedoch nicht weniger Widersinnigkeiten in der Frage, wie denn die Sozialisierung nun durchzuführen sei. Feststel-

lungen wie die des USPD-Theoretikers Ernst Däumling, Parteien seien u.a. mit dem Rätegedanken nicht vereinbar, bedeuteten implizit das Eingeständnis, dass die herkömmliche politische Arbeit der Partei(en) im revolutionären Prozess gar keine tragende Rolle spielen konnte. Wer sollte also die Sozialisierung durchführen, wenn nicht die Arbeiter selbst?

Durchbruch des Linksradikalismus

Dass die Hoffnung auf grundlegende Veränderungen nichts weiter als eine bunte Illusion war, erkannten große Teile der Arbeiterklasse frühzeitig. Mit dem Austritt der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten und dem Eintritt Gustav Noskes erfuhr der sozialdemokratische Autoritarismus eine weitere Steigerung. Die SPD machte ihrem Selbstverständnis als „Konkursverwalter des alten Regimes“ (Friedrich Ebert) alle Ehre und führte das harte Regiment in der Wirtschaft aus der Kriegszeit weiter. Sie ließ Bürokratie und Militär in alter Tradition weiterarbeiten und war nicht in der Lage, eine Konzeption für die Neuordnung zu finden – ein Verhaltensmuster, dass auch von den Gewerkschaften mitgetragen wurde.

Die Führung der Zentralgewerkschaften hatte sich schon 1918 mit den Unternehmern zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um die Ordnung zu garantieren und eine soziale Revolution zu verhindern. Zuvor hatte die Gewerkschaftsleitung die Kriegspolitik mitgetragen und in der Wirtschaft (z.B. in Form des Hilfsdienstgesetzes) umzusetzen versucht. Nun stellte sie sich auf den gleichen Standpunkt wie die SPD: Die Sozialisierung wurde bestenfalls theoretisch behandelt, mit dem Ergebnis, dass diese der helle Wahnsinn sei und der wirtschaftliche

Wiederaufbau vorausgehen müsse – und dafür seien weitere Entbehrungen notwendig („Sozialisierung“ und „Störung“ der Wirtschaft wurden quasi als identische Begriffe verwendet).

Doch während der Kriegszeit war den Arbeitern die Macht der Unternehmer in unverhüllter Weise klar geworden. Diese zumindest durch Mitbestimmung und Produktionskontrolle zu brechen, wurde zum proklamierten Minimalziel. Die Sozialisierungsvorstellungen wurden nun auch konkreter, da man sich jetzt nicht mehr auf eine „Reform von oben“ verließ, sondern die Überwindung des Systems von unten anstrebte. Unter „Sozialisierung“ wurden nun nicht mehr bürokratische Planungskonzepte verstanden, sondern die Selbstverwaltung der Betriebe.

Da in dieser Hinsicht von den Arbeiterparteien nichts zu erwarten und die Räte mehr oder minder gelähmt waren, blieben nur noch die Gewerkschaften zur Realisierung dieses Unterfangens. In ihnen war der progressivste und revolutionärste Teil der Arbeiterschaft organisiert, hier gab es die Kapazitäten, um die Produktion zu übernehmen und zu steuern. Es lag auf der Hand: Man musste innerhalb der Gewerkschaftsbewegung mit der Führung und den Traditionen brechen oder gar neue organisatorische Wege beschreiten.

Es geht was an der Ruhr

Schon Ende 1918 machten Teile der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet – wie schon während des Krieges – Lohnpolitik „auf eigene Faust“, indem Belegschaften ihren Arbeitgebern direkt Forderungen stellten oder gar in den Streik traten. Zum Jahreswechsel nahm die Zahl dieser Streiks beachtliche Ausmaße an – doch standen sie zunächst nur im Zusammenhang konkreter Bedürfnisse. Dies änderte sich jedoch schlagartig, als am 18. Januar 1919 in einem Bergwerk bei Hörde die erste Belegschaft auf einer Versammlung den 6-Stunden-Tag beschloss und anschließend

die Zeche besetzte. Indem die Arbeiter eigenmächtig die Betriebsleitung absetzten, den Betrieb in Selbstverwaltung übernahmen und nun die Produktionsabläufe bestimmten, hatten sie die (partielle) Sozialisierung in Eigenregie vollzogen.

Dieses Beispiel entzündete ein Lauffeuer, und in den kommenden Tagen und Wochen besetzten bewaffnete Arbeiter im gesamten Ruhrgebiet ihre Zechen, setzten die Unternehmer auf die Straße und „exproprierten“ die Bestände in den Geldschränken. Bis Mitte Februar standen fast 40 Zechen, ein Großteil der Betriebe im Kohlenbergbau, unter ihrer Kontrolle und hatten die Sechsstundenschicht eingeführt. Die Bewegung griff auch auf andere Sektoren über, und wo die Unternehmer Widerstand leisteten, kam es zu ernsthaften Auseinandersetzungen, die sich über ganze Industriezweige ausbreiteten. Insbesondere die Metaller und Maurer befanden sich im Kampf, aber auch die Künstler schlossen sich an, während sogar ein großer Teil der Intellektuellen, Techniker, Ingenieure, Chemiker usw. die Sozialisierungsbewegung unterstützten. Überhaupt fand über die einzelnen Betriebe ein beträchtliches Maß an gesellschaftlicher Interaktion statt: Die jeweiligen Betriebe und wirtschaftlichen Bereiche verfügten über ihre Produkte und planten den Austausch sowie ihre allgemeine Verteilung. Auf diese Weise wurde ein recht ansehnliches Netz zur Versorgung der Bevölkerung geschaffen.

In zahlreichen Betrieben selbst wurden neue Produktionsmethoden bestimmt, das Akkordwesen abgeschafft, Arbeitszeiten neu geregelt und/oder die Verwaltung umgekrempelt. Vor allem das Sechs-Stunden-Prinzip setzte sich weitgehend durch. Dieses verfolgte nicht nur den Zweck, die vom Krieg erschöpften Arbeiter zu entlasten, es wurde auch betont, dass die neugewonnene Zeit notwendig sei, um körperlich und geistig für die Revolution zu reifen.

Auch der Verantwortung für eine künftige bedarfsgerechte Arbeitsverteilung war man sich bewusst, und so findet sich in den Resolutionen der Streikenden die Erklärung, dass die neuen Arbeitszeiten gestatten würden, die große Zahl an Arbeitslosen unterzubringen und damit die allgemeine Produktion zu erhöhen. Das sahen Regierung und Unternehmer allerdings anders und versuchten, die

Aufständischen als eigennützig und verantwortungslose Wirtsköpfe zu brandmarken, die die Wirtschaft des Landes ruinieren würden.

Eine Arie in schwarz-rot

Im realpolitischen Verständnis der Sozialdemokratie musste diese Bewegung zwangsläufig als verwerflich und illegitim erscheinen. Die direkten Aktionen und neuartigen Protestformen erzeugten in ihren Reihen pures



Arbeiterin im Ruhrbergbau zur Zeit des Ersten Weltkriegs

Unbehagen und stießen auf vollkommenes Unverständnis. In ihrem Welt- und Menschenbild waren politische Prozesse jenseits der staatlichen Wege undenkbar, Umwälzungen dieser Art per se chaotisch und destruktiv. So wurden die Streikaktionen ihrerseits auch als „spartakistische Aufwiegelung“ eingeschätzt, anstatt als Methode gesellschaftlicher Veränderung. Was für sie ein Zersetzung darstellte, waren in Wirklichkeit originär syndikalistische Methoden beim konstruktiven Aufbau einer neuen Gesellschaft.

Dementsprechend kann die Streikbewegung auch als syndikalistisch betrachtet werden, zumindest wies sie einen dezidierten Einschlag dieser Art auf. D.h. nicht, dass die Teilnehmenden durchgängig Syndikalisten waren oder die FAUD-Vorläuferin, die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVdG), die ausschließliche Trägerin der Be-

wegung war. Zweifellos waren die Syndikalisten ein maßgeblicher Faktor: Ihre Agitation gab entscheidende Impulse für den Ausbruch der Bewegung, während die FVdG zu einer Massenorganisation anwuchs und die Bewegung entscheidend mitprägte. Der massenhafte Austritt aus den anderen Organisationen bewirkte also eine (kurzfristige) Hinwendung zum Syndikalismus. Darüber hinaus gab es aber einen starken Trend unter den

Arbeitern, innerhalb der eigenen Gewerkschaft die lokalen Führungsriege „abzusagen“, um sich gewissermaßen zu verselbstständigen und auf neue Methoden zu setzen. Auch schlossen sich viele Ausgetretene keiner Organisation an, und viele Arbeitergruppen ohne vorherige Organisationsbindung behielten diesen Status bei. Das war jedoch kein Hindernis, sich aufs Neue zu politisieren und die Kampfformen zu übernehmen, die sich nun in der Bewegung manifestierten – und die waren nun mal der Definition nach syndikalistisch. Viele waren sich darüber so wenig im Klaren wie die Regierung, die eigentlich gar nicht wissen wollte, wen und was sie da in die Pfanne zu hauen beabsichtigte.

Reaktionäre Paukenschläge

Mit dem Einschlagen des „Noske-Kurses“ be-

gründete die Regierung eine ganze Tradition im Umgang mit der revolutionären Arbeiterschaft. Die neue Regierungskoalition aus SPD, Liberalen und Zentrum startete eine Neuauflage der „Burgfriedenspolitik“ und bewilligte neue „Kriegskredite“ – diesmal gegen den Feind im Inneren. Benannter Gustav Noske erklärte sich schon anlässlich des Spartakus-Aufstandes bereit, die Rolle des „Bluthundes“ zu übernehmen und setzte die reaktionären Freikorps, das spätere Rekrutierungsbecken von SA und SS, gegen die Aufständischen ein. Ohne zu kleckern, verfuhr er ähnlich mit der Streikbewegung an der Ruhr.

Als am 18. Februar der regionale Generalstreik ausbrach, konnte dieser nach nur drei Tagen gebrochen werden. Dasselbe gilt für die Generalstreiks in Mitteldeutschland (24. Februar - 4. März) und Berlin (begonnen am 3. März und mit dem berühmten März-Massaker am 9. gescheitert). Die Generalstreiks schon frühzeitig und nacheinander niederkämpfend, konnten so die Truppen konzentriert eingesetzt und verhindert werden, dass sich die Bewegung aus der regionalen Zersplitterung hin zu einer landesweiten, machtvollen Erscheinung entwickelte.

Im Ruhrgebiet war indes der Belagerungszustand verhängt worden. War die Bewegung zwar in ihrer Gesamtheit gebrochen, so waren die Bergarbeiter jedoch nicht zur Kapitulation bereit: sie setzten den Kampf fort, führten den „Generalstreik“ quasi allein weiter und stellten sich der Auseinandersetzung (siehe Artikel „Ruhr 1919“). Erst Mitte Mai brach die Streikfront zusammen. Kurioserweise konnten sich jedoch vereinzelte Zechen noch bis Anfang 1920 halten.

Zwar hatten die Arbeiter aus den Ereignissen von 1919 viel gelernt, woraus sie Konsequenzen ziehen konnten. – So gingen im März 1920 die Arbeiter an der Ruhr im Zuge des Kapp-Putsches abermals in die Offensive und setzten ihr neugewonnenes Wissen ein. Doch auch wenn es dabei in mancher Hinsicht zu noch erstaunlicheren revolutionären Veränderungen kam, die eine Zeitlang militärisch gegen Freikorps und Reichswehr behauptet wurden – die Auseinandersetzungen von 1919 waren bereits eine Art Vorentscheidung im Kampf um die soziale Revolution.

Holger Marcks

Ruhr 1919: Syndikalisten im Streik

Der rasche Aufstieg des Syndikalismus im Ruhrgebiet

Gegen die Ausrufung des Belagerungszustandes und den Terror der Militärverbände unter Leitung von Gustav Noske beschloss eine Delegiertenkonferenz der revolutionären Bergarbeiter im April 1919 die Weiterführung des ruhrgebietsweiten Bergarbeiterstreiks, welcher fortan auch die „Notstandsarbeiten“ umfassen sollte. Zentrale Forderung war die Verhandlungshoheit seitens der revolutionären Arbeiterschaft entgegen den Bestrebungen der Zentralgewerkschaften. Diesen wurde das Recht abgesprochen, im Namen der Arbeiterschaft zu verhandeln. Stattdessen sollten die Vollmachten hierzu einem Zentralzechenrat („Neunerkommission“) übertragen werden. Anfang April standen an Rhein und Ruhr 238 Schachtanlagen mit 381.000 Bergarbeitern im Streik. Die effizientesten Streiks fanden dabei in den syndikalistischen Hochburgen Mülheim (ca. 7.000 Syndikalisten) und Hamborn (ca. 9.600 Syndikalisten) statt.

Noch im selben Monat reagierten die „Noskegarden“ mit dem Sturm auf eine Vertrauensmännerversammlung in Mülheim (Gewehrschüsse und Handgranaten durch die Fenster sowie zwei tote Delegierte), wobei 155 Anwesende Arbeiter verhaftet wurden. Insgesamt wurden bis Mai 1919 3.500 gewählte Vertrauensmänner verhaftet. Ein darauf folgendes Treffen erhob fünf zentrale Forderungen: 1. Freigabe der politischen Gefangenen, 2. Bestrafung der Schuldigen, 3. Bezahlung der Streikschilden, 4. Verweigerung jeglicher Notstandsarbeiten, 5. Sofortige Auflösung des Freikorps Schulz.

Kurze Blüte des Syndikalismus

Das Rheinland und das Ruhrgebiet boten aufgrund des hohen Industrialisierungsgrades bei gleichzeitigem Organisationsdefizit seitens der Zentralgewerkschaften einen günstigen Nährboden für den Aufstieg des Syndikalismus zu einer Massenbewegung mit knapp 80.000 Mitgliedern vor Ort im Jahre 1919. Zum Vergleich: Die Reichsorganisation der FVdG zählte inkl. dieser 80.000 insgesamt 111.675 Mitglieder. Seit Beginn des Jahres 1919 unterlagen die Syndikalisten aufgrund ihrer Sozialisierungsbestrebungen im gesamten Ruhrgebiet starken Verfolgungswellen seitens der Staatsgewalt. „Der Belagerungszustand dauert ewig bei uns“, so ein Bericht aus Dortmund. In vielen Gegenden konnten über ein halbes Jahr nicht einmal Mitgliederversammlungen abgehalten werden: „Wenn unsere Genossen sich mucksen, dann gehen sie hoch.“ Dennoch wuchs auch hier, besonders im Bergbau, die Bewegung enorm an (mit wöchentlich neuen Zahlstellen) auf insgesamt 40 Ortsvereine und etwa 9.300 Mitglieder. In Oberhausen hatte das Bürgertum die Syndikalisten stets als Schreckgespenst vor Augen: „Die Syndikalisten scheinen im Oberhausener Bezirk so erstarkt, dass 30.000 Bergarbeiter ... mit dem Streik drohen. Ohne die Notstandsverordnung sei es unmöglich gewesen, die Stilllegung der Zechen zu hindern.“ Die Anzahl der Mitglieder der FVdG stieg in Oberhausen von 240 im April 1919 auf 1.400 gegen Ende des Jahres. In Hamborn war der größte Teil der Arbeiterschaft (ca. 9.600 Mitglieder) bereits syndikalistisch organisiert! Hier galt der

Belagerungszustand als „Ideal des sozialdemokratischen Zuchthausstaates“ nur für die FVdG, während andere Arbeiterorganisationen Versammlungsfreiheit genossen.

Zum Belagerungszustand in Mülheim nur soviel: Das bloße Beschaffen von Beitragsmarken fand hier unter Lebensgefahr statt. Hier trat die FVdG auch als Kulturbewegung in Erscheinung: Auf einer Versammlung hatte Rudolf Rocker „über ‚deutsche Kultur‘ gesprochen, wie es jedenfalls die Mülheimer Hautevolee niemals vorher gehört hatte, so dass sie zuletzt überhaupt nicht mehr wussten, ob sie Deutsche oder nicht Deutsche waren“.

Die etwa 400 Mitglieder der Freien Vereinigung aus Essen waren bis August organisatorisch der Mülheimer FVdG angeschlossen. So verloren sie im Agitationswettbewerb mit der kommunistischen Allgemeinen Arbeiter-Union (AAU) mangels Selbstständigkeit an Boden. Die AAU konnte von diesem organisatorischen Defizit reichlich profitieren und ihr eigenes Süppchen kochen mit den von Syndikalisten gesammelten Streikgeldern.

In Duisburg lag der Vorteil der FVdG mit insgesamt ca. 13.000 Mitgliedern in der Schachtorganisation, wo einmal innerhalb von acht Tagen 1.500 Mitglieder gewonnen werden konnten. In Bochum bildete sich erst im November 1919 eine Freie Vereinigung heraus, welche bis Ende des Jahres bereits 2.300 Mitglieder zählte. Auch in den „schwarzesten Orten“ Moers, Krefeld (ca. 900 Mitglieder), Viersen (ca. 100) und Mönchengladbach (ca. 750) bildeten sich syndikalistische Ortsvereine heraus.

Schlussbetrachtung

Die syndikalistische Bewegung hatte es im Ruhrgebiet mit zahlreichen Widrigkeiten zu tun. Dazu gehörten im Jahre 1919 die betrieblichen Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten, die flankierenden staatlichen Terrormaßnahmen (Belagerungszustand) und die konkurrierenden zentralistischen Arbeiterorganisationen von Sozialdemokraten und Kommunisten. Letztere streuten gezielt Verleumdungen und Desinformationen. Zunächst mussten auch die Syndikalisten noch auf die kommunistische „Freiheit“ als Organ zurückgreifen. Da diese sich seit 1919 zunehmend gegen die Syndikalisten positionierte („hetzte“), fassten diese die Gründung einer eigenen Tageszeitung ins Auge, welche ab 1921 unter dem Titel „Die Schöpfung“ erscheinen sollte.

Im Verbund mit den Unternehmern wurden nach Massenentlassungen bevorzugt Mitglieder der Christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften wieder eingestellt, um die Freie Vereinigung zu marginalisieren. Die Syndikalisten waren auf sich allein gestellt und konnten gerade in finanzieller Hinsicht nur auf die Kraft der Arbeitersolidarität in Form von Spenden und Solidaritätsstreiks vertrauen. Obgleich die Anbindung zur reichsweiten FVdG gestört war, festigte sich der organisatorische Zusammenhalt. Dennoch schafften es die Syndikalisten in den meisten Orten nicht, die Neumitglieder fester in die Organisation zu integrieren. Die meisten wanderten nach wenigen Jahren wieder zu anderen, zumeist kommunistischen Arbeiterorganisationen ab.

H. (FAU Bremen)

(Angaben und Zitate im Text entnommen aus dem Protokoll des 12. Kongresses der FVdG vom Dezember 1919)

Rudolf Rocker zu den Entwicklungen 1919

Rudolf Rocker, ein Kopf der internationalen syndikalistischen Arbeiterbewegung, betonte gegenüber der Situation im Ruhrgebiet, es komme weniger auf ein schnelles Anwachsen der Organisation an, als auf die gründliche Integration neuer Mitglieder:

„Auch die [FVdG] hat eine lange aber konsequente Entwicklung durchmachen müssen, ehe sie sich von den sozialdemokratischen Irrgängen freimachte und folgerichtig zum Syndikalismus kam. Offen gesagt, freue ich mich darüber, daß dieser Entwicklungsgang so langsam vorstatten gegangen ist. Die schnellen Entwicklungen taugen in der Regel nicht viel. Es gilt da dasselbe, wie beim einzelnen Menschen. Ein einzelner Mensch, der von einem Grundsatz schnell zum anderen überspringen kann, an dem ist meist nicht viel gelegen, aber wer sich schwer zu einer anderen Ansicht durchringt, von dem können wir eher voraussetzen, daß das Neue ihm ernst ist. So ist es auch mit der syndikalistischen Bewegung in Deutschland.“

Dieses Jahr 1919 war die historische Schnittstelle, entgegen kapitalistischer Herrschaft eine freie Gesellschaft aufzubauen. Was die zentralistisch orientierte Arbeiterschaft in Deutschland verpasste, in ihrem Sinne neu zu gestalten, sollte sich mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus bitter rächen. Rudolf Rocker erkannte dies und prophezeite Ende 1919 den syndikalistischen Reichskongressdelegierten: „Nichts muß kommen! Alles, was heute besteht, kann untergehen. Wir können einer höheren Kultur entgegengehen, aber auch dem Abgrund. Große Zeiten kommen manchmal und finden kleine Menschen. Dann, wenn die Gelegenheit verpasst wird, geht das unter, was uns groß und mächtig machen konnte. Das vergessen Sie nicht.“

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Akt. Ausgabe (2/06):

- ◆ Erasmus Grienkohl: »Eisbonbons statt Feuerzauber«, Tarifabschluss für Beschäftigte im EZ
- ◆ NaRa: »Eisbrecherarbeit im Wintermärchenland«: Fakten und Fragen zum Streik im ÖD
- ◆ Anne Alex: »Eingemachtes«, Jahresbilanz Hartz IV
- ◆ Boy Lühje: »Produktionsmodell China«: globale Produktion und neues Arbeitsregime u.a.

○ Ich möchte ein kostenfreies Probeexemplar

PF 10 20 62
63020 OFFENBACH
express-afp@online.de

express

Fisch ohne Wasser

Die Stellung der FAUD zu Betriebsräten, Kollektivverträgen und Streikkassen

Alle Jahre wieder? – Vor drei Jahren hatte H. Döhring an dieser Stelle Grundlegendes zur Position der Freien Arbeiter Union Deutschlands (FAUD) zur Betriebsratsfrage und zum Tarifvertragssystem geschrieben. In seinem Resümee hatte der Autor Fragen formuliert, die bis heute einer Antwort harren. Über kurz oder lang wird m. E. die heutige FAU allerdings nicht darum herum kommen, sich ihnen zu stellen.

Betriebsräte und gewerkschaftliche Praxis

Wesentliche Anhaltspunkte zur Frage der Bedeutung und Stellung der FAUD zu den Betriebsräten und Kollektivverträgen bis 1932 finden sich in der einschlägigen Literatur.⁽¹⁾ Die wohl beste Arbeit zum Thema lieferte jedoch H. Döhring (FAU Bremen), weshalb vieles an dieser Stelle nicht wiederholt werden muss.⁽²⁾ Dennoch gilt es, einige von ihm getroffenen Aussagen zu ergänzen.

Prinzipiell sind die Darlegungen des Autors bezüglich des Stellenwerts in der inner-gewerkschaftlichen Diskussion, der unterschiedlichen Positionierung der Gesamtorganisation im Laufe der Zeit und der Einordnung in die sich verändernden Rahmenbedingungen der 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts zu unterstreichen. Lediglich in der Frage, unter welchen Voraussetzungen die Ergebnisse der einzelnen Betriebsratswahlen zustande kamen, gelange ich zu gänzlich anderen Schlüssen.

Folgt man H. Döhrings Darstellung, schnitt die FAUD bei den Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau zwischen 1921 und 1925 nur deshalb so schlecht ab, weil sie keine Einigkeit in dieser Frage erzielen konnte und das Feld ihrer Abspaltung, der „Union der Hand- und Kopfarbeiter“ (UdHuK), überließ, die mit deutlich besseren Ergebnissen aufwarten konnte.⁽³⁾ Er folgt damit der Darstellung von Hans Manfred Bock und führt ganz richtig aus, dass die FAUD dort nur in wenigen Gebieten antrat: im Gegensatz zur UdHuK in neun der 20 Bezirke.⁽⁴⁾ Gegen H. Döhrings Einschätzung spricht, dass sich Syndikalisten vielerorts bereits mit der ersten Wahl aufstellen ließen – trotz der starken Differenzen inner-

halb der eigenen Organisation und des Zwiespalts, in den sie sich selbst begaben.⁽⁵⁾ Viel bedeutender ist m.E. der Hinweis von Bock zur Anzahl der Kandidaturen. Auf dem 12. Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVDG) im Jahre 1919 hatte die FVDG in einer Resolution dem Betriebsrätegesetz⁽⁶⁾ eine klare Absage erteilt, den Mitgliedern allerdings zugestimmt, dass unter Berücksichtigung der jeweiligen Bedingungen vor-

re an den Betriebsratswahlen.⁽⁹⁾ Ähnliches ist für den Bergbau, etwa das Aachener Revier, festzustellen: Auch hier kandidierten die Syndikalisten und Unionisten von Anfang an und gewannen aus dem Stand in jenen Betrieben eine starke Position, wo sie größeren Rückhalt hatten. Für dieses Gebiet ist zumindest klar belegt, dass die intensive Betriebsratsarbeit positive Auswirkungen auf die Stärkung der Gewerkschaft in den Bergbaubetrieben hatte.



Der Syndikalist, II. Jahrgang (1920), Nr. 9

Die Erfolge der FAUD auf den Zechen Adolf in Merksteinstreiffeld und Gouley in Würselen, wo sie 1920 ausschließlich angetreten waren, „[...] hatten Auswirkungen auf die übrigen im Jahre 1920 gegründeten neuen Ortsgruppen der FAUD (S) im Wurmrevier. Es hatte für die übrigen Gruppen den Anschein, dass die Erfolge in Streiffeld und Würselen zu einem gewissen Teil auf deren Betriebsratsarbeit zurückgeführt werden könne.“⁽¹⁰⁾ Im Jahre 1922 erzielten die Unionisten und Syndikalisten im Aachener Revier ihre größten Gewinne auf der Zeche Anna in Alsdorf. Sie traten hier erstmals auf einer gemeinsamen Liste an – was die Zahlen von Bock zum Abschneiden der FAUD bzw. der UdHuK insgesamt in einem anderen Licht er-

scheinen lässt⁽¹¹⁾ – und verdoppelten dadurch fast ihre Stimmen- und Mandatszahl gegenüber 1921, als beide getrennt kandidierten (1921: Union: 342 St./2 Mandate, FAUD(S): 414 St./2 Mandate; 1922: 1.285 St./7 Mandate). Damit hatten sie mehr Stimmen als der dominierende Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands (GcBD) und lagen mit der Anzahl der Mandate gleichauf.⁽¹²⁾

Keine Kandidatur ohne Basis

Auf ihrem 15. Kongress im Jahre 1925 bezog die FAUD nicht nur zur grundsätzlichen Frage einer Beteiligung, sondern auch dazu, ob bei beliebigen Betriebsratswahlen Genossen kandidieren sollten, unmissverständlich Stellung: „[...] mögen diejenigen, die durch eine Belegschaftsmehrheit dazu gedrängt werden, eine Beteiligung verantworten; sie glauben, auf diesem Wege von der bloßen Negation zur Teilnahme am Klassenkampf und zur Ausbreitung der Idee kommen zu können. Die Bewegung wird solche Experimente ertragen, auch wenn die Form des gesetzlichen Betriebsrates in solchem Falle nicht die geeignete ist. Die

Ortsgruppe Leipzig spricht jedoch ihre Meinung dahingehend aus, dass auf keinen Fall in Betrieben alleinstehende Genossen durch Beteiligungen am Betriebsrat eine Belegschaftsgruppe schaffen können. [...] Die Frage der agitatorischen Wirkungsmöglichkeiten ist von der ganzen Organisation so zu behandeln, wie es für einzelne notwendig ist, die einer großen Masse syndikalistische Ideen näherzubringen haben; d.h. agitatorische Wirkungsmöglichkeiten sind hier den vereinzelt nicht gegebenen durch Teilnahme an Institutionen, die große gegnerische Organisationen für sich benutzen, sondern durch intensive Kleinarbeit. [...]“ Die Resolution der Ortsgruppe Leipzig wurde in der Gesamtabstimmung mit allen gegen sechs Stimmen angenommen. Damit wurde erneut unterstrichen, dass, wenn überhaupt, nur dort Genossen antreten sollten, wo die FAUD bereits eine größere Verankerung in den Betrieben hatte, und dass sie die Wirkungsmöglichkeiten einzelner Mitglieder als Betriebsräte im syndikalistischen Sinne unter den Belegschaften als gering erachtete.⁽¹³⁾

Revolutionäre Gymnastik

Als Gesamtorganisation hat die FAUD bis 1925 einen Spagat vollzogen: Prinzipiell wurde das Betriebsrätegesetz von Anfang an als reformistisch abgelehnt, praktisch hat sie aber als Gesamtorganisation zu jeder Zeit eine Beteiligung ihrer Mitglieder geduldet, später sogar offen toleriert. Lange Zeit tat sie sich schwer damit, sich klar für eine Teilnahme am Betriebsrätesystem auszusprechen. Dieser Schritt erfolgte erst 1930. Es ist naheliegend, dass schon früh große Teile der Mitgliedschaft vollendete Tatsachen schufen, weil sie die Position der Gesamtorganisation als „weltfremd“ erlebten. Dennoch muss der FAUD zugute gehalten werden, dass sie im Konfliktfall die Autonomie der Ortsgruppen höher bewertete als ideologisch-taktische Handlungsanweisungen. Keine Ortsgruppe wurde wegen der Beteiligung an Betriebsratswahlen ausgeschlossen, auch wenn dies vereinzelt gefordert wurde.

Die Position, die die FAU seit 1977 zu den Betriebsräten einnimmt, hat sich dagegen nie grundlegend geändert. Auch in den 70er, 80er, 90er und 2000er Jahren flammten immer wieder Diskussionen um die Frage auf. In der „Prinzipienerklärung“ von 1989/90 heißt es zur Stellung der FAU zu den Betriebsräten bis heute: „Neben der Wahrnehmung unserer rein betrieblichen Belange sehen wir diese Strukturen mittelfristig als Gegenmacht zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften und den dem Unternehmenswohl verpflichteten Betriebsräten. Da die offiziellen Betriebsräte als parlamentarisch aufgebaute Instanzen die grundsätzlichen Interessen der ArbeiterInnen nicht durchsetzen können (dazu sind sie nicht geschaffen worden), lehnen wir diese ab.“⁽¹⁴⁾ An der Rolle der Betriebsräte hat sich sicherlich seit dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes 1920 nichts geändert; darüber sollte man sich keinerlei Illusionen hingeben. In kaum einer Frage haben Betriebsräte tatsächlich etwas (mit) zu entscheiden, auch wenn die zentralistischen Gewerkschaften und gewählten BetriebsrätInnen selbst etwas anderes behaupten und die Arbeitgeber immer so tun,

Die letzten Betriebsratswahlen 1933

Bereits kurz nach ihrer Machtübernahme leiteten die Nationalsozialisten 1933 eine Neuregelung der Betriebsvertretungen und der Arbeitsverfassung ein. Das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 existierte von diesem Zeitpunkt an nicht mehr.

Noch im März/April 1933 begannen die letzten Betriebsratswahlen im gesamten Reichsgebiet. Da sich auch hier ein haushoher Sieg der (sozialdemokratischen) Freien Gewerkschaften abzeichnete (drei Viertel der Mandate), wurde die Neuwahl durch amtliche Verfügungen der Länderregierungen kurzerhand ausgesetzt. Dennoch gelang es dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), die ersten Ergebnisse der bereits stattgefundenen Wahlen zu den Arbeiterräten⁽¹⁾ zu sammeln und zu veröffentlichen. Die vorliegenden Zahlen spiegelten zwar nur einen kleinen Teil der insgesamt zu wählenden Arbeiterräte wieder, machten aber eine Gesamttendenz deutlich. Insgesamt wurden 9.235 gewählte Arbeiterratsmitglieder in 1.387 Betrieben gemeldet. Drei Mandate entfielen davon auf die Listen der FAUD (0,03% der Gesamt-Mandate).⁽²⁾ Keine Untersuchung zur FAUD hat diese Tatsache bisher berücksichtigt; alle enden mit den Entwicklungen im Jahre 1932 bzw. setzen mit der gezielten Verfolgung durch die Nazis wieder ein. Dabei liefert dieser Umstand einen klaren Beleg für die Verankerung der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften in den Betrieben noch für die Zeit nach 1933, auch wenn ihre Bedeutung marginal war.

⁽¹⁾ Der Betriebsrat wurde nach dem Betriebsrätegesetz von 1920 in Arbeiter- und Angestelltenrat unterteilt.

⁽²⁾ Gewerkschafts-Zeitung. Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 29. April 1933.

Anzeige

Fußnoten

⁽¹⁾ Angela Vogel: Der deutsche Anarcho-Syndikalismus. Genese und Theorie einer vergessenen Bewegung. Karin Kramer Verlag Berlin, 1. Auflage 1977, S. 189-218. Ulrich Klan/ Dieter Nelles: „Es lebt noch eine Flamme“ – Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus. Trotzdem Verlag Grafenau, 2. überarbeitete Auflage 1990, S. 116-146. Hartmut Rübner: Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarcho-syndikalismus. Archiv für Sozial- und Kulturgeschichte, Bd. 5. Libertad Verlag Berlin/Köln 1994, S. 129-139, 159-167.
⁽²⁾ Zwischen Revolution und Reform: Die Stellung der Freien Arbeiter Union Deutschlands FAUD zum Tarifvertragssystem. In: „Direkte Aktion“, Nr. 155 (Februar 2003). Und: Zwischen Reform und Revolution: Die Stellung der Freien Arbeiter Union Deutschlands

FAUD zur Betriebsratsfrage. In: „Direkte Aktion“, Nr. 157 (Mai/Juni 2003). Beide Texte liegen jetzt überarbeitet und erweitert in einer Broschüre vor: FAU Bremen (Hrsg.): Syndikalismus – Geschichte und Perspektiven, 1. Auflage November 2005. Ein angekündigter Zusatzband mit Quellentexten ist bis dato noch nicht erschienen.
⁽³⁾ FAU Bremen (Hrsg.): Syndikalismus – Geschichte und Perspektiven, S. 15
⁽⁴⁾ Hans Manfred Bock: Anarcho-syndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz. In: IWK, Nr. 3, 1989, S. 326, Fußnote 177
⁽⁵⁾ Klaus Weberskirch: Anarcho-Syndikalisten an der Wurm. Ein fast vergessenes Kapitel der Geschichte des Aachener Raumes nach dem Ersten Weltkrieg. Heimatblätter des Kreises Aachen, 52. Jg. 1999, S. 70
⁽⁶⁾ Die Auseinandersetzungen zwischen Regierung, Nationalversammlung, Arbeitgebern, Gewerkschaften und der Rätebewegung für, gegen und um die Auswirkung ei-

ner gesetzlichen Verankerung der Betriebsräte währte von Februar 1919 bis Anfang 1920. Das Gesetz war zum Zeitpunkt des Kongresses noch nicht in Kraft getreten.
⁽⁷⁾ Protokoll über die Verhandlungen vom 12. Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Abgehalten am 27., 28., 29. und 30. Dezember 1919 zu Berlin, in der Aula der Luisenstädtischen Oberrealschule, Dresdener Straße 113. Verlag Fritz Kater, Berlin O 34, Kopernikusstr. 25, S. 87f. Und: FAU Bremen (Hrsg.): Syndikalismus – Geschichte und Perspektiven, S. 14
⁽⁸⁾ Protokoll über die Verhandlungen vom 12. Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften ..., S. 88
⁽⁹⁾ Dr. Annegret Schüle: Anarcho-syndikalismus in Sömmerda. Blätter zur Landeskunde Thüringen. Hrsg.: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2004, S. 2f., S. 6
⁽¹⁰⁾ Klaus Weberskirch: Anarcho-Syndikali-

sten an der Wurm ..., S. 71
⁽¹¹⁾ Weberskirch bemerkt zudem, dass im nachhinein oft gar nicht mehr auseinander zu halten war, welche der vielen Unionen und Syndikalisten sich hinter den Unionslisten verbargen, da sie bei den Betriebsratswahlen nur unter „Union“ antraten. Mitunter handelte es sich dabei auch um die FAUD(S). Auch das macht die Zahlen bei Bock etc. anzweifelbar. Vgl.: Klaus Weberskirch: Anarcho-Syndikalisten an der Wurm ..., S. 67f.
⁽¹²⁾ Ebenda, S. 72, 77
⁽¹³⁾ Protokoll über die Verhandlungen vom 15. Kongress der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (A.S.). Abgehalten am 10., 11., 12. und 13. April 1925 in Dresden. Verlag „Der Syndikalist“, Fritz Kater, Berlin O 34, Kopernikusstr. 25, S. 74f.
⁽¹⁴⁾ Prinzipienerklärung der FAU/IAA, 1989/90. Syndikat-A. Anarcho-syndikalistischer Medienvertrieb Moers, S. 23

Anzeige

Kopfrechtsverbot

Parallelgewalt

Muslim-Test bei Einbürgerung

Diese Broschüre informiert über die wichtigsten Organisationen der Muslime in Deutschland und diskutiert die aktuellen Themen: Religionsunterricht, Moscheebau, islamisches Schlichter, Kopftuch, Ausführende Literaturhinweise!

Reinhard Pohl: **Islam in Deutschland**
48 Seiten, 2 Euro, ISBN 3-936419-03-5
www.brd-dritte-welt.de

als Stimme das. Viele, auch ich, sehen in den Betriebsräten nichts anderes als eine Instanz zur Befriedung und Kontrolle der Beschäftigten, eine Art Institution des Co-Managements. Das bewertete die FAUD, folgt man den Diskussionen jener Zeit, größtenteils nicht anders. Im Gegensatz zur FAU sah sie darin aber immerhin ein taktisches Mittel ihrer Betriebsarbeit, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Interessant sind die Vorschläge H. Döhrings allemal, der nicht nur ein eindeutiges Bekenntnis für oder gegen Betriebsräte fordert, sondern auch mögliche Vorschläge unterbreitet: Eine Rückkopplung und damit Kontrolle der Betriebsräte über die Ortsgruppen oder Föderationen. V.a. aber wirbt er immer wieder für Toleranz, auch unterschiedliche Ansätze zuzulassen.

Zur Frage der Tarifverträge

In einem weiteren Beitrag hatte H. Döhring die Wandlung der FAUD zur Frage der Tarifverträge dargelegt, von ihrer kategorischen Ablehnung bis hin zur offenen Befürwortung und zum Abschluss derselben seit Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre durch nicht unbedeutende Teile der Organisation.

Im Jahre 1928 veröffentlichte Augustin Souchy mehrere Artikel in der „Internationale“, dem Theorieorgan der FAUD, zur Stellung der SyndikalistInnen zu Tarifverträgen. Vorausgegangen war dem eine Umfrage in der IAA über die „Einstellung der einzelnen syndikalistischen Landesorganisationen zu den Kollektivverträgen.“⁽¹⁵⁾ Dabei ergaben sich erstaunliche Übereinstimmungen unter den syndikalistischen Organisationen in Deutschland, Holland, Italien und Schweden. Kurz zusammengefasst: Favorisiert wurden Verträge mit sehr kurzen Laufzeiten, um sich flexibel auf verändernde Situationen einstellen zu können. Das staatliche Schlichtungswesen wurde konsequent abgelehnt.⁽¹⁶⁾ „Haben sie die Macht und allein zu bestimmen, dann lehnen sie Kollektivverträge für bestimmte Zeit mit festen Bindungen ab. Ist ihre organisatorische Macht nicht ausreichend, dann versuchen sie, das herauszuschlagen, was im Bereich der Möglichkeit liegt unter Beibehaltung ihres grundsätzlichen Standpunktes. Der Arbeiterschaft kann nicht damit gedient sein, wenn ihr revolutionärer Flügel es dem gemäßigten vollständig überlässt, nach Beendigung eines Kampfes die formalen Abmachungen, in die die Ergebnisse des Kampfes gefasst werden, allein zu treffen. [...] Die Tatsache allein, dass eine Arbeitergewerkschaft nach einem vorausgegangenen Kampfe mit den Unternehmern einen Vertrag abschließt, sagt noch nicht viel; wichtiger ist die Frage, wie die Verträge beschaffen sind. Werden durch einen Vertrag offensichtliche Verbesserungen, die durch einen Kampf errungen wurden, festgelegt, und hat die Organisation auch die Möglichkeit und Kraft, darüber zu wachen, dass diese Verbesserungen während der Vertragsperiode beibehalten werden, dann kann kein revolutionärer Arbeiter etwas dagegen einwenden. Man könnte allerdings sagen, dass ein Vertrag überhaupt nicht notwendig sei, wenn die Gewerkschaften jederzeit in der Lage sind, über die Errungenschaften zu wachen. Das würde aber nur dann zutreffen, wenn der Syndikalismus die Gesamtarbeiterschaft eines Landes hinter sich hätte. Solange die Mehrzahl der Arbeiterschaft zentralgewerkschaftlich organisiert ist, werden Verträge nicht zu umgehen sein.“⁽¹⁷⁾ Fritz Linow schrieb dazu: „Trotzdem darf nicht verkannt werden, dass der Kollektivvertrag als zwangsläufige Folge des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses ein bloßes Hilfsmittel im Kampf der Arbeiter um die Beteiligung an den Erfolgen der Produktion ist. Und weiter darf nicht einmal behauptet

werden, dass es ein gutes, sicheres, unfehlbares Hilfsmittel für den gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter darstellt. Dem Kollektivvertrag, den die Gewerkschaft abschließt, kann man schwerlich mit himmelstürmenden Enthusiasmus gegenüberstehen. Er ist eine Kompromisslösung, die sich aus den weitgesteckten Zielen und Forderungen der Arbeiter nach Änderung der wirtschaftlichen Grundlagen, des Charakters der Wirtschaft, ihres Wesens und ihrer Eigenart ergibt. So wenig wie man sich für den Kollektivvertrag begeistern kann, muß doch gesagt werden, dass er

keine Unterstützung gewährt. Grundsätzlich sollte jeder Ortsverein in der Lage sein, seinen Mitgliedern 14 Tage lang aus eigener Kraft Streikgelder zu zahlen. Gab das die finanzielle Situation nicht her, sollten die Ortsvereine möglichst vorher Extrabeiträge erheben und solche auch von den Mitgliedern einsammeln, die vom Streik nicht betroffen waren. Die Unterstützung sollte auf keinen Fall den fünfmaligen Wochenbeitrag pro Streiktag übersteigen. Richtete sich dieser laut Streikresolution 1919 noch nach dem Beitrag, der mindestens drei Monate vor Beginn des

unterstützung durfte nur denen gezahlt werden, die mindestens drei Monate (13 Wochen) regelmäßig Beiträge entrichtet hatten. Diese Regelung sollte verhindern, dass sich Leute nur während der Arbeitskämpfe der FAUD anschlossen, um Streikgelder zu erhalten.⁽²⁰⁾

1927 wechselte auch die Zuständigkeit in dieser Sache: Bisher waren die Industrieföderationen dazu angehalten, die in ihr organisierten Ortsvereine zu unterstützen. Die Geschäftskommission wurde tätig, wenn es um Solidarität mit anderen Industrieföderationen oder Vereinigungen aller Berufe (VAB) ging.



Werbung statt Diskussion: Anlässlich der laufenden Betriebsratwahlen startete der DGB eine Werbekampagne für die Institution der Betriebsräte.

eine aus den Verhältnissen der kapitalistischen Welt sich ergebende Konsequenz ist. Man kann diesen Kollektivvertrag nicht von heute auf morgen beseitigen. Er wird überhaupt erst mit der kapitalistischen Produktionsweise verschwinden, aber bis dahin ein wesentlicher Bestandteil der Gewerkschaftspolitik sein.“⁽¹⁸⁾

Die Einrichtung von Streikkassen

Zentrale Streikkassen waren in der FAUD tabu; sie widersprachen dem eigenen Prinzip, das auf freiwilliger Solidarität der Mitglieder basierte. Außerdem misstrauten die SyndikalistInnen jeglicher Anhäufung von Geldern, um nicht der Korruption Vorschub zu leisten, wie es in den Zentralverbänden üblich war.⁽¹⁹⁾ In gewisser Weise setzte man sich mit dieser Einstellung natürlich unter Druck und zwang sich — anders als bei den heutigen Zentralverbänden — Streiks sehr entschlossen, kurz, aber heftig zu führen, um sich nicht selbst „auszuhungern“. Jeder Ortsverein sollte zunächst aus eigenen Mitteln seine Arbeitskämpfe bestreiten und dafür auch regelmäßige Beiträge von den Mitgliedern erheben. Außerdem sollten sie Solidaritätsfonds einrichten, um anderen Ortsvereinen sofort entsprechende Gelder zur Verfügung stellen zu können (mindestens einen Stundenlohn pro Mitglied). Theoretisch konnte Ortsgruppen, die keine Solidarität zeigten, obwohl sie dazu in der Lage gewesen wären, die Unterstützung versagt werden; ein Ausschluss durch den Kongress war ebenfalls möglich. Hierzu muss gesagt werden, dass es in manchen FAUD-Ortsvereinen oft einfach an der Bereitschaft zur finanziellen Solidarität mangelte. Im Gegenzug nahmen diese allerdings regelmäßig die Solidarität ihrer GenossInnen in Anspruch, was immer wieder zu heftigen Angriffen seitens der Geschäftskommission und anderer Ortsvereine führte.

Bei Massen- oder Generalstreiks aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen wurde

Streiks gezahlt wurde, orientierte er sich 1925 nur noch an dem, was mindestens vier Wochen zuvor entrichtet wurde. Ab 1927 wurde dieser Passus geändert, das Streikgeld reduziert. Es durfte fortan den dreieinhalbfachen Wochenbeitrag pro Tag nicht übersteigen, der innerhalb eines Bezirks durchschnittlich gezahlt wurde. Diese Regelung war beschlossen worden, da Mitglieder mit geringem Einkommen bis dahin mitunter durch Extrabeiträge Streikunterstützung an Mitglieder anderer Berufsgruppen mit weitaus höheren Einkünften leisten mussten, was eine enorme Belastung bei sowieso niedrigen Verdiensten bedeutete. Die dabei gezahlten Streikgelder lagen nicht selten über den Arbeitsverdiensten der Unterstützten! Noch bis 1930 wurde an den er-

Nun übernahmen die Arbeitsbörsen diese Aufgaben. Immer wieder hatte es Probleme gegeben, da nur ein Drittel der Mitglieder der gesamten FAUD zu diesem Zeitpunkt in Industrieföderationen erfasst war; die überwiegende Mehrheit war in den Vereinigungen aller Berufe zusammengeschlossen. Der Weg folgte auch hier dem föderalistischen Aufbau von unten nach oben: Erst wurden die Mittel des Ortsvereins ausgeschöpft, dann die Ortsbörsen um Solidarität gebeten, die wiederum die Kreis- und schließlich die Provinzialarbeitsbörse (PAB) ansprachen. Nahmen die PAB an die Geschäftskommission, die dann sämtliche Ortsvereine und Börsen der FAUD zu Spenden aufrief. Die streikende Gewerkschaft wurde verpflichtet, fortan den Arbeitsausschuß der Börse zu ihren Sitzungen hinzuzuziehen.⁽²¹⁾ Auf die heutige FAU übertragen ergäbe sich das Modell Ortsgruppe bzw. Syndikat/Lokalföderation, dann die Region und schließlich die Gesamtorganisation. Nur haben heute in den wenigsten Fällen Ortsgruppen eigens Streik- und Solidaritätsfonds eingerichtet. Noch beruht die gegenseitige Unterstützung eher auf spontaner Solidarität. Die Gefahr, damals wie heute: Bei langwierigen Streiks gerieten die FAUD-Genossen immer wieder in Schwierigkeiten, da die knappen Löhne und die Erwerbslosigkeit der Solidarität der ArbeiterInnen gewisse Grenzen setzte.⁽²²⁾ Damit GenossInnen nicht zwangsläufig zu StreikbrecherInnen werden, muss man ihnen entsprechende Überlebensstrategien bieten. Noch sind die Streiks, die die Gewerkschaften der FAU führen oder denen sie sich anschließen (z.B. Öffentlicher Dienst) erste Gehversuche. Dennoch zeichnet sich schon jetzt ab, dass wir sie nur gewinnen können, wenn wir die entsprechenden Voraussetzungen schaffen. Oder wie soll jemand überleben, der/die sich über Wochen im Ausstand befindet und damit ohne Einkommen ist?

Anorr



Der Syndikalist, II. Jahrgang (1920), Nr. 6

sten drei Tagen des Streiks oder der Aussperrung keine Unterstützung gewährt, danach mit dem ersten. Ausnahmen wurden bis dahin nur gemacht, wenn Genossen im Streik gekündigt wurde. In diesem Falle wurde die Unterstützung vom ersten Tag bis zum Greifen der Erwerbslosenfürsorge gewährt. Streik-

Fußnoten

(15) Der Syndikalist, X. Jg., Nr. 41, 13. Oktober 1928, S. 4
 (16) Die Internationale. Zeitschrift für die revolutionäre Arbeiterbewegung, Gesellschaftskritik und sozialistischen Neuaufbau. Hrsg.: Freie Arbeiterunion Deutschlands (AnarchosyndikalistInnen), Heft Nr. 1, II. Jg., Berlin, November 1928, Verlag „Der Syndikalist“, Berlin O 34, Warschauer Str. 62, S. 3

(17) Die Internationale, Heft Nr. 4, II. Jg., Berlin, Februar 1929, S. 12f.
 (18) Die Internationale, Heft Nr. 5, II. Jg., Berlin, März 1929, S. 15f.
 (19) Vgl.: Karl Roche: Aus dem roten Sumpf oder Wie es in einem nicht ganz kleinen Zentralverband hergeht. Verlag Fritz Kater Berlin 1909. Reprint 1990, Von unten auf! Verlag Markus Heilck, Hamburg-Altona.
 (20) Die FAUD hatte es diesen Leuten nach

eigenen Angaben in dieser Hinsicht einfacher gemacht als die Zentralverbände.
 (21) Vgl. Protokoll über die Verhandlungen vom 12. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften ..., S. 8f. Protokoll über die Verhandlungen vom 15. Kongreß der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (A.S.) ..., S. 12f. Protokoll über die Verhandlungen vom 16. Kongress der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (A.-S.). Abgehalten am 26., 27. und 28. Mai 1927 in Mann-

heim. Verlag „Der Syndikalist“, Berlin O 34, Warschauer Str. 62, S. 39ff. Protokoll über die Verhandlungen des 18. Kongresses der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (A.-S.). Abgehalten vom 29. Mai bis 1. Juni 1930 im „Atlantik“, Berlin-Gesundbrunnen. Verlag „Der Syndikalist“, Reinhold Busch, Berlin 1930, S. 10f.
 (22) Klaus Weberskirch: Anarcho-SyndikalistInnen an der Wurm ..., S. 92

Anzeige

Antiquariatsliste SPANISCHER BÜRGERKRIEG
 rund 230 internationale Buch-Titel zum Thema aus dem Archiv des **Karin Kramer Verlag Berlin**. Anforderung der Liste per E-Mail unter: info@karin-kramer-verlag.de oder knobi@t-online.de. Ansonsten unter Tel.: (030) 684 50 55

Anzeige

Die ganze Wahrheit

jeden Mittwoch in der Jungle World

Ich möchte die Wochenzeitung Jungle World 5 Wochen lang für nur 10 Euro im Probe-Abo testen.
 Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Einen Zehneuroschein oder einen Scheck habe ich beigelegt.

Name _____
 Vorname _____
 Straße, Nr. _____
 PLZ, Ort _____
 Jungle World
 Bergmannstr. 68
 10961 Berlin

KULTURQUEERILLA



Weitere Neuerscheinungen im Kurzüberblick

Michel Onfray, Wir brauchen keinen Gott. Warum man jetzt Atheist sein muß (Piper Verlag, München/Zürich 2006, 320 S., ISBN 3-492-04852-8, 14 Euro)

Wohl wahr, in einer Zeit, in der sich der religiöse Mief wieder so penetrant bemerkbar macht wie jetzt, ist jedes religionskritische Buch ein begrüßenswerter Beitrag zur öffentlichen Hygiene. Dennoch ist Onfrays Text eine Enttäuschung und beweist einmal mehr, dass Bestseller in der Regel weder gute noch interessante Bücher sind. Eine Enttäuschung, weil der Autor hier weit hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt. Nicht nur, dass in diesem Buch wenig von der poetischen Leidenschaft zu spüren ist, mit der Onfray für gewöhnlich seine libertäre Philosophie des Lebensgenusses vorträgt (vgl. „Der Rebell. Ein Plädoyer für Widerstand und Lebenslust“), auch seine Argumente gehen nicht über eine allenfalls mit modernen Beispielen unterfütterte Religionskritik des 19. Jahrhunderts hinaus. Dass die organisierten Religionen allesamt genuss-, sex-, frauen- und vernunftfeindlich sind, braucht wohl heute niemandem mehr bewiesen zu werden. Der Atheist weiß das ohnehin, und der moderne Gläubige wird sich durch solche Erkenntnisse kaum von seinem Delirium kurieren lassen.

Rauchzeichen aus den Banlieues. Reflexionen zur Revolte in den französischen Vorstädten (Broschüre, 48 S., Bestellung: freu.de.kla@gmx.de oder Rotes Antiquariat, Rungestr. 20, 10179 Berlin, Einzelpreis 1,50 Euro + Porto, 3 Ex. 5 Euro inkl. Porto)

Zusammenstellung von fünf Texten französischer Gruppen bzw. Zeitschriftenprojekte aus dem linkskommunistisch-neosituationistischen Spektrum zu den Riots vom November 2005. Während die Texte überwiegend klassenpolitisch argumentieren, wird im Vorwort der deutschen Herausgeber- bzw. ÜbersetzerInnen — freundinnen und freunde der klassenlosen gesellschaft — auf weitere Aspekte der Revolte (Sprache und Musik, Geschlechtsverhältnisse, Rassismus) verwiesen. Der/die eilige LeserIn kann die Broschüre auch im Internet unter www.klassenlos.tk lesen bzw. herunterladen.

Die sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland bestand seit der ideellen und organisatorischen Trennung von der Sozialdemokratie aus verschiedenen eigenständigen Strömungen. Die größte davon

Syndikalismus im „Ländle“

Eine Studie des Bremer Historikers Helge Döhring über die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) in Württemberg 1918 bis 1933

Die sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland bestand seit der ideellen und organisatorischen Trennung von der Sozialdemokratie aus verschiedenen eigenständigen Strömungen. Die größte davon



wuchs sich aus dem Spartakusbund zur Kommunistischen Partei aus. Das es zur gleichen Zeit eine revolutionäre Arbeiterbewegung in Form einer selbstorganisierten, klassenkämpferischen Gewerkschaft gab, ist dagegen kaum bekannt. Nun ist eine Lokaltudie erschienen, die sich dieser Gewerkschaft, der Freien Arbeiter Union Deutschlands (FAUD), annimmt und ihre Aktivitäten und Personen in Württemberg zum Gegenstand hat.

Grundsätze des Syndikalismus

Das 224 Seiten starke Werk besticht durch die fundierte Rekonstruktion der anarcho-syndikalistischen Bewegung in Württemberg. In elf Kapiteln wird den Spuren des organisierten Syndikalismus nachgegangen. Dabei wird insbesondere erörtert, unter welchen Bedingungen diese Bewegung sich entwickeln konnte, und welche Faktoren sie an ihrer Entfaltung hinderten.

Der Syndikalismus entstand aus den lokal organisierten Gewerkschaftsverbänden der sogenannten „Lokalisten“. Im Jahr 1919 vereinigten sie sich mit weiteren unabhängigen Gewerkschaftsgruppen zur „Freien Arbeiter Union Deutschlands (Syndikalisten)“, abgekürzt: „FAUD (S)“.

Im Gegensatz zu den konkurrierenden Gewerkschaftszentralen, die von einem Vorstand geleitet wurden, der auch die Kontrolle über Kämpfe und Aktionen ausübte, bestimmten in den syndikalistischen Ortsvereinen der FAUD die Arbeiter eigenständig über Streiks und weitere Kampfformen. Entscheidungen wurden an der Basis von den Mitgliedern getroffen.

In logischer Konsequenz dieses „Sozialismus von unten“ führte die „Prinzipienklärung des Syndikalismus“ aus, „daß die Organisation einer sozialistischen Wirtschaftsordnung nicht durch Regierungsbeschlüsse und Dekrete geregelt werden kann, sondern nur durch den Zusammenschluß aller Kopf- und Handarbeiter in jedem besonderen Produktionszweig: durch die Übernahme der Verwaltung jedes einzelnen Betriebes durch die Produzenten selbst und zwar in der Form, daß die einzelnen Gruppen, Betriebe und Produktionszweige selbständige Glieder des allgemeinen Wirtschaftsorganismus sind, die auf Grund gegenseitiger und freier Vereinbarungen die Gesamtproduktion und die allgemeine Verteilung planmäßig gestalten im Interesse der Allgemeinheit.“

Damit stand der Syndikalismus auch im politischen Gegensatz zu den autoritären Strömungen der Arbeiterbewegung, verkörpert durch SPD und KPD. Die „Prinzipienklärung“ sagt weiter: „Die Syndikalisten sind der Meinung, daß politische Parteien, welchem Ideenkreis sie auch angehören, niemals imstande sind, den

sozialistischen Aufbau durchführen zu können, sondern daß diese Arbeit nur von den wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiter geleistet werden kann. Aus diesem Grunde erblickten sie in der Gewerkschaft keineswegs ein vorübergehendes Produkt der kapitalistischen Gesellschaft, sondern die Keimzelle der zukünftigen sozialistischen Wirtschaftsorganisation. In diesem Sinne erstreben die Syndikalisten schon heute eine Form der Organisation, die sie befähigen soll, ihrer großen historischen Mission und in derselben Zeit dem Kampfe für die täglichen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerecht zu werden.“

Zu ihren organisatorischen Höchstzeiten umfasste die sich später als anarcho-syndikalistisch definierende Bewegung über 150 000 Mitglieder.

Die FAUD in Württemberg

Ausgehend von der Beschreibung der Rahmenbedingungen für den Aufstieg des Syndikalismus zur Massenbewegung nach 1918 beschreibt der Bremer Historiker Helge Döhring die demographische Entwicklung und Industrialisierung und befasst sich dann mit der Revolution 1918/19 in Württemberg sowie dem Generalstreik im „Ländle“ von 1920.

Kern der Arbeit sind aber die detailliert nachgezeichneten Aktivitäten der lokalen FAUD-Gruppen Württembergs. Nach einer kurzen Zusammenfassung des aktuellen Forschungsstands über den Syndikalismus und Anarchismus in Württemberg vor 1918 geht Döhring auf die einzelnen württembergischen Ortsverbände ein. Einen Schwerpunkt seiner Arbeit bildet dabei die FAUD in Stuttgart, die in ihrer „Arbeiterbörse“ sowohl die Föderationen der Transportarbeiter, Bauarbeiter, Metall- und Industriearbeiter als auch die „Vereinigung aller Berufe“ vereinte.

Detaillierte Beschreibungen finden sich auch zu weiteren Orten Württembergs. So konnte eine starke Aktivität der FAUD in Heilbronn nachgewiesen werden. Vor Ort bestanden anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsföderationen der Bau- und Metallarbeiter sowie eine „Vereinigung aller Berufe“, in der sich Lohnabhängige anderer Branchen organisierten. Die Stadt Böckingen wird in der Untersuchung eigenständig behandelt, da Böckingen erst 1930 zu Heilbronn eingemeindet wurde. Hier existierte seit 1911 ein aktiver Verband syndikalistischer Arbeiter. Zum Heilbronner Emil Gerlach findet sich ein Porträt.

Auch unter dem Hohenstaufen, in Göppingen, war die FAUD eine bekannte und aktive Kraft der Arbeiterbewegung. Neben der Wahrnehmung gewerkschaftlicher Aufgaben waren ihre Mitglieder in der anarcho-syndikalistischen Buch- und Kulturgemeinschaft „Gilde freier Bücherfreunde“ aktiv, deren Kopf der Metallarbeiter Karl Dingler war. Über den weit über die Organisations- und Stadtgrenzen hinaus bekannten und geschätzten Dingler findet sich im Anhang ein Nachruf Helmut Rüdigers aus dem Jahre 1950.

Weitere Kapitel finden sich zu Dettenhausen, Eislingen, Eltingen, zu den heutigen Stuttgarter Stadtteilen Feuerbach und Gablenberg, zu Leonberg, Esslingen, Pliezhausen, Reutlingen, Ulm und Wendlingen.

Die Stadt Tuttlingen nimmt bei der Untersuchung eine besondere Stellung ein. So führt der Verfasser über den Tuttlinger Ortsverein der FAUD aus: „Die FAUD Tuttlingen nahm in Württemberg nicht nur geographisch, sondern auch organisatorisch eine Sonderstellung ein ... die lokale Organisation verlief offensichtlich grundsätzlich in konspirativen Bahnen, wofür ... die über Jahre anhaltenden schweren Arbeitskämpfe und handfesten Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmen/Polizei sprechen.“ (S. 165)

Kultur und Klassenkampf

Ein weiterer Untersuchungsgegenstand ist die anarcho-syndikalistische und anarchistische Jugendbewegung Württembergs. Den Kampf der unterschiedlichen Auffassungen — Jugend als Kulturbewegung, inklusive Nacktkultur und individualistischer Betrachtung des eigenen Ich, oder aber als proletarische, betriebliche Kampforganisation — entschieden die Befürworter des Klassenkampfes schließlich für sich. Aus ihren Reihen gingen dann auch mehrheitlich die anarcho-syndikalistischen Arbeiterwehren, die „Schwarzen Scharen“, hervor, die u.a. Veranstaltungen der Bewegung gegen Störungen durch Nazis und Parteikommunisten verteidigten.

Wie bereits beim Göppinger Beispiel angeführt, setzten die schwäbischen Anarcho-Syndikalisten, bedingt auch durch andauernde Marginalisierung, einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit bei der Aufklärung durch kulturelle Aktivitäten. So finden sich im Buch detaillierte Beschreibungen über die „Gilde freier Bücherfreunde“, sowie die „Gemeinschaft proletarischer Freidenker“. Die geschlechtsspezifische Organisation der Frauen wird anhand des „Syndikalistischen Frauenbundes“ behandelt.

Einfluss des organisierten Anarcho-Syndikalismus gab es in Württemberg darüber hinaus auch in anderen Bewegungen, etwa in Siedlungsprojekten und der Vagabundenbewegung. Dem Stuttgarter „Vagabundenkönig“ Gregor Gog ist ein Porträt gewidmet. Interessant ist auch die Abhandlung über den Begründer der Anthroposophie, Rudolf Steiner, der sich der revolutionären syndikalistischen Bewegung anzubiedern versuchte, von dieser aber einen Korb erhielt und sich dann vermögenden Kreisen zuwandte. Sehr schön zu lesen ist weiterhin das Kapitel über die Künstlerkolonie in Bad Urach, in der so bekannte Schriftsteller wie Theodor Plivier und Erich Mühsam verkehrten.

Das 7. Kapitel ist der Auseinandersetzung mit den Funktionären der kommunistischen Bewegung gewidmet. An einigen Beispielen wird hier das oftmals sehr gespannte Verhältnis zwischen den Anarcho-Syndikalisten und Mitgliedern der KPD nachgezeichnet. So wurde am 27. April 1927 eine Veranstaltung mit Rudolf Rocker in Stuttgart von anwesenden Kommunisten gestört, woraufhin der Referent in seinem Schlusswort darauf hinwies, daß diese sich lieber einen „hohen Grad an Wissen aneignen sollten, statt in der Parteipolitik ihr Heil“ zu erblicken. Der Stuttgarter Karl Völker lehnte eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten sogar generell ab, da diese

„die Parteiinteressen über die Klasseninteressen der Arbeiter“ stellten.

Aus der Forschung heraus konnte der Verfasser auch Spuren der FAUD in Baden feststellen. In einem kleinen Kapitel werden somit auch die FAUD-Ortsvereine in Gottmadingen, Konstanz, Rheinau und Singen analysiert.

Historische Beurteilung des Syndikalismus

In seinem Schlußkapitel wertet Helge Döhring die Ergebnisse seiner Untersuchung aus. Er kommt zu dem Ergebnis, daß für das „Gedeihen des Syndikalismus immer der Industrialisierungsgrad entscheidend war, unabhängig davon, ob es sich bei jenen Orten um (Groß-)Städte oder Dörfer handelte.“ Und weiter: „Die Chancen lagen immer dort, wo eine Ortschaft noch in den Anfängen der Industrialisierung und damit der organisatorischen Orientierung der Arbeiterschaft stand.“ Damit erklärt er die Marginalisierung der organisierten anarcho-syndikalistischen Arbeiter in Städten wie Stuttgart, Heilbronn oder Göppingen, allesamt Städte mit über lange Zeiträume hinweg kontinuierlich arbeitenden FAUD-Gruppen. Denn: „Das Ende syndikalistischer Entwicklung war immer dort erreicht, wo die Arbeiterschaft bereits in den Zentralverbänden und politischen Parteien organisiert war.“

Wie umfassend nachgewiesen wird, handelte es sich bei der FAUD um eine originäre Arbeiterorganisation. Somit können weit verbreitete Vorurteile von den Anarcho-Syndikalisten als „kleinbürgerlichen Elementen“ als widerlegt gelten. Durch das hier zusammengetragene Material ergibt sich auch eine neue Beurteilung der Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg, mit Konsequenzen für die Lokalgeschichte einiger Städte. Die lokale Geschichtsschreibung dieser Städte wird nicht mehr umhin kommen, die Anarcho-Syndikalisten als eigenständigen, aktiven und kontinuierlich arbeitenden Strang der Arbeiterbewegung zu behandeln. Helge Döhring hat mit seinem Werk Pionierarbeit geleistet, eine vergessene Bewegung und ihre Protagonisten aus dem Vergessen gerissen und ihre Geschichte nachgezeichnet. Dabei liest sich das Buch trotz der vielen Informationen hervorragend, man spürt, daß es mit Herzblut verfasst wurde.

Zusätzlichen Gebrauchswert erhält das Buch durch ein angefügtes, knapp zweihundert Personen umfassendes Namens- sowie ein umfangreiches Ortsregister, das bestens für eigene Nachforschungen geeignet ist. Ausgewählte Abbildungen runden den hervorragenden Gesamteindruck ab. Angefügt ist weiterhin ein Nachwort von Martin Veith, in welchem dieser unter anderem auf einen Erich-Mühsam-Platz in Göppingen hinweist.

Nonte Götzte, Bremen

Helge Döhring, *Syndikalismus im „Ländle“ — Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands in Württemberg, 224 Seiten, 16 Euro, Verlag Edition AV, www.edition-av.de sowie www.syndikalismus-im-laendle.tk, ISBN 3-936049-59-9.*

syndikat-a medienvertrieb · bismarckstraße 41a · d-47443 moers · fon & fax 0 28 41 53 73 16 · www.syndikat-a.de

Kritik des Kapitals
Gerhard Hanloser
Texte und Polemiken
Einsteigendaktuelle Theoriediskussionen. Der Autor setzt sich u. a. kritisch mit der „Krisis-Gruppe“, dem Rätekommunismus, mit Postone, Holloway, Anti-Deutschtum der russischen Revolution u. a. auseinander. Auch und gerade für Leute, die sich in der Vielfalt der bundesdeutschen linken theoretischen Vielfalt orientieren wollen eine prima Lektüre. Mit ausführlichem Anhang und Begriffserklärungen.
Broschüre, 80 Seiten, € 3,00

«Nosotros, agentes provocadores»
Schafrank H./Wögerbauer W.
Anmerkungen zur Geschichte der „Amigos de Durruti“
Die „Amigos de Durruti“ machten in ihrer konsequenten radikalen Politik und Kritik auch nicht vor der informellen Führungsriege der CNT und deren „anarchistischen Ministern und Ministerinnen“ halt, denen sie vorwarf, für die antifaschistische Volksfront die soziale Revolution zu opfern. Heft 3 unserer Reihe Archiv.
Broschüre, 32 Seiten, € 2,00

Die spanische Revolution
FAU Moers (Hg.)
Ein einführender Text
Spanien 1936. In den Augen von Anarcho-SyndikalistenInnen und Libertären, KommunistInnen das bislang größte eingeleitete Projekt sozialer Emanzipation. Diese Broschüre leistet als Einführungstext einen groben Überblick zur Geschichte und zum Verständnis dieses Experimentes. Ein Glossar und eine Literaturliste zum Weiterlesen ergänzen die Broschüre.
ca. 200 Seiten, ca. € 6,50
erschient September 2006
Jetzt vorbestellen und Subskriptions-Überschuss sichern!

Anzeige

Vorläufiges über Bruno Vogel (III)

Gegen Schwulenverfolgung und bürgerliche Sexualmoral

Das schriftstellerische Werk Bruno Vogels kreist um zwei zentrale Themen: Einen kompromisslosen Antimilitarismus und Antipatriotismus auf der einen Seite, den Kampf gegen Sexualunterdrückung im Allgemeinen, gegen die Diskriminierung und Kriminalisierung von Homosexuellen im Besonderen auf der anderen Seite.

Aus der Chronologie seiner Veröffentlichungen könnte man zunächst den Schluss ziehen, dass die beiden Themen einander ablösen. Sein erster Band „Es lebe der Krieg!“ (1924) ist ganz der Auseinandersetzung mit dem Ersten Weltkrieg gewidmet, sein zweiter Band „Ein Gulasch und andere Skizzen“ (1928) beginnt mit vier Kriegserzählungen, die sich wie ein Nachtrag zu „Es lebe der Krieg!“ lesen, und endet mit der titelgebenden Erzählung „Ein Gulasch“, in der ein Schwulenpaar die Umstände seiner ersten Begegnung in den Hungerjahren nach dem Krieg schildert – Obdachloser der eine, „Strichjunge“ der andere. Um den programmatischen Charakter des Textes herauszustrichen, verweist der Verfasser in einer kurzen Einleitung auf das Strafgesetzbuch, das „gewerbmäßige Unzucht“ „mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren und lebenslänglicher Einweisung in einem Arbeitshaus“ bedroht, und betont, dass vorwiegend „arbeitslose Proletarier“ gezwungen seien, auf den Strich zu gehen – mithin Schwulenverfolgung und Klassenunterdrückung Hand in Hand gingen.

Alf

Nach der Pleite seines ersten Verlegers Arthur Wolf erscheint Vogels zweites Buch „Ein Gulasch“ im Greifenverlag, einem aus der Wandervogelbewegung hervorgegangenen Verlag im thüringischen Rudolstadt, der u.a. die Aufklärungsschriften des Berliner Sozialisten, Mediziners und Sexualpädagogen Max Hodann (1894-1946) herausbringt. Unter heute eher harmlos bis putzig klingenden Titeln wie „Bringt uns wirklich der Klapperstorch?“ oder „Bub und Mädel“ geht Hodann auch auf brisante Themen wie Homosexualität, Sodomasochismus und Fetischismus ein und wirbt in sehr vorsichtbehaltsamen Worten um Verständnis: „Wir sollten danach streben, in diesen Fällen zu jener Toleranz, jenem großzügigen Gewährlassen persönlicher Eigenarten uns durchzuringen, wie es so bewundernswert ist bei den Engländern, die in aller Formssicherheit ihres Lebens doch jedem Menschen zugestehen, seine persönliche Note tragen zu dürfen.“

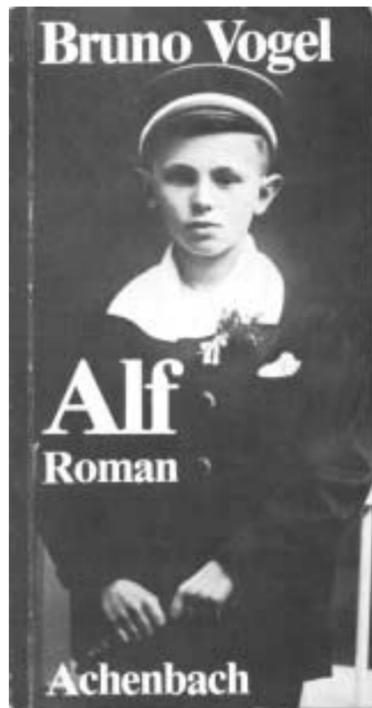
Da Hodann zugleich führendes Mitglied in Magnus Hirschfelds „Institut für Sexualwissenschaft“ ist, für das auch Bruno Vogel vorübergehend arbeitete, ist es nicht ausgeschlossen, dass dieser den Kontakt zum Greifenverlag herstellte.

In einer Programmvorschau des Greifenverlags wird überdies das Erscheinen von Vogels erstem Roman „Alf“ angekündigt und als „Pubertätsgeschichte“ beworben. Warum das Buch im folgenden Jahr (1929) stattdessen als erster Band der Gildenbücher in der neugegründeten Gilde freier Bücherfreunde erschien, ist unklar. Sicher ist nur, dass Vogel seit 1925 und 1927/28 sogar regelmäßig Texte im „Syndikalist“ veröffentlichte und offenbar gute Beziehungen zur FAUD unterhielt.

Das Buch verkauft sich gut, wird wohlwollend besprochen und bei Lesungen der Büchergilde positiv aufgenommen, trotz des für die Literatur und zumal die Arbeiterliteratur der Zeit ungewöhnlichen Themas: Eine im bürgerlichen Milieu eines humanistischen Gymnasiums spielende Coming out-Geschichte zweier Jugendlicher.

Der Paragraph 175

Der 15jährige Felix Braun kommt 1913 durch eine Versetzung seines Vaters von Dresden nach Leipzig. Schon der Empfang durch den neuen Schullektor: „Na, da hätte er sich ein paar Wochen früher versetzen lassen sollen, damit du die Einweihung unseres Völkerschlachtdenkmales hättest miterleben können, nicht wahr?“ macht blitzartig klar, auf welche hurrapatriotisch aufgeladene Atmosphäre er in seiner neuen Umgebung trifft. Schon in der ersten Stunde lernt er allerdings einen Mitschüler kennen, Alf Maartens.



Der Roman Alf in einer Ausgabe von 1977

Die Schilderung ihrer Beziehung wird

zunächst unterbrochen durch eine Rückblende auf die ersten fünfzehn Jahre von Felix' Leben, die zu einer Abrechnung mit den irren Prinzipien bürgerlicher Erziehung und deren Ideal des „tüchtigen und anständigen“ Menschen (sprich des arbeit- und gehorsamen Untertanen) gerät.

Insbesondere der sexualfeindliche Eifer eines Religionslehrers gegen das „Laster“ der Masturbation wird für eine gestörte, von Schuldgefühlen gehemmte Persönlichkeitsentwicklung des jungen Felix verantwortlich gemacht. Erst die „Aufklärung“ durch einen verständigen und vorurteilslosen Nachbarn kann die nachteiligen Wirkungen auf die geistig-körperliche Entwicklung des Jungen beseitigen. Allerdings wirkt das Buch an solchen Stellen übertrieben didaktisch und liest sich mehr als Handreichung für den fortschrittlichen Pädagogen als wie ein literarischer Text.

Der allmähliche Wandel im Verhältnis von Felix und Alf von der Jungenfreundschaft zur homoerotischen Beziehung wird sehr diskret-aneidend beschrieben – zumindest nach heutigem Empfinden, was ein deutliches Schlaglicht auf die veränderten Maßstäbe in der künstlerischen Darstellung von Sexualität wirft. Was heute – lange nach Genet, Burroughs und anderen expliziten, mitunter drastischen Schilderungen von Schwulensex in der Literatur – geradezu verschämt wirkt, wurde seinerzeit als sexuell freizügig wahrgenommen.

Die Romanze der beiden Teenager findet ein jähes Ende, als der ängstliche Felix bei einem Antiquar eine Broschüre über den Paragraphen 175 findet und aus dieser erfährt, dass seine Beziehung zu Alf als Sittlichkeitsverbrechen gilt und mit Gefängnis bestraft wird. Schockiert bricht er jeglichen Kontakt zu Alf ab, der sich enttäuscht über diese plötzliche Zurückweisung zum Kriegsdienst an die Front meldet – inzwischen ist nämlich die „große Zeit“ angebrochen: der Erste Weltkrieg hat begonnen.

Sexualität und Religion

Es dauert Monate, bis – veranlasst durch eine Feldpostkarte von Alf – der Kontakt allmählich wieder aufgenommen wird. Auf brieflichem Wege – und dieser Briefwechsel füllt fast den ganzen zweiten Teil des Buches – verschaffen die beiden sich Klarheit über die Gründe und Hintergründe ihres Zerwürfnisses sowie über ihre allgemeine Situation. Alf registriert angesichts des Sterbens um ihn herum, auch des Todes ehemaliger Schulkameraden, mit zunehmender Verbitterung das Treiben der Akademiker und Intellektuellen, besonders der Sorte deutscher Oberlehrer („Arschpaukergesindel“), die sich aus sicherer Entfernung zum Kriegsgeschehen mit ihrer propagandistischen Verherrlichung des Kriegs als „Zutreiber von Men-

schenmaterial“ betätigen.

Felix arbeitet sich zunächst eher theoretisch an seinen Komplexen ab, stellt Nachforschungen zum Paragraphen 175 an, entwirft eine Religionskritik und stößt schließlich auf eine psychoanalytische Schrift zum Thema „Sexualität und Religion“ (eines nicht genannten Verfassers), die ihm den Zusammenhang zwischen Sexualunterdrückung, Religion und Staat verdeutlicht: „Und der Staat weiß auch sehr wohl, warum er die christliche Sexualmoral schützt und vertei-



Bruno Vogel 1937 in Südafrika

digt durch Gesetz und gesellschaftlichen Zwang, denn er weiß, welche urgewaltige revolutionäre Kräfte aus befreiter, ihrer selbst bewußter Sexualität wirksam werden“.

Schließlich lässt er es nicht bei theoretischer Einsicht bewenden, sondern schließt sich der im Untergrund entstehenden proletarischen Antikriegsbewegung an, klebt nachts Plakate und bereitet sich darauf vor, Alf bei dessen bevorstehenden Heimaturlaub mit Hilfe eines sympathisierenden Arztes kriegsuntauglich schreiben zu lassen. Doch dazu kommt es nicht mehr: Alf stirbt vorher den „Heldentod“.

Im Nachhinein entbehrt es nicht einer gewissen Symbolik, dass Vogel gerade am Ende von „Alf“, seiner letzten Buchpublikation, die zentralen Motive seines literarischen Schaffens noch einmal zusammenfasst: die unveröhnliche Kritik des Kriegs und der Kriegstreiber, insbesondere im deutschen Bürgertum und den intellektuellen Eliten; die Kritik einer repressiven Sexualmoral und ihrer wesentlichen Verkörperungen, Familie, Schule, Religion und Staat.

Spätestens mit seiner frühzeitigen Emigration (1931) muss Vogel klar gewesen sein, dass in puncto Krieg und Schwulenverfolgung das Schlimmste noch bevorstand und dass es mit Mitteln literarischer Aufklärung nicht aufzuhalten sein würde. Sein Verstummen als Schriftsteller war in dieser Hinsicht nur konsequent.

MH

KULTURGUEILLA



Reinhard Müller, Franz Prisching – G'roder Michl, Pazifist und Selberaner (Verlag Graswurzelrevolution/Verlag Gemeinde Hart bei Graz, Nettersheim/Hart 2006, 294 S., ISBN 3-9806353-8-4, 17,80 Euro)

Franz Prisching (1864-1919) gehörte zu jenen Arbeiterautodidakten des 19. Jahrhunderts, die in ärmsten Verhältnissen aufgewachsen, nur mit einer rudimentären Schulbildung ausgestattet, zu einer anonymen Armutsexistenz vorherbestimmt waren, und sich mit ungeheurer Kraftanstrengung selbst das Lesen, Schreiben und Denken beibrachten. Wie bei vielen, so auch Prisching, geht dieser Prozess mit einer politischen Bewusstseinsbildung einher. Prisching stößt in den 1890er Jahren zur anarchistischen Bewegung in Österreich, die in der k.u.k.-Monarchie einer starken Repression ausgesetzt ist, entfernt sich Anfang des neuen Jahrhunderts wieder vom politischen Aktivismus, gründet 1903 in Graz im Alleingang eine Zeitschrift, „Der g'rode Michl“, die er unter schwierigsten materiellen Bedingungen mehr als ein Jahrzehnt lang am Leben erhalten kann. Inhaltlich bietet der „gerade Michel“ eine für die Jahrhundertwende nicht unübliche Mischung aus anarchistischen und lebensreformerischen Ideen. Über diese Mixtur kann man zweifellos geteilter Meinung sein, was jedoch die Hochachtung für die Leistung Prischings nicht schmälern sollte. Ein Lob verdient auch der Verfasser Reinhard Müller, der diesem proletarischen Nobody eine sympathisch-akribische Biographie gewidmet hat. Bereichert um zahlreiche Bilddokumente und Originalzitate Prischings ist dabei insgesamt ein ansprechend gestaltetes und rundum angenehm zu lesendes Buch entstanden.

theorie.org: Anarchismus

Eine Reihe im Schmetterlingsverlag

Die Reihe „theorie.org“, die seit einiger Zeit im Schmetterling Verlag erscheint, will die zentralen Themen linker Debatten aufarbeiten und ihre Resultate zusammenfassen. In der Reihe sind bereits Bücher zur Feministischen Theorie, Situationistischen Revolutionstheorie, zum Internationalismus und anderen Themen erschienen, und ein Band zum Postoperatismus ist in Vorbereitung. Der aktuelle Band der Reihe hat den Anarchismus – genauer gesagt den klassischen Anarchismus – zum Thema.

Für die beiden Autoren Hans Jürgen Degen und Jochen Knoblauch dieser Einführung in den (klassischen) Anarchismus gibt es nicht den Anarchismus, sondern mehrere Anarchismen, da es keine allgemeinverbindliche inhaltliche Bestimmung des Anarchismus bzw. der Anarchie geben kann. Trotzdem gibt es für AnarchistInnen ver-

bindlichen Attribute: „Anti-Autoritarismus, Anti-Staatlichkeit, Anti-Zentralismus, Anti-Kapitalismus, Anti-Patriarchismus, Anti-Rassismus, Anti-Sexismus“ (S. 6). Auch ist es für die Autoren nicht notwendig, dass sich heutige AnarchistInnen auf die KlassikerInnen und ihre Ideen berufen.

Um die differente Ideenwelt des Anarchismus mit seiner Theorie, Praxis und Geschichte darzustellen, haben die Autoren ihre Einführung in drei wesentliche Kapitel unterteilt: „Klassiker des Anarchismus“, „Konfrontationen“ und „Anarchismus und Praxis. Anarchismus und Revolution“. In kurzen Kapiteln werden zunächst die Ideen der wichtigsten KlassikerInnen dargestellt. Für Degen und Knoblauch sind sie keine Ikonen, sondern nur IdeengeberInnen, deren Theorien von AnarchistInnen revidiert und weiterentwickelt werden können. Das Kapitel

„Konfrontationen“ ist der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Kampflinien der Anarchismen gewidmet. Hier geht es um Staat, parlamentarische Demokratie, Kapitalismus, Gewerkschaft und Anarchosyndikalismus, Gewalt und Militarismus. Hier fehlt der Kampf gegen das Patriarchat als eine wichtige Konfrontationslinie mit den herrschenden Verhältnissen. Die anarchistische Praxis wird von Degen und Knoblauch anhand der revolutionären Ereignisse von der Französischen Revolution 1789 bis zu Spanischer Revolution 1936-1939 dargestellt. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass es auch eine anarchistische Praxis in nicht-revolutionären Phasen gab, von der Gründung von Kommunen bis zu den Arbeitskämpfen anarchosyndikalistischer Gewerkschaften.

Enttäuschend ist aber das Kapitel Resümee und Schlussbetrachtung, denn anscheinend hat es nach 1945 keine wesentliche Weiterentwicklung des Anarchismus gegeben. Zwar gehen die Autoren kurz auf den Neo-Anarchismus in Folge der 68er Bewegung ein, doch mehr scheint es nicht gege-

ben zu haben. Der Anarcha-Feminismus wird auf nicht mal einer Seite abgehandelt, der libertäre Kommunalismus von Bookchin findet gar nicht statt, aber auch die aktuelle Diskussion innerhalb des Anarchismus vom Zapatismus der EZLN bis zur Rezeption post-strukturalistischer Theorie finden keine Erwähnung. Welche Rolle spielt der Anarchismus in den Neuen Sozialen Bewegungen, vom Häuserkampf bis zu den globalisierungskritischen Bewegungen?

Bei allen Schwächen und Lücken ist der Band eine kurze, ausführliche und übersichtliche Einführung in die Ideenwelt und Geschichte des klassischen Anarchismus. Für den aktuellen Anarchismus bedarf es dann noch eines zweiten Bandes.

Jürgen Mücken

Hans Jürgen Degen / Jochen Knoblauch, Anarchismus. Eine Einführung, Reihe: theorie.org, Stuttgart 2006, Schmetterling Verlag, 216 Seiten – 10 EUR

Anzeige



WAS WILL DIE FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft als Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Die „Kommune von Dortmund“

Des letzten Rätsels Lösung: Carl Butterweg, Anarchist und Gewerkschafter

Die Kumpels im Ruhrgebiet waren mehr als unzufrieden, damals im Januar 1919. Trotz „Revolution“ und SPD/USPD-Regierung hatte sich die Lage in den Zechen nicht verändert. Überstunden, niedrige Löhne, Rationierung der Lebensmittel, aber fette Gewinne für die Unternehmer. So konnte das nicht weitergehen!

Am 19. Januar besetzte die Belegschaft der Zeche „Admiral“ in Dortmund-Hörde als erste ihren Betrieb. Der Sechs-Stunden-Tag wurde ausgerufen, die alten Betriebsräte wurden abgesetzt und die Verwaltung von den Arbeitern kontrolliert. Das Beispiel machte schnell Schule. Im ganzen Revier besetzten bewaffnete Arbeiter ihre Zechen, vertrieben die Bosse und übernahmen ihre Betriebe in Selbstverwaltung.

Einer der Kumpels war Carl Butterweg, Hauer in besagter Zeche „Admiral“, Vater von vier Kindern, Anarchist und Gewerkschafter, bei den Kollegen angesehen und beliebt. Über sein Leben ist relativ wenig bekannt. Das wenige, das wir wissen, ist in Polizeiakten überliefert. Geboren wurde er am 18. Oktober 1883 als Sohn von Christian und Wilhelmine Butterweg. Er trat früh der „Freien Vereinigung der Bergarbeiter“ bei, einem Teil der so genannten „Lokalisten“. 1901 in „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ umbenannt,

sollte sich daraus die anarchosyndikalistische „Freie Arbeiter-Union Deutschlands“ entwickeln.

Bedingt durch die praktischen Erfahrungen mit Streiks, Betriebsbesetzungen und Selbstverwaltung radikalisierten sich immer mehr Arbeiter im Revier. Die Anarchosyndikalisten, seit über vierzig Jahren stets im Schatten der Sozialdemokratie, waren über Nacht zur dominierenden Kraft geworden. Überall wurden Orts- und Betriebsgruppen gegründet. Im November 1919 soll die Freie Vereinigung allein in Dortmund 12.000 Mitglieder gehabt haben! Die Anarchosyndikalisten organisierten zusammen mit anderen linken Gruppen Demonstrationen und Massenkundgebungen für soziale Verbesserungen und für die Übernahme der Produktionsmittel durch „die Gesamtheit“. Zum Teil kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit Reichswehr und Freikorps, das Kriegsrecht wurde ausgerufen.

Dass es überhaupt zu diesen Entwicklungen kam und die soziale Revolution doch noch greifbar wurde, ist nicht unwesentlich der Agitation anarchosyndikalistischer Kumpels zu verdanken: Genossen wie Carl Butterweg eben. Als Syndikalist der ersten Stunde, versiert in den Fragen radikaler Gewerkschaftsarbeit, war es ihm möglich, den ande-

ren die Konzepte von Selbstverwaltung und einer menschenwürdigeren Gestaltung der Arbeit nahe zu bringen. Die Kollegen, desillusioniert über die vorherrschenden Strategien in der Arbeiterbewegung, nahmen diese Gedanken dankbar auf. Carl Butterweg sprach eine Sprache, die wohl zu keiner anderen Zeit so gut verstanden wurde. So vermerkt ein Spitzelbericht, dass es „in erster Linie auf die äußerst rege agitatorische Tätigkeit des Bergmanns Butterweg zurückzuführen“ ist, dass in der Zeche „Admiral“ jener Funke zünden konnte, der den wohl bemerkenswertesten Kampfzyklus der deutschen Arbeiterbewegung auslöste. Über ein Jahr war die soziale Revolution eine sehr reale Möglichkeit in Deutschland.

Am 13. März 1920 putschte dann der rechtsradikale Politiker Wolfgang Kapp, unterstützt von Teilen der Reichswehr. Die Regierung floh, die Putschisten marschierten auf die Hauptstadt und auf das Ruhrgebiet. Um dem Putsch zu begegnen, wurde im ganzen Reich der Generalstreik ausgerufen. Im Ruhrgebiet bewaffneten sich die Arbeiter und stellten sich als „Rote Ruhr Armee“ den putzschenden Einheiten entgegen. Nach fünf Tagen hatte der Spuk ein Ende, der Aufstand war von den Arbeitern niedergeschlagen worden.

Doch mittlerweile hatte sich viel getan, an der Front und im Hinterland. „Vollzugsausschüsse“ hatten sich gebildet, die das Leben neu organisierten, die Verwaltung der Betriebe und Gemeinden übernahmen. Das revolutionäre Fieber hatte das ganze Ruhrgebiet erfasst. Die Menschen merkten, dass sie ihr Leben selbst regeln konnten. Ohne Chef und Staat. Ein freies Leben war möglich geworden, mitten im Deutschen Reich.

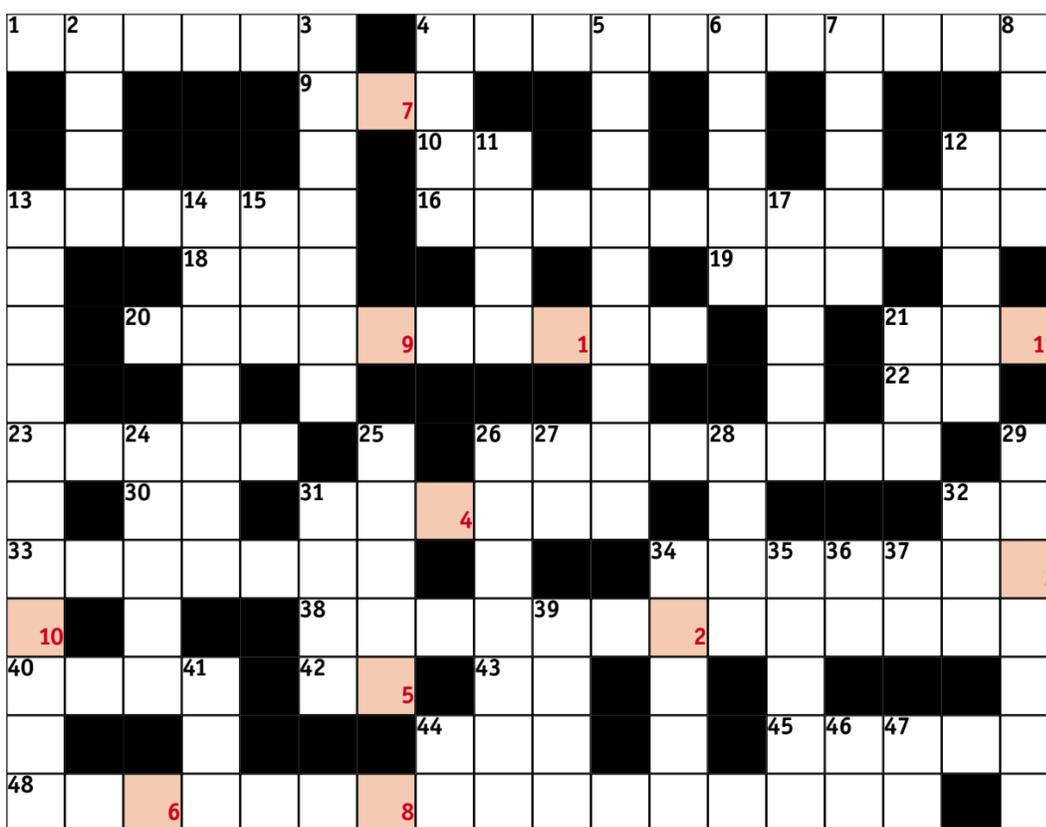
Dass ein derartiges Experiment nicht geduldet werden konnte, versteht sich fast von selbst. Achtzehn Tage nach ihrem Entstehen wurde die „Kommune von Dortmund“ blutig niedergeschlagen. Die sozialdemokratische Regierung ging mit Reichswehr und Freikorpsverbänden gegen die Arbeiter vor. Männer, Frauen und Kinder wurden niedergemetzelt, der Traum von Selbstverwaltung und Räte-demokratie im Blut ertränkt.

-bully-



Rote Ruhr Armee in Dortmund (1920)

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 41



nenstück 3. Kirchenspaltung 4. Stockwerk im Schiff 5. Unabhängigkeitsbewegung in der Westsahara 6. Unterkunft, Bleibe, vor allem im Zusammenhang, dass diese als Gegenleistung für Arbeit erbracht wird 7. Hunderasse 8. südafrikanische Währung 11. größere Arten der Braunalgen 12. Ort südwestlich von Berlin, in dessen Nähe 1945 die letzte große Kesselschlacht des Zweiten Weltkriegs stattfand; der Friedhof ist alljährliche Wallfahrtsstätte für Nazis 14. Zitat des Schriftstellers Paul Celan, das als Losung in Kampagnen gegen die deutsche Rüstungsindustrie verwendet wurde: „Der Tod ist ein ~ aus Deutschland“ 15. sowjetische Raumstation, 1986 in den Erdumlauf gebracht 17. Gewürz, berühmtestes Erzeugnis Sansibars 21. betrübt <engl.> 24. in Belgien geborener Anarchist (1890-1947), der ein glühender Verteidiger der bolschewistischen Revolution und ebenso ein unbestechlicher Ankläger des stalinistischen Machtmissbrauchs in seiner zeitweiligen Wahlheimat Sowjetrußland wurde 25. griechischer Windgott 26. einen Trinkspruch ausbringen; Brot rösten 27. Versicherungsart, bei der die Beiträge in der Regel vom Lohn abgezogen werden <Abk.> 28. Ggs. zu „spät“ 29. leichtes Fahrrad für Rennen 31. norddeutsch für abgegrenztes Stück Land, Feldstück 32. rumänische Währungseinheit <Mehrzahl> 34. Lied von Herbert Grönemeyer aus den 80ern mit der Strophe „Sie sind die wahren anarchisten / Lieben das chaos / räumen ab“: „Kinder an die ~“ 35. anderes Wort für „neben“ 36. Ton- oder Datenträger 37. Kfz-Kennzeichen für Heidelberg 39. Holzpantoffel <engl.> 41. Ggs. zu „fern“ 46. katholisches Kirchenlied oder musikalisches Werk darüber: „~ Deum“ 47. Urkundenregister <Abk.>

Waagrecht

1. Erneuerer des englischen Kunsthandwerks, Autor des utopischen Romans „Kunde von Nirgendwo“, von seinem Zeitgenossen Engels als „Gemütssozialist“ bezeichnet (1834-96) 4. dieses neu-alte Wappentier Russlands ist keine Tschernobyl-Mutation, sondern hat eine lange Tradition als imperiales Symbol 9. sein Gesicht sieht man heute fast überall, auf Millionen T-Shirts steht er für ein diffuses „linkes“ Grundgefühl 10. Abk. für Computertomographie 12. Kfz-Kennzeichen für Heilbronn 13. umgangssprachlich für Lkw 16. russische Stadt und Exklave an der Ostsee 18. isst man in Russland das ganze Jahr über gern, auch bei winterlicher Kälte 19. der ~ ist kleiner als die ~ 20. zweitgrößte Stadt Englands 21. Bezeichnung für das Gebiet der späteren DDR <Abk.> 22. astronomische Einheit 23. Studentin oder Student des ersten Semesters an einer Universität 26. ~ nass: klitschnass 30. Kfz-Kennzeichen für den Elbe-Elsterkreis 31.

angeblich wegen Menschenrechtsverletzungen in dieser südserbischen Provinz führte die BRD mit anderen NATO-Staaten 1999 einen Angriffskrieg gegen das damalige Jugoslawien 32. Autorin des „Planetens der Habenichtse“: Ursula ~ Guin 33. überwiegend, traumhaft 34. diese deutsche Stadt war 1919 Sitz einer Räteregierung 38. religiös motivierte Freischärler im islamischen Raum 40. ein Getränk schnell austrinken 42. Maßeinheit der Leistung eines Automotors 43. Teelöffel <Abk.> 44. Kurzform für Georg 45. Sturzkampfbomber der deutschen Luftwaffe im 2. Weltkrieg 48. Trittbrettfahrer

Senkrecht

1. EU-Richtlinie über die Liberalisierung vieler Dienste, genannt nach ihrem „Erfinder“, gegen die im Februar 2006 protestiert und gestreikt wurde 2. musikalisch gestaltetes Büh-

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt Ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU-Leipzig, Kolonnenstr. 19, 04109 Leipzig). Gewonnen hat diesmal Andreas L. aus Kiel.

Auflösung № 40



Redaktionsanschriften:

Schlussredaktion:
E-Mail: da-schlussredaktion@fau.org
BuG: FAU Frankfurt, E-Mail: fauffm@fau.org
Globales: E-Mail: faud1@fau.org
Hintergrund: E-Mail: faums4@fau.org
Kultur: FAU Bielefeld, E-Mail: fau-kultur@gmx.net
Zeitlupe: E-Mail: faub26@fau.org

Verleger:
Direkte Aktion e.V.,
Kornstr. 28-30, 30167 Hannover

VisDP: Stephan Hagemes

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss da 176: 9. Juni

Eigentumsvorbehalt: die Zeitung ist solange Eigentum des Absenders, bis sie an den Gefangenen pers. ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine pers. Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU Dortmund
Braunschweiger Str. 22
44145 Dortmund

ISSN 0949-1872